

LandInForm

Magazin für Ländliche Räume



Unternehmen für regionale Entwicklung

Außerdem:

- Drei Fonds für eine Region
- Brachen für Vielfalt
- Crowdfunding für Kommunen



Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume
für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU



Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft



Finanziert von der
Europäischen Union



10

Im Fokus: Unternehmen für regionale Entwicklung

In ländlichen Räumen bieten große Unternehmen Arbeitsplätze – manche bewirken einiges darüber hinaus: Sie tragen zur Weiterentwicklung der Regionen bei. Vielerorts sitzen Verantwortliche aus Unternehmen mit Politik und Verwaltung am Tisch, sie unterstützen den Ausbau von Infrastrukturen oder fördern Bildungseinrichtungen und Vereine. Die Beiträge im Fokus zeigen, wie eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe gelingen kann.

Für das Netzwerk

Inside

- 5 Neue Kolleginnen
Unser Auftrag: lesbar gendern
LEADER-Flyer und -Karte ab April bestellbar

Rückblick

- 6 DVS-Planspiel in Rastdorf:
Naturschutz und Landwirtschaft verbinden
- 7 Schützt unsere Flächen!
Welche Werte braucht das Land?

Ausblick

- 8 Mit EIP-Agri zu den DLG-Feldtagen
- 9 Bundesweites LEADER-Treffen
Tipps zur Projektfinanzierung
Vormerken

Im Fokus

- 10 Intro
 - 12 Starke ländliche Räume brauchen starke Unternehmen
 - 14 Voneinander profitieren
- #### Zusammenarbeit in den Regionen
- 16 Allianz für Weiterentwicklung
 - 18 Stiftung für Region und Nachwuchs
 - 20 Auf Augenhöhe – Interview
 - 21 Strategisch zusammenarbeiten – Interview
 - 22 Buslinie für Unternehmen und Region
 - 24 Molkerei für kleinstrukturierte Milchwirtschaft
 - 26 Engagement für Akzeptanz – Interview
 - 27 Gemeinsam ausbilden
- #### Was geht noch?
- 28 Was brauchen Großunternehmen? – Interview
 - 29 Neue Jobs durch Behörden

32



42

38



Aus der Praxis

- 30** Gut versorgt in Oberberg
- 32** **Drei Fonds für vier regionale Handlungsfelder**
In der Region Mittlere Elbe-Fläming ist von der Trainerlizenz für Ehrenamtliche bis zur Sanierung denkmalgeschützter Gebäude vieles potenziell förderfähig. Von denen, die darüber entscheiden, wird viel erwartet.
- 34** Schaf schafft Landschaft
- 36** Humusaufbau vor Ertrag

Prozesse & Methoden

- 38** **Crowdfunding für Kommunen**
In Rheinland-Pfalz haben zwei Gemeinden und ihre Mitarbeitenden Projekte initiiert, erfolgreich dafür Gelder über Crowdfunding eingeworben und die Ideen umgesetzt.

Perspektiven

Bildung & Forschung

- 40** Anbau ohne synthetischen Pflanzenschutz

42 Wenn schon, denn schon!

Landwirtschaftliche Betriebe, die Gelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU erhalten, müssen bestimmte Standards einhalten. Einer davon sieht vor, vier Prozent der Flächen nicht zu nutzen. Gut geplant, können diese Brachen Chancen für die Natur bieten.

Politik & Gesellschaft

- 44** Wie Hauptamt Ehrenamt stärken kann

Partner & Experten

- 46** Kommunen sollten bei Windkraft jetzt aktiv werden – Interview

Forschung trifft Praxis

- 48** Gemeinsam forschen – Interview

Die Position

- 49** Förderung im Sektor Wein:
Mit mehr Strategie zum Wettbewerbsvorteil

Service

- 50** angelesen
- 51** angekündigt
- 52** Termine



Liebe Leserinnen und Leser,

engagierte Unternehmen, die miteinander und mit anderen Akteuren in der Region zusammenarbeiten, machen den Unterschied. Zumindest, wenn es um erfolgreiche regionale Entwicklung in Zeiten raschen Wandels geht. Beispiel Arbeitsmarkt: Zunehmend mehr Frauen sind erwerbstätig, ebenso die Gruppe der sogenannten Best Ager oder auch Zugewanderte. Veränderungen wie diese, Digitalisierung und neue Formen der Arbeit wie mehr Teilzeitanstellungen oder Telearbeit erfordern innovative Ansätze bei der Besetzung von Arbeitsplätzen und in der Aus- und Fortbildung. Diese Aufgaben können oft weder Unternehmen noch andere Akteure alleine bewältigen. Gestaltbar werden sie jedoch, wenn sich Unternehmen, Politik, Zivilgesellschaft und Bildungseinrichtungen gemeinsam auf den Weg machen. Funktionierende Netzwerke und effiziente Prozesse innerhalb der Verwaltung sind wichtige Standortfaktoren. Denn erfolgreiche Unternehmen bieten nicht nur Arbeitsplätze; sie haben Steuerkraft und leisten einen Beitrag zur Bildung – sie können somit ein Tor zur Welt sein und Neues in die Region bringen.

Zusammenarbeit um ihrer selbst willen kann sich niemand leisten. Daher ist es entscheidend, das für alle Beteiligten Wichtige in den Mittelpunkt der Zusammenarbeit zu stellen. Doch wie gelingt es, die gemeinsamen Interessen zu identifizieren, ohne das Trennende zu ignorieren? Bekommt man unterschiedliche Ziele der verschiedenen Akteure unter einen Hut? Hält man langfristig angelegte demokratische Prozesse hier, rasche unternehmerische Entscheidungen dort aus? Schaffen die Beteiligten stets, die unterschiedlichen Rollen im Prozess klar zu definieren? Besonders wichtig: Die regionale Zusammenarbeit sollte transparent sein und auf Augenhöhe stattfinden.

Erfolgreiche Unternehmen können die regionale Entwicklung effektiv beeinflussen. Sie zeigen vielerorts, dass Wandel nicht bedrohlich sein muss, sondern gestaltbar sein kann: ob nun durch Infrastrukturprojekte, Ausbildungsverbünde oder ganzheitliche Entwicklungsprozesse. Beispiele dafür finden Sie im Fokus dieser Ausgabe. Die verschiedenen Perspektiven machen deutlich: Weder Unternehmen noch regionale Politik oder andere Akteure agieren im luftleeren Raum. Sie sind Teil eines regionalen Systems, das sich stets verändert und das sie gemeinsam, immer wieder neu und spezifisch formen.

Ein inspirierendes Lesevergnügen wünscht

Stefan Kämper

Stellvertretender Leiter der Deutschen Vernetzungsstelle
Ländliche Räume – für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU

Impressum

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 12 000 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
(BLE), Bonn

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume –
für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (DVS),
Redaktion: Andrea Birrenbach, Anja Rath,
Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)
Redaktionelle Unterstützung:
Arno Blaskowski, Sophia Drechsler (DVS);
Klönstedt GmbH

Titelbild: istock.com / paulbranding

Rückseite: mimagephotos / stock.adobe.com

Gestaltung: Max Nestor, Nestor GmbH
www.studionestor.de

Druck: Kunst- und Werbedruck,
Bad Oeynhausen
Gedruckt auf Recyclingpapier

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume –
für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn
Telefon: 0228 6845-3435, -3461
Fax: 030 1810 6845-3361
E-Mail: landinform@ble.de
www.dvs-gap-netzwerk.de

Bezug kostenfrei, LandInForm als
PDF-Datei unter
www.land-inform.de und unter
www.ble-medienservice.de

Anmerkungen der Redaktion:
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht die Meinung der Redaktion wieder.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und
Abbildungen wird keine Haftung übernommen.
Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber.
Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in
Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die
Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und
Belegexemplar.

Gendergerechte Sprache ist uns ein Anliegen.
Deshalb investieren wir Zeit und Mühe,
um die Texte diskriminierungsfrei zu gestalten.
Wir wenden dabei die Regeln der deutschen
Sprache an.

LandInForm wird durch die Europäische Union
im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik
gefördert. Zuständige Verwaltungsbehörde:
Bundesministerium für Ernährung und
Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:
Iris Bahr: IBA, Andrea Birrenbach: ABB,
Arno Blaskowski: ABL, Sophia Drechsler: SDR,
Jan Freese: JAF, Leonie Göbel: LGÖ, Marie
Halbach: MHA, Paula Heyder: PHD, Markus
Hinskes: HIM, Stefan Kämper: STK, Moritz
Kirchesch: MOK, Felix Kupfernagel: FKU, Isabella
Mahler: IMA, Anja Rath: ARH, Nadine Rathofer:
NRH, Jens Reda: JRE, Jan Swoboda: JAS,
Dirk Thieves: DTH, Heike Zipper: HEZ



Neue Kolleginnen

Im Februar sind zwei neue Kolleginnen zur DVS gestoßen: Paula Heyder unterstützt den Bereich Landwirtschaft, Naturschutz und Innovation im Rahmen einer Elternzeitvertretung. Sie betreut Umweltthemen wie Natur-, Wasser- und Bodenschutz sowie regenerative Landwirtschaft. Nach ihrem Studium der Nutzpflanzenwissenschaften hat sie in der Landwirtschaft gearbeitet und einen Biobetrieb geleitet. Nadine Rathofer ist Geografin und in der DVS für die Regional- und Dorfentwicklung tätig. Als ehemalige Regionalmanagerin beschäftigt sie sich nun vor allem mit LEADER. Sie hat zuletzt im Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) gearbeitet. **ABB**

KONTAKT

Paula Heyder, DVS
Telefon: 0228 6845-2675
paula.heyder@ble.de

Nadine Rathofer, DVS
Telefon: 0228 6845-3228
nadine.rathofer@ble.de

LEADER-Flyer und Karte ab April bestellbar

Ein neuer Flyer der DVS erklärt das LEADER-Programm und die Methode. Dabei zeigt er den Weg von der Idee bis zum Projektantrag auf. Er soll LEADER-Regionen dabei helfen, für das europäische Förderprogramm zu werben. Eine „Blanko-Version“ des Flyers erscheint als PDF mit einem freien Feld: Die Lokalen Aktionsgruppen können dort etwa Kontaktdaten und Logo einfügen und den individualisierten Flyer für eigene Zwecke drucken lassen.

LEADER-Regionen auf einen Blick

Wo liegt die neue LEADER-Region „Voreifel – Die Bäche der Swist?“ und wo das seit Langem aktive „Land des Roten Porphyrs“? Ein Blick auf die aktualisierte LEADER-Landkarte der DVS im Format DIN A0 gibt Antworten. Die Karte zeigt alle 372 LEADER-Regionen im Bundesgebiet. **ABB**



SERVICE

Mehr Infos: www.dvs-gap-netzwerk.de/dorf-region/leader/materialien-zu-leader

Bestellung voraussichtlich ab April:
www.ble-medien-service.de > Suche: LEADER

Unser Auftrag: lesbar gendern

Wir haben in der LandInForm-Ausgabe 4.23 verschiedene Formen der Gendersprache ausprobiert und dazu aufgerufen, uns via Online-Umfrage Feedback zu geben. Knapp 30 Personen haben diese Möglichkeit genutzt. Die Meinungen sind so divers wie die sprachlichen Mittel. Zehn Personen begrüßten das Gendern, weil es dazu beitrage, über Gleichstellung

nachzudenken; zehn fanden, die genutzte Genderform verschlechtere die Lesbarkeit, und zehn sehen das Gendern als politisch zu aufgeladen an. Die Redaktion bleibt bei ihrem Ansatz, Texte möglichst geschlechtsneutral zu formulieren und dabei auf Doppelnennungen oder Genderzeichen zu verzichten.

ARH/ABB



Naturschutz und Landwirtschaft verbinden

Beim DVS-Planspiel können Interessierte eigene Fragestellungen aus neuen Blickwinkeln betrachten. Im Dezember saßen Akteure aus Landwirtschaft, Naturschutz, Dorfentwicklung und Kommune am Spieltisch.

Von Moritz Kirchesch und Jan Freese

Im Norden geht man gemeinsam neue Wege im Naturschutz: Mit dem Niedersächsischen Weg – einer bundesweit einmaligen Vereinbarung zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und Politik – verpflichten sich die Akteure, konkrete Maßnahmen für einen verbesserten Natur-, Arten-, und Gewässerschutz umzusetzen. Doch wie gelingt das vor Ort? Was hat ein Landwirt von einem Blühstreifen? Reicht für den Naturschutz überhaupt ein einziger Blüh- oder Gehölzstreifen pro Ackerfläche? Das waren nur drei der vielen Fragen, die beim DVS-Planspiel auf den Tisch kamen.

In der Dorfregion Lorup, Vrees und Rastdorf fanden sich im Dezember 2023 rund 30 Akteure zusammen, um gemeinsam den Niedersächsischen Weg in ihrer Region einzuschlagen. Das DVS-Planspiel diente dazu, die Bedürfnisse der Landwirtschaft gleichberechtigt neben denen des Naturschutzes zu betrachten. „Blüh-, Brach- und Pufferstreifen helfen der Pflanzen- und Tierwelt. Um die beste Lage und Gestaltung herauszufinden, ist der Austausch von Landwirten und Spezialisten aus dem Naturschutz besonders sinnvoll.“ So ermunterte Dr. Jan Freese, Agrarumwelt-Referent der DVS, die Anwesenden dazu, sich auf den spielerischen Ansatz und die damit verbundenen Chancen einzulassen.

SERVICE

Weitere Informationen zum DVS-Planspiel:
www.dvs-gap-netzwerk.de/planspiel

KONTAKT

Moritz Kirchesch und Dr. Jan Freese, DVS
Telefon: 0228 6845-3968, -3477
moritz.kirchesch@ble.de
jan.freese@ble.de

Gemeinsame Lösungen

An drei Spieltischen entwickelte sich ein lebhafter Austausch über die Vorstellungen einer erhaltenswerten Landschaft, über Schutzziele und die besten Maßnahmen. Darüber hinaus diskutierten die Teilnehmenden über Förderprogramme und die Kosten der Maßnahmen. Es wurde deutlich, wie schwierig es sein kann, die auf EU-Ebene entwickelten Vorgaben für Landwirtschaft und Naturschutz konkret umzusetzen.

Auf Grundlage der gesammelten Erfahrungen aus den Spielrunden erarbeiteten die Teilnehmenden einen Fahrplan für gemeinsame Aktivitäten, denn man war sich einig: Die aktuellen Vorgaben kann kein Betrieb alleine erfüllen! Nur durch eine regionale oder übergemeindliche Abstimmung könnten qualitativ hochwertige Biotopflächen entstehen, die den

Naturschutz voranbringen, ohne einzelne landwirtschaftliche Unternehmen zu überfordern.

Konkrete Vorschläge waren, Biotop-Netzkoordinatoren oder einen Beratungsring zu etablieren, die Landwirte in Anspruch nehmen können. „Die Dorfentwicklung Rastdorf bündelt nun die Aktivitäten von Landwirtschaft, Naturschutz und Verwaltungen in einer Gruppe, die als Pilotprojekt die Umsetzung von Maßnahmen in der Umgebung angeht“, so fasste Josef Schlömer in seiner Funktion als Vorsitzender der AG Dorfentwicklung die Ergebnisse zusammen. Hartmut Moorkamp, Bürgermeister von Rastdorf und Mitglied des Landtags, appellierte an die engagierte Teilnehmerschaft: „Lasst uns die kooperative Gestaltung unserer Kulturlandschaft gemeinsam in Rastdorf erproben und dann weiter nach Lorup und Vrees tragen. Die Chancen, gemeinsam mit geförderten Streifen das Bestmögliche für unsere Landschaft, unsere Tier- und Pflanzenwelt zu erreichen, sollten wir nutzen.“

Das Planspiel ausprobieren?

Die DVS bietet interessierten Gruppen aus Dörfern und Regionen an, das Planspiel auszuprobieren. Es eignet sich für viele verschiedene Themen der Dorf- und Regionalentwicklung. Die Moderation ist kostenlos; die Räumlichkeiten und die Einladung der Mitspielenden müssen von den Ausrichtenden organisiert werden.



An drei Spieltischen mit der Ortskarte und Spielsteinen diskutierten die Teilnehmenden darüber, wie sich Ansprüche an die Landschaft rund um Rastdorf vereinbaren lassen. Die DVS passt das Planspiel stets an die Wünsche der Teilnehmenden an, den Veranstaltungsort stellen sie.

Welche Werte braucht das Land?

Diese Frage stand im Fokus unseres Fachforums auf dem Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2024.



Zusammenhalt, Gemeinschaft, Teilhabe – diese Worte prangten auf dem großen Bildschirm im Saal. Es waren besonders häufig genannte Begriffe: Wir hatten die Teilnehmenden gefragt, welche Aspekte der Lebensqualität stärker durch Förderprogramme unterstützt werden sollten. Gleichzeitig zeigen sie die Stoßrichtung des Fachforums, zu dem die DVS gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAG LAG), der Agrarsozialen Gesellschaft (ASG) und dem Büro Brüssel der Evangelischen Kirche eingeladen hatte. Unter dem Titel „Welche Werte braucht das Land? Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellen“ wurden Denkanstöße für eine ländliche Entwicklung gegeben, deren Qualität und Wirkung sich an mehr als ökonomischen Kennzahlen bemisst. Rund 140 Personen

waren vor Ort, weitere etwa 185 Interessierte verfolgten die Veranstaltung im Livestream.

Für eine zukunftsfähige Entwicklung ländlicher Räume sei es wichtig, so Pastor Dr. Frank-Martin Brunn (Foto), die sozial-ökonomisch-ökologischen Zusammenhänge menschlichen Seins wahrzunehmen. Eine primär wirtschaftliche Begründung des guten Lebens sah auch Petra Pinzler (Foto) kritisch. Die Journalistin und Autorin betonte den Wert gesellschaftlicher Zukunftsbilder abseits einer ökonomischen Wachstumslogik. Sie formuliert die Frage: „Wie kommt man nun dahin, diese Wünsche und Werte des guten Lebens zu realisieren?“ Mögliche Antworten darauf gaben auf Gemeinwohl und Gemeinschaft ausgerichtete Praxisbeispiele aus drei LEADER-Regionen. **JRE**

SERVICE

Dokumentation sowie Link zum Filmmitschnitt:
www.dvs-gap-netzwerk.de/zukunftsforum

KONTAKT

Stefan Kämper und Jens Reda, DVS
Telefon: 0228 6845-3722, -2661
stefan.kaemper@ble.de
jens.reda@ble.de

Schützt unsere Flächen!

Wäre der Zoom-Raum ein richtiger Seminarraum gewesen, hätte es ein ganz schönes Gedränge gegeben: Rund 230 Teilnehmende folgten der Einladung zur DVS-Veranstaltung „Flächenschutz braucht mehr Aufmerksamkeit – Strategien und Handlungsansätze für eine aktive Ortsinnenentwicklung“ im Februar. Anlass des Workshops war die momentan wieder steigende Inanspruchnahme von Flächen für Siedlung, Gewerbe und Verkehr.

Professor Stefan Siedentop von der Technischen Universität Dortmund stellte heraus, dass der aktuelle Zuwachs von Siedlungs- und Verkehrsfläche vor allem in den ländlichen Räumen zu verorten ist. Die derzeit hohe Wohnraumnachfrage identifizierte er als zentralen Treiber: Von 2018 bis 2022 gingen etwa 55 Prozent der zusätzlichen Flächennutzung auf die Schaffung von Wohnraum zurück.

Was nun? Die Wirtschaftsförderung im Wetteraukreis und der Regierungsbezirk Unterfranken zeigten, was sie auf regionaler und kommunaler Ebene tun: Mit einem bunten Strauß an Maßnahmen und Instrumenten werden dort Privathaushalte sowie kommunale Entscheidungsträger und Verwaltungen sensibilisiert. Ein frei verfügbares Instrument dafür ist der „Projekt-Check“: Das Analysetool hilft, die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen von neuen Flächenplanungen frühzeitig abzuschätzen. Es wurde von der HafenCity Universität Hamburg gemeinsam mit Partnern entwickelt. Mit zahlreichen Beispielen warb das Architekturbüro Sutter³ dafür, Bestandsbauten als Chance zu begreifen, keine weiteren Flächen nutzen zu müssen. Schließlich zeigte die „Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen“, wie durch bedarfsorientierte Planung unter Beteiligung der Menschen vor Ort flächensparend gebaut werden kann.

Die Beiträge machten deutlich, dass es sinnvolle praktische Ansätze beim Flächenschutz gibt. Gleichzeitig erschweren mangelnde gesetzliche Verbindlichkeit, Zielkonflikte, widersprüchliche Anreize sowie zum Teil mangelnde interkommunale und regionalplanerische Koordination das Flächensparen in den Regionen. **MHA**

SERVICE

Zur Dokumentation:
www.dvs-gap-netzwerk.de/flaeche

KONTAKT

Marie Halbach, DVS
Telefon: 0228 6845-2614
marie.halbach@ble.de



1



2

1 Die Schilf-Glasflügelzikade kann Krankheiten übertragen: Was hilft dagegen?
2 Beim Projekt „Wandernde Wiese“ wechseln sich beweidete Streifen und Ackerflächen ab.

Mit EIP-Agri zu den DLG-Feldtagen

Die DVS hat sechs Operationelle Gruppen (OGs) eingeladen, ihre EIP-Agri-Projekte im Sommer bei den Feldtagen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) vorzustellen: Das Publikum darf Trüffel kosten und Zikaden aus der Nähe betrachten.

Von Leonie Göbel

Die Projekte zeigen die Bandbreite der Europäischen Innovationspartnerschaften „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri): vom klassischen Landbau bis zu innovativen Kulturen und Techniken. „Die Ergebnisse unseres Projekts sind vor allem für Landwirte und Dienstleister aus kleinstrukturierten Regionen von hoher Relevanz, da sie den Nutzen und die Wirtschaftlichkeit des Precision Farmings in eben diesen Gebieten verdeutlichen“, so Lukas Berwinkel-Kottmann, der die OG Precision Farming (Präzisionslandwirtschaft) aus Nordrhein-Westfalen vertritt.

Die Projekte SONAR („Sortenwahl für Nachhaltigkeit und Resilienz“) aus Rheinland-Pfalz und SIKAZIKA („Sicherung des Kartoffelanbaus in Hessen durch innovatives Zikaden-Management“) beschäftigen sich mit Krankheiten und Schädlingen im Zuckerrüben- und Kartoffelanbau. Ihr Fokus liegt auf der Schilf-Glasflügelzikade und den von ihr übertragenen Krankheiten. Bei der Zuckerrübe ist dies die bakterielle Erkrankung SBR (Syndrom Basse Richesse), was übersetzt „Syndrom der niedrigen Zuckergehalte“ bedeutet und wirtschaftliche Einbußen

nach sich zieht. In Süddeutschland ist diese Krankheit bereits von höchster Relevanz, in Norddeutschland jedoch noch kaum bekannt. „Da mit einer weiteren Verbreitung Richtung Norden zu rechnen ist, möchten wir die DLG-Feldtage nutzen, um über die Folgen für den Anbau zu informieren“, sagt Hanna Adam vom Projekt SONAR. Dafür bringen sie und Dorothee Kreimer von SIKAZIKA aus beiden Projekten Terrarien mit lebenden Zikaden und Nymphen mit. Sie veranschaulichen den Lebenszyklus der Zikaden und die Symptome von SBR an Zuckerrüben und der Kartoffel-Knollen-Welke an Kartoffeln.

Große Bandbreite von EIP-Agri

Die DLG-Feldtage sind eine Fachmesse zum Pflanzenbau. Sie finden dieses Jahr unter dem Leitthema „Pflanzenbau out of the box“ statt: Vom 11. bis 13. Juni 2024 werden auf Gut Brockhof im nordrhein-westfälischen Erwitte/Lippstadt bis zu 20 000 Interessierte aus Praxis, Beratung, Verwaltung und Wissenschaft erwartet. Die OG Trüffelanbau aus Thüringen verbindet auch Inhaltliches mit der Region. „Im Bereich um den Veranstaltungsort Erwitte wurden wildwachsende Trüffel nachgewiesen. Dort hat die erste Trüffel-

anlage in Nordrhein-Westfalen die Produktion aufgenommen“, sagt Anja Kolbenelde von der OG. Sie wird die Besonderheiten des Trüffelanbaus erläutern und kleine Kostproben verteilen. Zwei weitere OGs stellen ihre Erfahrungen beim Anbau von Winterhanf und mit „Wandernden Wiesen“ im Ackerbau vor.

Für die Teilnahme haben sich zahlreiche OGs bei der DVS beworben – sechs wurden ausgewählt. Die mitreisenden OGs werden sich am gemeinsamen Stand der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) vorstellen. Die DVS übernimmt für je eine Person pro OG die Eintritts- und Reisekosten – wir möchten damit zum Wissensaustausch mit der Praxis beitragen. ■

SERVICE

Zu den DLG-Feldtagen:
www.dlg-feldtage.de

In der EIP-Projektdatenbank der DVS finden sich weitere EIP-Agri-Projekte:
www.dvs-gap-netzwerk.de/eip-projekte

VORMERKEN

AKIS-Workshop

Veranstaltung im November 2024
Die DVS lädt zum ersten bundesweiten AKIS-Workshop rund um das „Agrarische Wissens- und Innovationssystem“ ein.
www.dvs-gap-netzwerk.de/akis-ws

KONTAKT

Dr. Leonie Göbel, DVS
Telefon: 0228 6845-3998
leonie.goebel@ble.de



Bundesweites LEADER-Treffen

11. bis 13. Juni 2024
in Kaiserslautern

Wie können regionales, kooperatives Wirtschaften und der soziale Zusammenhalt gestärkt werden? Wie lassen sich klimaverträgliche und zukunftsfähige Lebensweisen einüben? An diesen Fragen arbeiten LEADER-Regionen schon lange: Vielfältige Bottom-up-Projekte geben praktische Antworten. Mit unserem Veranstaltungsschwerpunkt „Sozial-ökologische Transformation in der Regionalentwicklung“ möchten wir auf dem diesjährigen bundesweiten LEADER-Treffen die Erfahrungen der ländlichen Regionen aufgreifen.

Es wird eine Keynote sowie ein breites Workshop-Angebot zu Konzepten der nachhaltigen ländlichen Entwicklung wie Gemeinwohlökonomie, Resilienz und Gemeingütern geben. Im Mittelpunkt stehen dabei mögliche Wege aus der sich verschärfenden Klima-, Ressourcen- und Gerechtigkeitskrise und die Frage, wie diese mithilfe von LEADER beschrritten werden können. Zudem hält das Programm Exkursionen in das Umland von Kaiserslautern sowie Austauschformate mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium und der Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAG LAG) zu aktuellen Entwicklungen im LEADER-Kosmos bereit. **JRE**

SERVICE

Programm und Anmeldung ab Ende März unter: www.dvs-gap-netzwerk.de/leadertreffen

KONTAKT

Marie Halbach und Jens Reda, DVS
Telefon: 0228 6845-2614, -2661
marie.halbach@ble.de
jens.reda@ble.de

Tipps zur Projektfinanzierung

Fördermarkt am 11. Juni 2024 im Vorfeld des bundesweiten LEADER-Treffens in Kaiserslautern



Für Projekte in ländlichen Räumen stehen unterschiedliche Förder- und Finanzierungsinstrumente zur Verfügung. Den Überblick zu behalten, ist mitunter schwierig. Mit der Veranstaltung „Gelder für gute Ideen – Tipps zur Projektfinanzierung auf dem Land“ möchten wir Licht in den Förderdschungel bringen: Auf unserem Fördermarkt geben wir einen Überblick über aktuelle Angebote der EU, des Bundes und privater Fördermittelgeber, bei denen Akteure ländlicher Entwicklung finanzielle Unterstützung für ihre Projekte erhalten können.

Fachleute geben zudem einen Einblick in Fundraising-Methoden wie Crowdfunding und Matching-Funds. Die Veranstaltung bietet die Möglichkeit, konkrete Finanzierungsfragen und Projektideen mit Fördermittelgebern und Fachkollegen zu diskutieren. **IMA**

SERVICE

Anmeldung ab Ende März unter: www.dvs-gap-netzwerk.de/finanzierung

KONTAKT

Isabella Mahler, Moritz Kirchesch, DVS
Telefon: 0228 6845-3974 oder -3968
isabella.mahler@ble.de
moritz.kirchesch@ble.de



Vormerken

GAP, ELER und Umwelt

Tagung am 24. und 25. April 2024 in Bonn

www.dvs-gap-netzwerk.de/gap-umwelt

KONTAKT

Dr. Jan Freese, DVS
Telefon: 0228 6845-3477
jan.freese@ble.de

Aktiv für Klimaanpassung in ländlichen Räumen

Online-Veranstaltung
am 24. April 2024

www.dvs-gap-netzwerk.de/klima

KONTAKT

Isabella Mahler, DVS
Telefon: 0228 6845-3974
isabella.mahler@ble.de

Unternehmen für regionale Entwicklung

In ländlichen Räumen bieten große Unternehmen Arbeitsplätze – manche bewirken einiges darüber hinaus: Sie tragen zur Weiterentwicklung der Regionen bei. Vielerorts sitzen Verantwortliche aus Unternehmen mit Politik und Verwaltung am Tisch, sie unterstützen den Ausbau von Infrastrukturen oder fördern Bildungseinrichtungen und Vereine. Die Beiträge im Fokus zeigen, wie eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe gelingen kann.



Große Unternehmen brauchen Infrastrukturen und Nachwuchs. Um sich zukunftsfähig aufzustellen, bewährt sich in vielen ländlichen Regionen die Zusammenarbeit von Unternehmen und Kommune. Für die regionale Entwicklung ist der Mittelstand bedeutsamer als die Ansiedlung eines Großkonzerns.



RATHAUS



In Deutschland ist es vor allem der Mittelstand mit seinen familiengeführten Unternehmen, der die ländliche Wirtschaft prägt.

Starke ländliche Räume brauchen starke Unternehmen

Das föderale Deutschland ist ein Land der Regionen. Wirtschaft und Eliten sind traditionell viel weniger auf die Hauptstadt ausgerichtet als etwa in Frankreich oder Großbritannien. Was macht also die wirtschaftliche Stärke und Eigenständigkeit in vielen Regionen aus und welche Unternehmen sind für die regionale Wirtschaft besonders wichtig?

Von Klaus-Heiner Röhl

Oft wird darauf verwiesen, dass Deutschland ein „Land des Mittelstands“ sei; mittelständische Unternehmen prägen die besondere, regional verankerte deutsche Wirtschaftsstruktur. Dies gilt allerdings nur bedingt, wenn man die in der EU gebräuchliche Definition zugrunde legt: Fast jedes andere EU-Land weist einen

höheren Beschäftigtenanteil in kleinen und mittleren Unternehmen auf als Deutschland, das damit eher als Land der Großunternehmen erscheint. Die meisten dieser Großunternehmen sind allerdings keine Konzerne, sondern mittelständisch strukturierte Firmen mit 250 bis 3 000 Beschäftigten: Insgesamt fallen hierzulande etwa 16 400 Unternehmen in diesen Größenbereich.

Deutschland ist damit das Land des größeren Mittelstands – und viele dieser größeren Mittelständler sind Familienunternehmen, die ihrer jeweiligen Sitzregion stark verbunden sind. In einer 2020 erstmals durchgeführten und 2023 aktualisierten Studie der IW Consult, einer Tochter des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), werden circa 13 900 Familienunternehmen mit mindestens 50 Beschäftig-

ten im ländlichen Raum identifiziert. Sie stellen auf dem Land knapp 55 Prozent aller Firmen dieser Größe. Der Familienunternehmensanteil in den 215 als ländlich eingestuften Kreisen liegt damit höher als in den urbanen und hoch verdichteten Kreisen. Ländliche Regionen dominieren in Ostdeutschland – wo drei Viertel der Kreise ländlich sind – und den West-Flächenländern Bayern und Niedersachsen.

Rolle des industriellen Mittelstandes

Deutschland ist mit einem Anteil von einem Fünftel des verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtwirtschaft noch immer ein Industrieland, und die Industrie ist oft nicht in Ballungszentren, sondern in starken Regionen angesiedelt. In Baden-Württemberg, Teilen Bayerns, der nordrhein-westfälisch-niedersächsischen Grenzregion oder Westsachsen bilden Verbände aus Unternehmen bestimmter Branchen sogenannte Cluster. Die engen Lieferbeziehungen der Firmen untereinander und die gemeinsame Entwicklung von Know-how und Fachkräftepool steigern die Produktivität. So ist das nördliche Westfalen beispielsweise bis heute ein Zentrum der Möbel- und der Landmaschinenindustrie.

Besonders wichtig sind dabei die „Hidden Champions“ – große mittelständische Unternehmen, die in ihrer Branche oder Nische weltweit zu den Top 3 zählen und durch kontinuierliche Innovation Marktführer bleiben. In Deutschland gibt es circa 1 600 von ihnen, und viele sind außerhalb der Agglomerationen angesiedelt und familiengeführt.

Entscheidende regionale Player

Wie die Studie der IW Consult zeigt, hat es einen Einfluss, wenn prägende Unternehmen familiengeführt oder in Familieneigentum sind: Ländliche Regionen mit einem hohen Anteil dieser Betriebe sind im Durchschnitt wirtschaftsstärker, weisen eine niedrigere Arbeitslosenquote auf und zeigen sich resilienter in Krisen. Familienunternehmen wie Trigema in der Kleinstadt Burladingen bleiben an ihrem Sitz in der deutschen Provinz, während konzern- oder kapitalmarktabhängige Firmen die Fertigung vermutlich bereits an günstigere Auslandsstandorte verlagert hätten.

Dabei variiert der Anteil der Familienunternehmen unter den Firmen ab 50 Beschäftigten je nach Region erheblich, von unter 30 Prozent im sachsen-anhaltinischen Altmarkkreis Salzwedel bis zu 73 Prozent im baden-württembergischen Biberach. Ein Anstieg des Familienunternehmensanteils um einen Prozentpunkt

geht mit einer um 0,07 Prozentpunkte geringeren Arbeitslosenquote einher; Familienunternehmen fungieren als Arbeitsplatzmotor. Die Rolle der familiengeführten Betriebe – und der Unternehmerfamilien – geht dabei über die Wirtschaft hinaus. Sie engagieren sich stark in der regionalen Bildung und schöpfen das regionale Arbeitskräftepotenzial besser aus, wie eine Befragung regionaler Wirtschaftsförderungsgesellschaften zeigt. Durch Kooperationen zwischen Unternehmen und Bildungseinrichtungen kann die regionale Bindung und Identifikation der Menschen gestärkt werden.

Familienunternehmen engagieren sich aber auch im kulturellen und sozialen Bereich, was in ländlichen Regionen mit ihren gegenüber den Großstädten geringer ausgebauten Kulturangeboten eine erhebliche Rolle spielt. Oft werden Institutionen mit Ankerfunktion wie Sportvereine, Dorffeste, aber auch die Freiwillige Feuerwehr mit finanziellen Zuwendungen gestärkt. Getragen wird dieses Engagement durch die Unternehmerpersönlichkeiten selbst, die sich meist ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sind.

Familienunternehmen oft innovativ und nachhaltig

Familienunternehmen haben, gemessen anhand der Patente, im Durchschnitt eine höhere Innovationskraft sowie einen höheren Anteil an Beschäftigten im ingenieur- und naturwissenschaftlichen Bereich, was auf den ersten Blick überraschen mag. Damit haben sie in Hinsicht auf Digitalisierungs- und Dekarbonisierungsprozesse in den Regionen eine hohe Bedeutung. 41 Prozent von ihnen beschäftigen sich auf ihrer Website mit Nachhaltigkeitsthemen, während dies nur bei 29 Prozent der Nicht-Familienunternehmen im ländlichen Raum der Fall ist. Die Befragung der Wirtschaftsförderungsgesellschaften zeigte, dass Familienunternehmen als führend beim Thema Nachhaltigkeit angesehen werden und ein hoher Anteil von ihnen damit die Transformation zur Klimaneutralität begünstigen kann.

Fortbestehende Ost-West-Gegensätze

Der Anteil der Familienunternehmen ab 50 Beschäftigten und speziell der größeren Mittelständler ab 250 Mitarbeitenden variiert stark zwischen Ost- und Westdeutschland. In den östlichen Bundesländern finden

sich auch 34 Jahre nach der Wiedervereinigung deutlich weniger wirtschaftsstärke Familienunternehmen. Viele dieser Betriebe sind Mehrgenerationenunternehmen, die im Boom nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurden oder noch länger existieren. In den ostdeutschen Bundesländern hat die DDR diese Tradition unterbrochen, was bis heute noch nicht wettgemacht werden konnte. Wichtig ist daher ein stärkeres Wachstum ostdeutscher Familienunternehmen; eine aktuelle Studie des IW identifiziert die Hemmnisse, die dem Wachstum des Mittelstands in Ostdeutschland entgegenstehen, und benennt Lösungsvorschläge. Ein erheblicher Teil der regionalen Unterschiede, die durch unterschiedliche Familienunternehmensanteile entstehen, drückt sich damit zeitgleich in Ost-West-Unterschieden aus: Regionen mit vielen Familienunternehmen sind aber auch unabhängig von der Ost-West-Differenz in statistisch signifikanter Weise wirtschaftsstärker und weisen weniger Arbeitslose auf.

Die wirtschaftliche Stärke der ländlichen Regionen Deutschlands ist nicht zuletzt von Familienunternehmen abhängig. Ihr nachhaltiges Wirtschaften wird durch verschiedene Faktoren erschwert. Dazu gehören neben dem Fachkräftemangel sowie der wachsenden Regulierung und Bürokratie auch die Diskussion über die Einführung einer Vermögenssteuer und der Ausbau der Erbschaftsteuer, die den Generationenübergang teurer macht. Dem Erhalt der gewachsenen familiengebundenen Wirtschaftsstrukturen sollte die Politik deshalb höhere Aufmerksamkeit schenken, als es derzeit der Fall ist.

SERVICE

Zum Weiterlesen:

Vanessa Hünнемeyer, Hanno Kempermann et al.: Die Bedeutung der Familienunternehmen für ländliche Räume. Studie der IW Consult GmbH für die Stiftung Familienunternehmen, 2023

Klaus-Heiner Röhl et al.: Wachstumshemmnisse für Unternehmen in Ostdeutschland und Handlungsempfehlungen für die Politik. Gutachten im Auftrag des Freistaates Sachsen, 2023

KONTAKT

Dr. Klaus-Heiner Röhl
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.
Telefon: 030 27877-103
roehl@iwkoeln.de
www.iwkoeln.de

Voneinander profitieren

Zahlreiche Unternehmen tragen zur Regionalentwicklung bei. Voraussetzung ist eine Zusammenarbeit aller Beteiligten auf Augenhöhe.

Von Ulrich Harteisen und Jörg Lahner

Ländliche Räume sind ein wichtiger Wirtschaftsstandort. Erfolgreiche Familienunternehmen und die so genannten „Hidden Champions“ sind gerade dort stark vertreten. Selbst sehr ländliche Regionen wie Südwestfalen, der südliche Schwarzwald oder das Oldenburger Münsterland mit seinem Cluster Agribusiness weisen nationale Höchstwerte im Bereich des verarbeitenden Gewerbes auf. Allerdings verschärft sich seit Jahren der Konkurrenzkampf um Fachkräfte zwischen ländlichen Räumen und Verdichtungsräumen. Um die Wettbewerbs-

fähigkeit der Unternehmen auf dem Land zu erhalten, ist deshalb eine erfolgreiche Arbeitskräftebindung eine zentrale Voraussetzung. Die betroffenen Unternehmen erkennen zunehmend die Notwendigkeit, ihr regionales Umfeld aktiv mitzugestalten.

Neue Engagementqualität

Nun ist unternehmerisches Engagement für Stadt und Region keine Erfindung der Gegenwart, man denke nur an die Gestaltung der Lebens- und Wohnverhältnisse durch Unternehmer zur Zeit der Industrialisierung oder an ihre Rolle als Mäzene

oder Stifter zur Förderung von Kunst, Kultur und Wissenschaft. Gegenwärtig gewinnt unternehmerisches Engagement zur Gestaltung des Wirtschaftsstandortes aber gerade in ländlichen Räumen an Bedeutung und bekommt zunehmend eine neue Qualität.

In der südniedersächsischen Kleinstadt Duderstadt begleitete ein Forschungsvorhaben, an dem die Autoren beteiligt waren, über Jahre den Stadtentwicklungsprozess „Duderstadt 2020“; initiiert wurde er durch einen vor Ort ansässigen Unternehmer. Die Ergebnisse der For-

Foto: turedin / stockadobe.com



Viele Unternehmen engagieren sich für die Region, damit sie für die Mitarbeitenden und ihre Familien attraktiv und lebenswert bleibt.

sung zeigen, dass lokale Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur Stadt- und Regionalentwicklung leisten können, indem sie sich über ihre rein betriebliche Tätigkeit hinaus für ökonomische, ökologische oder soziale Belange an ihrem Standort engagieren. In diesem Falle ging es um ein großes Spektrum von Aktivitäten unter breiter Beteiligung der Stadtgesellschaft: angefangen von der Jugendarbeit über modernes Wohnen in der Altstadt, Kunst- und Kulturförderung bis hin zur Stärkung des Einzelhandels. Ein derartiges von einem Unternehmen ausgehendes Engagement wird als Corporate Social Responsibility (CSR) bezeichnet und steht für die soziale Verantwortung von Unternehmen. Der Begriff Corporate Regional Responsibility (CRR) beleuchtet die regionale Perspektive des Engagements: Aus gemeinsamen Interessen von Unternehmen und Region oder Stadt lassen sich gemeinsame Handlungsfelder entwickeln, etwa bei Standortmarketing und Fachkräftesicherung, bei Verbesserungen der materiellen, institutionellen und personellen Infrastruktur.



Motive und Strategien – Vorteile und Risiken

Das Engagement von Unternehmen für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes wird primär von ökonomischen Zielgrößen und dem Wunsch der Imageverbesserung geleitet. Vielen ist aber sehr wohl bewusst, dass sie die Wachstumsziele ihres Unternehmens nur dann erreichen können, wenn sich auch Stadt und Region dynamisch weiterentwickeln und das Umfeld des Unternehmens attraktive Wohn- und Lebensbedingungen bietet. Denn nur so kann es gelingen, Fachkräfte zu halten und neu zu gewinnen. Unternehmen sehen zudem die begrenzten finanziellen Handlungsspielräume vieler Kommunen aufgrund der angespannten Haushaltslage.

Es sind jedoch nicht nur finanzielle Ressourcen, die Unternehmen im Rahmen der CRR einbringen können. Erhebliches Potenzial für die Regionalentwicklung bergen das unternehmerische Know-how, etwa in den Forschungs- und Personalabteilungen, die Aktivierung der Mitarbeitenden für regionales Engagement und nicht zuletzt die (weltweiten) Netzwerke der Unternehmen.

Zugleich sind aber auch die Risiken in den Blick zu nehmen. So ist einerseits die Ernsthaftigkeit des unternehmerischen Engagements zu prüfen, damit Alibi-Aktivitäten allein zur Abwendung staatlicher Regulierung oder negativer Aufmerksamkeit – Stichwort „green washing“ – vermieden werden. Eine weitere Gefahr, gerade wenn das Engagement stark personengebunden und nicht im Unternehmensleitbild verankert ist, besteht in der Unstetigkeit und damit fehlenden Nachhaltigkeit. Und nicht zuletzt spielt der Gedanke der die Stadtentwicklung allzu sehr dominierenden Unternehmenspersönlichkeit eine wichtige Rolle. Dann besteht die Gefahr, dass sich zu Politik und Stadtverwaltung eine Kompetenzkonkurrenz entwickelt oder sogar versucht wird, in die Verwaltungshoheit einzugreifen. Das kann wiederum dazu führen, dass sich die Menschen vor Ort nur teilweise oder schwer mit der „Fremd“-Initiative identifizieren und ihr eigenes Engagement reduzieren. Oftmals schließen sich andere lokale Unternehmen der Initiative eines einzelnen Unternehmens nicht an oder überlassen dem führenden Unternehmen die

Verantwortungsrolle. Eine Folge kann sein, dass sich die Vorstellungen des dominierenden Unternehmers und dessen Verständnis von Stadt oder Region – wenn auch nicht immer beabsichtigt – besonders stark in den Prozess einschreiben und die Kommunikation innerhalb des Projekts prägen.

Verstetigung und Steuerung

Eine besondere Herausforderung stellt die Verstetigung des Prozesses dar. Dazu bedarf es bei allem herausragenden Engagement einzelner Persönlichkeiten der festen Verankerung in Leitbild und Strategie der beteiligten Unternehmen. Voraussetzung für eine Verstetigung ist aber auch, dass sich die Akteure aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft gemeinsam auf inhaltliche Ziele, eine gemeinsam getragene Organisationsform und eine Orientierung an den Prinzipien der Offenheit und Begegnung auf Augenhöhe verständigen. Weiterhin sollte Pluralität durch eine gleichberechtigte Einbeziehung aller relevanten Anspruchs- und Interessengruppen mit ihren jeweiligen Ressourcen und Kompetenzen – Geld, Infrastruktur, Sachleistungen, Zeit, Macht, Information – gewährleistet und eine Kultur des Vertrauens, der Kooperation und flacher Hierarchien gepflegt werden. Stadt- und Regionalentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe setzt eine Partizipationskultur voraus, die nicht per Beschluss hergestellt werden kann, sondern die, gespeist aus Erfahrungen und Beispielen, gemeinsam erlernt werden muss. ■

SERVICE

Zum Weiterlesen:

Alexandra Engel, Ulrich Harteisen, Anke Kaschlik (Hrsg.): Duderstadt. Eine Stadt in Bewegung, 2010

Jörn H. Block: Rural Entrepreneurship: Between Start-Ups, Hidden Champions and Family Business, S. 14–19, 2010, doi: 10.37659/2663-5070-2019-3-14-19

Jörg Lahner: Entwicklung und Regionalökonomie in der Wirtschaftsförderung; Grundlagen für die Praxis, 2017

KONTAKT

Prof. Dr. Ulrich Harteisen
Prof. Dr. Jörg Lahner
Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminde/Göttingen (HAWK)
Fakultät Ressourcenmanagement
ulrich.harteisen@hawk.de
joerg.lahner@hawk.de
www.hawk.de



Sie gehen das Projekt Neubau des Unternehmens Laempe Mössner Sinto gemeinsam an: Die Geschäftsführer André Klimm (3. v. l.) und Andreas Mössner (2. v. r.) zusammen mit dem Bürgermeister von Barleben, Frank Nase (4. v. l.). Unterstützt wurden sie von Vertretern aus Politik und Wirtschaft.

Allianz für Weiterentwicklung

Vom Bauerndorf zum Standort international tätiger Unternehmen: Meitzendorf in Sachsen-Anhalt hat sich stark verändert und seine Infrastrukturen angepasst. Was bewegt den Bürgermeister, was den Geschäftsführer eines Unternehmens?

Von Andrea Birrenbach

Über Jahrhunderte war Meitzendorf von der Landwirtschaft geprägt. Nach der deutschen Wiedervereinigung veränderte sich vieles: Die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe nahm ab, und die Ortsverwaltung wies ein Gewerbegebiet aus. Das war aus Sicht des heutigen Bürgermeisters ein sinnvoller Schritt. Frank Nase ist seit 2018 Bürgermeister der Gemeinde Barleben, zu der neben der Ortschaft Barleben auch Ebendorf und Meitzendorf gehören. 2004 haben sich die ehemals eigenständigen Orte zu einer Einheitsgemeinde zusammengeschlossen. Die vier Gewerbegebiete in den Ortschaften von Bar-

leben sind nach und nach gewachsen, zusammen nehmen sie etwa 420 Hektar ein. Eins davon ist das Meitzendorfer Gewerbegebiet, das 1992 ausgewiesen wurde und heute rund 36 Hektar misst. Kleine, mittelständische und international agierende Unternehmen haben hier ihren Sitz; darunter Laempe Mössner Sinto mit rund 300 Mitarbeitenden vor Ort. 1996 ist das Maschinenbau-Unternehmen dorthin gezogen – und geblieben. Derzeit errichtet es ein neues Bürogebäude für rund drei Millionen Euro.

Dass die Firma Laempe das Dorf zu ihrem Hauptsitz machte, lag zum einen daran, dass der Firmengründer aus der

Region stammte, vermutet Geschäftsführer André Klimm. „Außerdem galt Magdeburg zu DDR-Zeiten als Maschinenbau-Hochburg.“ Der Firmengründer setzte darauf, in dieser Region ausreichend Fachpersonal zu finden. Noch heute ist es so, dass die meisten Mitarbeitenden in der Region oder dem knapp 20 Kilometer entfernten Magdeburg wohnen, nur acht Prozent pendeln von einem weiter als 40 Kilometer entfernten Wohnort. Nach Klimms Einschätzung findet kein gezielter Zuzug statt, um bei Laempe Mössner Sinto zu arbeiten. „Mir ist kein Mitarbeiter bekannt, der extra wegen uns hierher gezogen ist.“

In den Nachwuchs investieren

Der Fachkräftemangel ist für Laempe Mössner Sinto ein Thema. Um ausreichend Nachwuchs zu finden, ist das Unternehmen auf verschiedenen Ebenen aktiv. Zehn Prozent der Mitarbeitenden sind Auszubildende oder Studierende, die bei Laempe Mössner Sinto den praktischen Teil ihres Studiums absolvieren oder ihre Masterarbeit schreiben. „An dieser Quote halten wir fest, denn anders geht es nicht mehr. Das ist eine Investition in die Zukunft – wir investieren nicht nur in Maschinen und Gebäude“, sagt Klimm. Dazu arbeitet das Unternehmen mit verschiedenen Fachbereichen der Universität Magdeburg und mit der Hochschule Magdeburg-Stendal zusammen. Zahlreiche junge Menschen blieben der Firma nach ihrer Ausbildung erhalten, so Klimm. Zudem führt das Unternehmen Schulungen durch, um Mitarbeitende weiterzubilden. „Wir haben unser Schulungsbudget seit vergangem Jahr extrem vergrößert, um die Mitarbeitenden zu fördern und an neue Tätigkeiten heranzuführen.“ Neben fachlichen Schulungen gibt es Englisch- und seit einiger Zeit Deutschkurse im Unternehmen.

Nicht nur zum Thema Ausbildung ist Laempe Mössner Sinto mit anderen Unternehmen vernetzt, es ist in den Ausschüssen der Industrie- und Handelskammer vertreten und nimmt an Einkäuferstammtischen teil. „Wir pflegen ein gutes Verhältnis zu lokalen Behörden“, sagt Klimm, der sich im Januar mit Bürgermeister Frank Nase traf. Bei solchen Treffen in kleiner oder großer Runde bringen die Unternehmen ihre Wünsche an die Kommune mit. Dabei geht es auch um Wohnraum für die Mitarbeitenden in der Region. Bürgermeister Nase: „Wir sehen uns als Partner und Dienstleister der Unternehmen. Uns kümmern nicht nur die Unternehmungen, sondern auch die Beschäftigten.“

Austausch zwischen Kommune und Unternehmen

Dazu dienen Formate wie ein Unternehmerfrühstück, das zwei- bis viermal im Jahr stattfindet – das nächste Treffen ist die 56. Auflage. „Das ist keine kleine Kaffeetunde. Zuletzt kamen knapp 100 Gäste aus Industrie, Handel, Gewerbe und Politik“, so Nase. Zur sogenannten Kooperationsbörse, die 2024 zum neunten Mal stattfindet, treffen sich rund 20 regionale Partner aus Handwerkskammern sowie Industrie- und Handelskammer mit Verantwortlichen aus dem Landkreis und weiteren Kommunen. „Wir sind kleine Kommunen und arbeiten interkommunal zusammen, damit wir international eine Strahlkraft entwickeln“, sagt Nase. „Es kamen zuletzt Unternehmen aus bis zu



Nachwuchs bei Laempe Mössner Sinto: Um junge Menschen als Mitarbeitende zu gewinnen, ist das Unternehmen in der Region und mit der Forschung vernetzt.

neun Nationen zu unserer Kooperationsbörse. Dort wurde in Expertengremien und an Thementischen diskutiert. Die internationalen Unternehmen treffen dabei auf hiesige Firmen und Verantwortungsträger.“ Ziel sei es, Allianzen zu schmieden und gemeinsame Projekte zu starten. „Wir denken in Handelsketten und Bezugswegen.“ Das sei wichtig, weil am Standort Barleben in Sachsen-Anhalt eben nicht ausschließlich Handwerker arbeiten, die in der Region unterwegs sind, sondern international tätige Unternehmen wie Laempe Mössner Sinto.

Ziel von Nase ist es, weitere Großunternehmen anzusiedeln. Sollten die existierenden Gewerbegebiete zu klein werden, möchte er sich für neue einsetzen. Der gesamte Großraum ist an die Schiene sowie die Autobahnen 14 und 2 angebunden: Von Meitzendorf bis zum neuen Werk des Chipherstellers intel sind es über die Autobahn nur elf Kilometer. Darin sieht der Bürgermeister Potenzial. Die Region hat sich durch die Ansiedlung der Unternehmen bereits stark verändert. Dass sie sich weiter verändern wird, scheint unumgänglich. Allein in Meitzendorf sind seit der Wende drei Neubaugebiete entstanden, die Zahl der Einwohnenden hat sich auf etwa 1 350 verdoppelt. Nase ist bewusst, dass die Veränderungen nicht allen Menschen der Region gefallen. Um ihnen entgegenzukommen, sei beispielsweise der Technologiepark Ostfalen zwischen Barleben und Eben-dorf naturnah gestaltet: alter Baumbestand blieb erhalten, ein Park mit Bachlauf wurde angelegt. Dass nun fünf Biberfamilien in diesem Gewerbegebiet leben, ist für Nase ein gutes Zeichen. „Wir machen einen Spagat zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, Aufbau von Industrie und dem Erhalt von Natur und Umwelt. Wir meinen, dass uns das gelingt.“

Für das Hierbleiben

Seine Passion gilt etwas anderem. „Ich bin als Bürgermeister mit der Haltung angetreten, dass wir hier wirtschaftliche Entwicklungen im großen Stil brauchen.“ Er nennt es seine „intrinsic Motivation“, sich dafür einzusetzen, dass die Region genügend Arbeitsplätze bietet. Triebfeder ist dabei seine Familiengeschichte, die in den 1990er-Jahren von Arbeitslosigkeit geprägt war. „Ich kenne Lebenswelten, die von schwersten monetären Konflikten geprägt waren. Daran zu arbeiten, dass das Hierbleiben nicht Schmerz bedeuten muss, sondern ein gutes Leben möglich ist, das ist mein Antrieb.“ Heute gebe es in Barleben ausreichend Jobs, Wohnraum und Kita-Plätze. „Wir haben hervorragend ausgestattete Schulen, in jedem Klassenraum hängt eine funktionierende E-Tafel.“

Um die Bildung und insgesamt die Daseinsvorsorge zu sichern, sind finanzielle Mittel nötig. Die Steuern der Unternehmen sind für Barleben deshalb unverzichtbar. „Wir leben maßgeblich von der Gewerbesteuer“, sagt Nase, macht aber deutlich, dass er es für kurzfristig halte, vor allem auf diese Einnahmen zu schießen. Das Schaffen von Arbeitsplätzen habe für ihn als Betriebswirt Priorität. Beim Schreiben seiner Abschlussarbeit zum Thema Standortanalyse und Standortentwicklung habe er etwas gelernt: „Mit Arbeit lässt sich Perspektive schaffen. Ich hatte diese Erkenntnis und lasse sie in alle Strategien einfließen.“

SERVICE

Mehr zu Ort und Unternehmen:
www.barleben.de
www.laempe.com

Stiftung für Region und Nachwuchs

Oft tauchen die Namen großer Unternehmen auf Werbebannern auf, wenn Ehrenamtliche im ländlichen Raum Kultur auf die Bühne bringen. Die Kjellberg-Stiftung, Gesellschafterin der Kjellberg-Unternehmen in Finsterwalde in Brandenburg, ist eng mit den Menschen und der Region verbunden und unterstützt zudem junge Menschen, die technische Studienfächer belegen.

Von Andrea Birrenbach

Ich habe einen sehr, sehr schönen Job“, sagt Volker Krink, einer von drei Vorständen der Kjellberg-Stiftung. Es gefällt ihm – neben vielen anderen Aufgaben – dazu beizutragen, dass Jugendliche ein Instrument lernen können. Er ist begeistert von der Qualität der Ausbildung der Kreismusik- und Kunstschule im Kreis Elbe-Elster, deren Projekte die Stiftung finanziell unterstützt. Lernwillige stünden auf Wartelisten, die Lehrkräfte seien hochmotiviert. „Diese Musikschule ist in Finsterwalde verankert, geschätzt und beliebt.“ Deshalb habe es sich die Stiftung auch zur Aufgabe gemacht, sie zu fördern. „Das ist kein einmaliges Engagement, sondern wir fördern mit Kontinuität.“ Die Stiftung sehe sich in einer Verantwortung. Warum? „Das ist Teil unserer Stiftungszwecke“, sagt Krink. In der Satzung ist unter anderem der Auftrag formuliert, zur Strukturförderung der Region beizutragen. „In den 1990er-Jahren waren Finsterwalde und die Region strukturschwach. Die wirtschaftliche Lage war verheerend mit einer großen Zahl an Arbeitslosen. Das war für viele Menschen eine bedrückende Zeit.“ 1997 wurde die Stiftung mit dem Gedanken gegründet, etwas für die Region zu tun, wenn sich die Unternehmen, die zu Kjellberg gehören, gut entwickeln.

Dass es eine positive Entwicklung geben würde, war zunächst nicht klar. Das 1922 in Finsterwalde von einem Schweden namens Oscar Kjellberg gegründete Unternehmen war zu DDR-Zeiten ins Staats Eigentum übergegangen. Nach der Wende scheiterte der Versuch der Treuhand, es zu privatisieren. Um das Unternehmen zu erhalten, waren Kredite nötig. Die Stadt Finsterwalde bürgte für einen dieser Kredite – und die Idee kam auf, dass Stadt und Region profitieren sollten, falls

sich die Investitionen auszahlten. Die Idee der Stiftung wurde geboren. Dieser Stiftung gehören heute die Unternehmen der Kjellberg-Gruppe. Sie produzieren und forschen im Bereich der Schweißelektroden, Schweißtechnik und Plasmaschneidanlagen. Gleichwohl die Unternehmen Eigentum der Stiftung sind, müssen sie zuerst wirtschaftlich bestehen können. Die Gewinne der Unternehmen gehen teilweise an die Stiftung und müssen satzungsgemäß nach Stiftungszwecken eingesetzt werden. Überprüft wird

das von einem Kuratorium, einer Art Aufsichtsrat. Außerdem gibt es einen Arbeitnehmerbeirat, den die Mitarbeitenden aus ihren Reihen bestimmen. Dieser Rat hat die Aufgabe, den Vorstand zu überwachen, damit er die Stiftungszwecke einhält. Die Beiratsmitglieder kommen wie die meisten Kjellberg-Beschäftigten aus der Region. „Sie achten darauf, dass die Mittel in der Region eingesetzt werden“, sagt Krink. So werden auch Vereine, der Tierpark in Finsterwalde und Kindergärten unterstützt.

Zuschauen beim Plasmaschneiden: Kjellberg Finsterwalde öffnet die Werkstore für Interessierte.





Abiturient Edgar Wohmann erhielt 2023 ein Stipendium von Kjellberg Finsterwalde. Die Urkunde übergab Vorstandsmitglied André Speri.

Nachwuchssicherung

Die Stiftung unterstützt zudem Schulen und Studierende: Diese Förderung zahlt auf einen weiteren Stiftungszweck ein, nämlich Nachwuchs für Kjellberg zu sichern. Um als potenzielle Arbeitsstelle für junge Menschen in Betracht zu kommen, sollten sie die Produktion einmal von innen gesehen haben, findet Krink. „Manchen Schülern ist nicht bewusst, was Kjellberg macht, obwohl viele Eltern hier arbeiten. Für sie sind wir die ‚Schweißbude‘. Dass hier Hochtechnologie angewendet wird, wissen sie oftmals gar nicht. Sie sind dann überrascht, wenn wir ihnen die Firma zeigen.“ Er findet es schade, dass Schulen solche Betriebsbesuche nur selten einplanen. „Wir machen das sehr gerne. Es ist zwar nicht alles spannend, was hier passiert, aber doch vieles.“ Den Kontakt zur Schülerschaft sucht Kjellberg auch deshalb, weil sich die Ausbildungsplätze der Unternehmen nicht leicht besetzen lassen. „Das hat sich im Vergleich zu früher erheblich verändert: Im Prinzip kann sich heute ein Lehrling fast aussuchen, wo er arbeiten möchte, wenn er gute schulische Leistungen bringt und engagiert ist.“

Seit drei Jahren bietet Kjellberg ein Stipendium für diejenigen an, die ihr Ab-

itur in der Region gemacht haben und ein technisches Fach studieren möchten. Sie können 500 Euro pro Monat erhalten; gewährt wird das Stipendium für ein Jahr, bei guten Noten kann es verlängert werden. „Wir fördern junge Leute von hier, egal wo sie studieren, weil die Wahrscheinlichkeit groß ist, dass sie zurückkommen, wenn es ihnen hier gefällt und sie eine Bindung zur Region haben.“ Gleichzeitig macht Kjellberg seit rund 15 Jahren beim Deutschlandstipendium des Bundesforschungsministeriums mit. Studierende von technischen Berufen an den Universitäten und Hochschulen in Cottbus, Dresden, Wildau, Mittweida und Hannover können sich für das mit 150 Euro dotierte Stipendium von Kjellberg bewerben. Die gleiche Summe steuert der Bund bei. Junge Studierende und ihre wissenschaftlichen Untersuchungen zu fördern, ist eine der strategischen Entscheidungen, die die Kjellberg-Stiftung gefällt hat, um die Zukunft des Unternehmens zu sichern. Denn auch das ist eine Aufgabe der Stiftung: den Stand der Forschung im Bereich des Schweißens im Auge zu behalten.

Guter Austausch mit der Stadt

Momentan hat Kjellberg in Finsterwalde rund 450 Mitarbeitende. Für Versammlungen mit allen dienen die großen Säle der Stadthalle „Kulturweberei“, die dem Firmensitz gegenüber auf einer ehemaligen Industriebrache gebaut wurde. Nach deren Eröffnung im Jahr 2022 durfte Kjellberg die erste Veranstaltung dort durchführen. „Darauf waren wir stolz, es war wirklich schön“, sagt Krink. Die Unternehmensgruppe hatte zu ihrem 100-jährigen Bestehen eingeladen.

Die Stadthalle ist eines der neueren Gebäude, das die zentral gelegene Oscar-Kjellberg-Straße aufwertet. In den 1990er-Jahren war diese Straße zum Unternehmen von Verfall geprägt, und die Unternehmensführung stellte sich die Frage, ob sie an den Stadtrand ziehen sollte. Man entschied sich dagegen, kaufte weitere Grundstücke und eine Villa in der Nachbarschaft des Unternehmenssitzes dazu, baute an und renovierte. Nur einige Teile der Produktion zogen ins Gewerbegebiet. Krink vermutet, dass diese Entscheidung dazu beigetragen hat, dass sich in der Straße seitdem viel getan hat: „Bis auf wenige Ausnahmen ist sie sehr schick geworden.“ Dorthin lade die Unternehmensgruppe gerne internationale Kundschaft ein – Kjellberg liefert seine Produkte in über 50 Länder. Krink findet es gut, weiter in der Nähe des Stadtzentrums zu arbeiten. Durch den regelmäßigen Austausch mit der Stadtverwaltung gebe es keine Probleme, etwa mit der Infrastruktur. Für die zahlreichen Lkws, die den Firmensitz ansteuern, sei ausreichend Platz. „Wir arbeiten mit der Stadt sehr gut zusammen. Letztlich ist das Interesse, eine lebenswerte Umgebung zu schaffen, für die Stadt und uns als Unternehmen identisch. Wenn die Menschen sich in der Stadt wohlfühlen, dann bleiben sie hier, kommen zurück oder ziehen von woanders hierher.“

KONTAKT

Kjellberg Finsterwalde Plasma und Maschinen GmbH
 Telefon: 03531 71945-47
 buero@kjellberg-stiftung.de
 www.kjellberg.de/kjellberg-stiftung.html



Auf Augenhöhe

Bad Berleburg hat eine finanzielle Notlage überwunden, indem die Verwaltung ihre Ausgaben stark einschränkte und die Gewerbesteuer deutlich erhöhte. Wie gelang es, die Unternehmen ins Boot zu holen?

Bernd Fuhrmann ist seit 2004 Bürgermeister von Bad Berleburg mit rund 19 000 Einwohnern. Die Kernstadt ist von 22 Ortschaften umgeben, weshalb sich Bad Berleburg „Stadt der Dörfer“ nennt.
www.bad-berleburg.de



Herr Fuhrmann, wie wichtig sind offizielle und persönliche Verbindungen zwischen kommunal Verantwortlichen und Unternehmensleitenden?

Generell ist für uns als Stadt der Dörfer die enge Verzahnung sowohl hauptamtlicher als auch ehrenamtlicher Strukturen sowie von Unternehmen von zentraler Bedeutung. Wichtig ist, dass alle Beteiligten bei Entscheidungen im Sinne einer ganzheitlichen Stadtentwicklung mitgenommen werden. Es geht uns also in erster Linie nicht um persönliche Verbindungen, sondern um den Aufbau und die Pflege unseres Netzwerkes.

„Es braucht gegenseitige Wertschätzung.“

Als in Bad Berleburg aufgrund leerer Kassen ein Leitbild als Zukunftsvision erarbeitet wurde, saßen Unternehmensleitende mit am Tisch.

Nach unserem Grundverständnis müssen wir als Kommune mit der Bürgerschaft und den Unternehmen zusammenarbeiten. Deshalb kann ein Leitbildprozess niemals ohne starke Partner gelingen. Es braucht gegenseitige Wertschätzung: Für eine starke Kommune sind starke Unternehmen und bürgerschaftliches Engagement nötig. Durch den Leitbildprozess

wollten wir uns aus einer finanziellen Notsituation befreien. Als deutlich wurde, dass wir uns nicht scheuen, bei Rat und Verwaltung Einsparungen vorzunehmen, zeigten sich auch die Unternehmen offen für Ideen. Die Haushaltskonsolidierung sollte je zur Hälfte durch Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen gelingen.

Sie haben dazu die Gewerbesteuer deutlich angehoben. Sie ist nun höher als der bundesweit durchschnittliche Hebesatz von etwa 360 Prozent. Wie kam das an?

Zum Prozess gehörte die schrittweise Erhöhung der Gewerbesteuer auf bis zu 520 Prozent. Die letzte Stufe der Erhöhung von 495 auf 520 wäre 2019 fällig gewesen. Wir haben sie in Absprache mit den Unternehmen nicht umgesetzt, weil wir insgesamt mehr Gewerbesteuern eingenommen haben als erwartet. Da die Unternehmer erkannt haben, dass eine Gesamtstrategie entstand, die eine Weiterentwicklung der Stadt zum Ziel hat, langfristig angelegt ist und bei der sie mitdiskutieren konnten, haben sie den Prozess mitgetragen.

Wie gelingt es, zu steuern, wobei Unternehmensleitungen mitreden dürfen und wobei nicht?

Wir haben gemeinsam einen Plan erarbeitet, der den Unternehmen Klarheit gibt. Und dazu waren wirklich alle Unternehmen eingeladen. Die Politik war bei jedem Prozessschritt dabei, hat aber, so wie ich als Bürgermeister

ter, zunächst nur zugehört und sich erst am Ende geäußert. Die Diskussionen fanden zwischen Verwaltung, Bürgerschaft und Unternehmen statt. Beim Beteiligungsprozess haben wir aber nie kommuniziert, dass die Wünsche der Unternehmen eins zu eins umgesetzt werden. Letztendlich ist es nämlich die Stadtverordnetenversammlung, die auf Grundlage der Gemeindeordnung die Entscheidungen trifft. Das ist wichtig zu betonen, denn die Finanzverantwortung bleibt bei der Kommune.

Ist die Haushaltslage mittlerweile gut?

Die Haushaltskonsolidierung ist gelungen. Durch die gute Zusammenarbeit von Stadt, Bürgerschaft und Unternehmen hat sich vieles getan. Die Umgestaltung des Bürgerhauses am Markt zum Tagungszentrum ist ein Beispiel dafür. 70 Prozent der Gelder kamen aus Landes- und EU-Mitteln. Zehn Prozent musste die Kommune als Pflichtanteil bar hinzugeben, was ein Kraftakt war, weil wir uns in der Haushaltskonsolidierung befanden. Die restlichen 20 Prozent wurden durch zwei Unternehmen eingebracht. Sie haben den Umbau mit jeweils 200 000 Euro gefördert – ohne Gegenleistung.

Herr Fuhrmann, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Andrea Birrenbach. ■

Strategisch zusammenarbeiten

In vielen Regionen tauschen sich Verwaltung und Politik mit lokalen Unternehmen aus. Oft sind diese Treffen weder regelmäßig noch zielgerichtet. Wie geht es anders?



Eva Gerhards arbeitet am Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Universität Köln.

Martin Albrecht ist beim Beratungsunternehmen „Gertz Gutsche Rümenapp – Stadtentwicklung und Mobilität“ tätig. Sie haben im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung das Konzept „KOWIS – Kooperative Stadtentwicklung mit Fokus Wirtschaft in Kleinstädten“ erarbeitet. Eine Publikation dazu soll im April erscheinen.

www.bbsr.bund.de

„Es geht darum, die gemeinsamen Ziele gemeinsam zu verfolgen.“

Frau Gerhards, Herr Albrecht, Unternehmen und Verantwortliche aus Kommune und Region arbeiten oftmals bereits zusammen. Wie sieht dieser Austausch aus?

GERHARDS: Wir sind in den Kleinstädten vor allem auf informelle Austauschformate gestoßen. In der Regel gibt es gute Kontakte, mindestens zwischen größeren Arbeitgebern und der Stadtverwaltung, oft auch zu den kleineren Unternehmen. In der Kleinstadt gibt es einen direkten Draht, häufig sind die Protagonisten auch im Stadtbild präsent und ansprechbar. Vielfach gibt es bereits punktuelle Kooperationen, oft in Form von Sponsoring oder gemeinsamer Übernahme von Verantwortung für die Gestaltung einzelner Quartiere oder Straßenzüge.

Was fehlt bei der Zusammenarbeit?

GERHARDS: Es fehlt vielfach noch das Bewusstsein dafür, dass alle

vor den gleichen Herausforderungen stehen. Beispielsweise treiben die Themen Fachkräfte und Wohnen, Nahverkehr und Versorgung Unternehmen, Stadtpolitik und -verwaltung gleichermaßen um. Sie gehen sie aber häufig getrennt voneinander mit eigenen Mitteln an. Es gibt viele Projekte und Workshops, jedoch kaum gemeinsame Strategien. Es fehlen Strukturen, definierte Arbeitsprozesse, Kontinuität und Transparenz im Hinblick auf die Stadtentwicklung.

Sie haben ein Konzept für eine „Kooperative Wirtschafts- und Stadtentwicklung“, kurz KOWIS, erarbeitet. Was unterscheidet es von bereits existierenden Formaten?

GERHARDS: KOWIS konzentriert sich auf die beiden lokalen Player Unternehmen und Stadtverwaltung, gegebenenfalls auch Stadtpolitik. Sie definieren gemeinsame Ziele, etwa zum Thema Fachkräfte oder Mobilität, und entwickeln Strategien, die sie verbind-

lich gemeinsam umsetzen. Es kann Lenkungs- und Steuerungsgruppen geben, um den Prozess aufrechtzuerhalten. Bei anderen Formaten der Stadtentwicklung, die prinzipiell auch der Wirtschaft offenstehen, zeigt die Erfahrung, dass es häufig nicht gelingt, Unternehmen kontinuierlich in Prozesse einzubinden. Oft gibt es einzelne Projekte, jedoch keine langfristige Zusammenarbeit.

ALBRECHT: Stadt und Unternehmen eint ein gemeinsames Interesse an einer zielgerichteten Stadtentwicklung. KOWIS bildet den Rahmen für eine kooperative Zieldefinition, Lösungssuche und Projektumsetzung. Dabei geht es um mehr als Modellprojekte, nämlich um eine strategische Kooperation, um einen transparenten Prozess mit klarem Fahrplan und hoher Verbindlichkeit.

GERHARDS: KOWIS hat zudem einen lokalen Bezug. Viele andere Ansätze haben eine regionale Ausrichtung, etwa LEADER-Projekte.

ALBRECHT: Viele Unternehmen prägen die Kleinstadt, in der sie ihren Sitz haben, in besonderem Maße und sind ihr stark verbunden. Dies ist ein guter Anknüpfungspunkt für einen KOWIS-Prozess.

Warum sollte sich die Wirtschaft für eine Kooperation im Sinne von KOWIS interessieren? Warum die Kommune?

GERHARDS: Sowohl Unternehmen als auch Verwaltungen in Kleinstädten verfügen in der Regel über begrenzte Ressourcen als Großstädte. Das Adressieren von Zukunftsfragen ist daher besonders herausfordernd. KOWIS hilft, Synergien zu heben, um effizienter zu werden, sodass die Kooperation einen Mehrwert für alle Seiten generieren kann. Es geht nicht darum, die grundsätzliche Aufgabenteilung innerhalb einer Kommune in Frage zu stellen. Es geht darum, die gemeinsamen Ziele gemeinsam zu verfolgen.

Frau Gerhards, Herr Albrecht, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Andrea Birrenbach.

Seit über zehn Jahren fahren nicht nur Mitarbeitende von VAUDE mit der sogenannten Bähnle-Linie.

Buslinie für Unternehmen und Region

Große Unternehmen sind wichtige Arbeitgeber im ländlichen Raum. Sie können bei ihren Mitarbeitenden Impulse für eine Abkehr vom privaten Pkw setzen – und damit die Verkehrswende auf dem Land unterstützen.

Von Anja Rath und Andrea Birrenbach

Seit 2013 dreht von Montag bis Freitag stündlich zwischen 6:30 und 17:30 Uhr ein Bus, vom Bahnhof Meckenbeuren aus, eine Runde über die „VAUDE-Straße“ in Obereisenbach, einem zur Stadt Tettang gehörenden Dorf im Hinterland des Bodensees. Die „Bähnle-Linie“ hält dabei am Bärenplatz in Tettang, an dem die insgesamt drei Linien

des Stadtbusnetzes zusammenlaufen, und sie fährt Orte wie den Sportplatz von Meckenbeuren und das Krankenhaus von Tettang an. Samstags verkehrt der Bus vormittags. Dass die Bähnle-Linie, deren Name an die einstige Eisenbahnstrecke Meckenbeuren - Tettang erinnert, überhaupt existiert, ist auch dem Unternehmen VAUDE zu verdanken.

Nachhaltiger mobil

Seit 1980 hat der Hersteller von Outdoor-Kleidung und -Equipment seinen Firmensitz in Obereisenbach. Dort stellt VAUDE auch einen Teil seiner Produkte her, etwa 650 Mitarbeitende sind vor Ort tätig. „Aufgrund unseres ländlichen Standorts sind viele auf ihr Auto angewiesen, um zur Arbeit zu kommen“, sagt Hilke Patzwall, die bei der VAUDE Sport GmbH & Co. KG für die Themen Nachhaltigkeit und unternehmerische soziale Verantwortung zuständig ist. „Statt weitere Parkplätze zu bauen, hat VAUDE in Strukturen investiert, die ein nachhaltigeres Pendeln möglich machen.“ Damit die Mitarbeitenden möglichst umweltfreundlich mobil sein können, wurde ein Mobilitätskonzept entwickelt. Dazu gehört etwa, dass VAUDE die Abo- und Monatskarten der Mitarbeitenden für den umweltfreundlichen ÖPNV bezuschusst. Um damit pendeln



zu können, braucht es Verbindungen wie die Bähnle-Linie, über die der Ort an das öffentliche Bahnnetz mit Zügen von und nach Ravensburg und Friedrichshafen angeschlossen ist.

Initiative der Unternehmen

Gemeinsam mit anderen Unternehmen in Tettngang hat sich VAUDE für die zusätzliche Busanbindung eingesetzt. „Die Vorbereitungen haben zwei Jahre gedauert: Es wurden viele Gespräche mit dem Landrat, dem beteiligten Busunternehmen und dem regionalen Verkehrsverbund geführt, bis es so weit war“, sagt Patzwall. Felix Löffelholz, Sprecher des Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbunds (bodo): „Die Unternehmen sind auf den Bodenseekreis, der für das Busangebot zuständig ist, zugegangen und haben den Prozess angestoßen.“ Betrieben wird die Bähnle-Linie vom Tettnanger

Busunternehmen Strauss Reisen, das dafür heute barrierefreie Klein- oder Standard-Linienbusse einsetzt. In den ersten drei Jahren unterstützte der Landkreis die Linie mit 125 000 Euro jährlich. Zunächst war sie für nach Obereisenbach und Tettngang Pendelnde konzipiert: „Die Taktung des Busses war an die Arbeitszeiten und die Zugsverbindungen am Bahnhof Meckenbeuren angepasst“, sagt Patzwall. Mittlerweile fahren die Busse zudem stündlich weitere Dörfer und Haltestellen an, um die Linie für die Allgemeinheit attraktiv zu machen. So nutzen auch Touristen, einige Schüler und die Menschen der Region die Bähnle-Linie in ihrer Freizeit. Wie schon im Jahr 2019 nutzen auch derzeit rund 200 Fahrgäste täglich die Bähnle-Linie.

Weiterdenken

„Die Bähnle-Linie zeigt, dass eine starke, tragende Partnerschaft zwischen Unternehmen und ÖPNV-Akteuren zu innovativen, vorher nicht für möglich gehaltenen Ergebnissen führen kann“, sagt bodo-Sprecher Löffelholz. „Die Linie spielt für die regionale Mobilität in der attraktiven, aber eher ländlich strukturierten Tettnanger Region eine wichtige Rolle. Denn darüber sind auch Freizeitziele, zum Beispiel der Hopfenpfad und das Hopfenmuseum in Siggenweiler oder das Freibad in Obereisenbach, gut erreichbar.“

Als der Betrieb dieses „Bädle“ genannten Freibads 2006 vor dem Aus stand, gründete sich auf Initiative von VAUDE ein ehrenamtlicher Förderverein, der sich für den Erhalt einsetzte. Mittlerweile ist VAUDE Mitbetreiber des Freibads. Es wurden spezielle Angebote für Familien mit Kindern geschaffen, um das Bad attraktiv zu machen. „Dadurch konnten die Einnahmen gesteigert und die Kosten für die Gemeinde um die Hälfte reduziert werden“, so Patzwall. Um den Mitarbeitenden die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, unterstützt VAUDE zudem die Kindertagesstätte „Kinderhaus“. Das Engagement für die Infrastruktur, das Ortsbild und Freizeitangebote sehe VAUDE als Teil seiner Verantwortung gegenüber der Region und der lokalen Gemeinschaft, erklärt Patzwall.

Emissionen senken

Das Thema Nachhaltigkeit spielt in der Unternehmensphilosophie von VAUDE eine übergeordnete Rolle. So sind die Produkte etwa mit dem „Grünen Knopf“ als umweltfreundlich und fair zertifiziert. Das Unternehmen hat sich auf die Fahnen geschrieben, seine CO₂-Emissionen – sowohl bei der Produktion in Asien und Deutschland als auch am Firmensitz in Tettngang – kontinuierlich zu senken. Dazu trägt das Mobilitätskonzept bei. „Zu Mobilität gehört auch der Transport von Waren. Er verursacht jedoch unter zehn Prozent der Emissionen in unserer gesamten Klimabilanz, da wir fast nur mit Seefracht arbeiten“, sagt Patzwall. Einer der größten Posten bei der jährlich erstellten Klimabilanz des VAUDE Campus in Tettngang sei die Mitarbeitermobilität. Das Mobilitätskonzept beinhaltet deshalb Richtlinien für nationale und internationale Geschäftsreisen, die Nutzung firmeneigener E-Bikes, das kostenfreie Auftanken von privaten E-Bikes, ein JobRad-Angebot oder das Mobilitätslotto, bei dem wöchentlich Sachpreise unter allen Mitarbeitenden verlost werden, die nicht allein im eigenen Auto zur Arbeit kommen. Auch die Umstellung des unternehmenseigenen Fuhrparks auf Elektro-Mobilität ist Teil des Konzepts. Zentral ist dabei das Radeln: VAUDE bietet Pendelnden eine Fahrradgarage, eine Reparaturwerkstatt, Fahrtechnik- und Reparaturkurse sowie Umkleiden und Duschen. Die Maßnahmen werden in der Bilanz sichtbar: Insgesamt konnten in Deutschland im Jahr 2022 über 100 000 PKW-Kilometer eingespart werden, davon der Großteil durch Radfahrkilometer. Etwas mehr als 2 000 Kilometer wurden durch die ÖPNV-Nutzung eingespart. ■

SERVICE

Zum Weiterlesen:
<https://nachhaltigkeitsbericht.vaude.com/gri/umwelt/mobilitaet-bei-VAUDE.php>

KONTAKT

Felix Löffelholz
 Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund (bodo)
 Telefon: 0751 36141-33
felix.loeffelholz@bodo.de
www.bodo.de



Familie Wernseher vom Tonihof: Er ist einer von rund 680 Betrieben, die Milch an die Andechser Molkerei Scheitz liefern.

Molkerei für kleinstrukturierte Milchwirtschaft

Die Zahl verarbeitender Betriebe wie Schlachthöfe, Mühlen oder Molkereien ist heute geringer als früher; deren Bezug zu den Produzenten häufig ebenso. Wie es gelingen kann, regionale Milchzeuger zu unterstützen, zeigt das Beispiel der Andechser Molkerei Scheitz.

Von Anja Rath

Erling bei Andechs: Im bayerischen Hügelland zwischen Starnberger See und Ammersee gründeten vor etwa 115 Jahren die Urgroßeltern von Barbara Scheitz eine Käserei. Sie wurde in den 1970er-Jahren zur Molkerei ausgebaut. 1980 verarbeitete die „Andechser Molkerei“ erstmals Bio-Milch: Sie hatte zwei Mitarbeitende und stellte Trinkmilch, Buttermilch und Butter her. Heute ist Barbara Scheitz die Geschäftsführerin der Andechser Molkerei Scheitz mit rund 200 Mitarbeitenden, der Firmensitz lautet „Biomilchstraße Nr. 1“ – alle Produkte sind bio.

Milch von vielen Betrieben

Die „Andechser Natur-Produkte“ sind deutschlandweit in Supermarktregalen zu finden: Wer wissen möchte, welche Höfe die Milch dafür geliefert haben, kann das anhand des Mindesthaltbarkeitsdatums über die Website der Molkerei zurückverfolgen. „Unsere Milch stammt von Familienbetrieben, die nach den Richtlinien der Anbauverbände Bioland, Demeter, Naturland oder Biokreis wirtschaften“, sagt Stefanie Miller von der Andechser-Pressestelle. „Die ökologisch bewirtschaftete Fläche der Andechser-Natur-Milchbauern liegt momentan bei rund 29 000 Hektar – das entspricht etwa sieben Prozent der ökologisch bewirtschafteten Fläche in Bayern.“ Zu den insgesamt rund 680 Zulieferern gehören sowohl Nebenerwerbsbetriebe mit zehn Kühen als auch große Betriebe im Vollenerwerb mit bis zu 150 Tieren – aus dem Alpenvorland und der Alpenregion, vom Waginger See bis zum Allgäu. Etwa 40 Bio-Ziegen-Betriebe liegen in Österreich.

Rund 100 Lieferanten produzieren rund um den Ammer- und Starnberger See. Sie prägen mit ihren Wiesen und Weiden das Anflitz der touristisch attraktiven Region. Etwa der Tonihof der Familie Wernseher in St. Georgen, das zum Markt Dießen am Ammersee gehört. „Wir haben 1995 auf die Wirtschaftsweise des ökologischen Anbauverbandes Bioland umgestellt“, sagt Anneliese Wernseher. Neben den rund 50 Milchkühen leben weitere 40 Jungtiere und Kälber auf dem Hof. Im Frühjahr beginnt die Weidesaison: Ein Video auf der Website zeigt hüpfende Kühe, die sich einen spielerischen Kampf liefern.

Die Milchwirtschaft sei für den Erhalt des Grünlands bedeutsam, sagt Miller. „Der Öko-Landbau trägt dazu bei, Ressourcen zu schonen, die Bodenfruchtbarkeit zu fördern und die Biodiversität zu steigern. Wiesen auf weniger ertragreichen Flächen sind ein wichtiger Bestandteil.“ Ge-

nauso die Flächenbindung: Im Ökolandbau ernähre ein Hektar eine Kuh. Über ihren Mist, der als Dünger ausgebracht wird, kann der Boden Humus aufbauen – mit positiven Effekten auf dessen Wasserhaltekapazität und CO₂-Bindung. Tierhaltung und Bodenbewirtschaftung bilden einen Kreislauf. „Und die Milchkühe grasen zum Beispiel auf steileren Almwiesen. Das erhält die typische Kulturlandschaft, die man in unserem Milchleingebiet vorfindet.“

Finanzielle Anreize und Impulse

Der mit der Weidehaltung verbundene Aufwand muss sich für Betriebe aber auch rechnen. Die Molkerei zahlt eine Weideprämie. „In unserem Bio-Standard ist festgelegt, dass den Milchkühen Weidegang zu gewähren ist.“ Ausnahmen gibt es für Altbetriebe. Die Molkerei verstehe die Zusammenarbeit mit den Betrieben als Partnerschaft auf Augenhöhe. „Die Andechser-Natur-Bio-Bauern sind oft seit Generationen Milchbauern. Sie bewirtschaften ihre Betriebe aus Überzeugung ökologisch, halten alte Rinderrassen und engagieren sich in Projekten und Arbeitskreisen etwa zu Möglichkeiten der Kälberaufzucht bei der Mutterkuh.“ Es bestehen langfristige Lieferverträge, der Preis pro Liter Bio-Milch sei existenzsichernd. „Wir verhandeln ihn alle zwei Monate mit den von den Betrieben gewählten Sprechern der Bio-Milchbauern neu.“ Die Milch vom Tonihof wird im zweitägigen Rhythmus von der Molkerei erfasst und verarbeitet. „Wir sind dankbar, die Andechser Molkerei Scheitz als regionalen Milchverarbeiter in unserer Nähe zu haben. Seit 1995 ist sie uns ein verlässlicher Partner. Der Preiskampf des Handels um die Gunst der Kunden wird am Ende auf dem Rücken der Erzeuger ausgetragen“, sagt Anneliese Wernseher vom Tonihof. Sie wünscht sich, dass der Handel sich mehr mit den Erzeugern solidarisiert.

Beim Tonihof können Milchliebhaber Rohmilch vor Ort am Milchautomaten kaufen. Für die Kühe „Bernie“, „Walnuss“ oder „Erdbeer“ können sie auch für jährlich 96 Euro eine „Andechser-Natur-Kuh-Patenschaft“ übernehmen. 32 Euro pro Patenschaft erhalten der Tonihof und andere Betriebe, die die Patenschaft anbieten. „Damit unterstützen Paten die Arbeit der Bio-Milchbauern“, so Miller. Aber die Aktion sei auch für Menschen, die Andechser-Natur-Produkte mögen und den ökologischen Landbau fördern möchten: Zwei Drittel der Zahlungen verwendet die Molkerei für Genussspakete inklusive Informationen zur Patenkuh, ihrem Hof und dessen Bewirtschaftung. Bilder und Informationen dazu liefern die Betriebe.



Bei der Gestaltung ihrer Betriebsgebäude hat sich die Molkerei von der Architektur Hundertwassers inspirieren lassen.

Im Ökolandbau sieht das Unternehmen den Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft, ein Augenmerk liegt auf dem Klimaschutz. 2021 hat die Bio-Molkerei die Initiative „KlimaBauern“ gestartet. „Unser Ziel ist eine regionale CO₂-Kompensation innerhalb unseres Wertschöpfungsnetzwerks.“ Die Initiative ist ein Pilotprojekt: Partnerbetriebe erarbeiten Strategien und erproben Maßnahmen, um die Freisetzung von CO₂ zu vermeiden oder das klimaaktive Gas zu binden – insbesondere über Humusaufbau im Boden. Die Höfe werden vom Institut für Agrarökologie in der Schweiz wissenschaftlich begleitet, Akteure aus Umweltverbänden und der Landwirtschaft beraten. Eingespartes oder gebundenes CO₂ vergütet die Molkerei mit zehn Euro je Tonne. Auch der Tonihof macht als KlimaBauer mit und investiert in eine Photovoltaik-Anlage mit Stromspeicher.

Plattformen

Familie Wernseher ist zudem Gastgeber: Man kann in zwei Ferienwohnungen Urlaub machen. Diese Infos findet man auf der hofeigenen Website – und in der Übersicht im Bereich „Urlaub-Bauernhof“ auf der Website der Andechser Molkerei Scheitz. Dort steht zudem noch, dass sich die hofeigenen Zwergziegen, Kaninchen, Katzen und Hühner über Streicheleinheiten freuen. „Die Andechser-Natur-Betriebe können ihre Angebote präsentieren und auf sich aufmerksam machen“, so Miller.

Der Bioland-zertifizierte Tonihof ist breit aufgestellt. Gleichzeitig steht insbesondere die regionale kleinstrukturierte Landwirtschaft angesichts steigender Energiepreise und der Zwänge des Markts vor Herausforderungen. Um gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit, auch für sie, geht es der Andechser Molkerei Scheitz bei ihrer Initiative für das Aktionsbündnis „BIO für Alle!“. Ihm haben sich Naturschutz- und Anbauverbände angeschlossen. Eine Kernforderung ist, Bio-Lebensmittel von der Mehrwertsteuer zu befreien, um Verbraucher für die Kaufentscheidung für bio zu belohnen. ■

SERVICE

Zum Tonihof:

www.wernseher.de

Zur Andechser-Natur-Kuh-Patenschaft:

www.kuhpatenschaft.de

Zur Initiative KlimaBauer:

www.klimabauer.de

KONTAKT

Stefanie Miller

Andechser Molkerei Scheitz

Telefon: 08152 379-345

s.miller@andechser-molkerei.de

www.andechser-natur.de



Engagement für Akzeptanz

In vielen Regionen waren Dörfer früher durch landwirtschaftliche Betriebe geprägt. Welche Rolle spielen sie heute für das Dorfleben und die Regionalentwicklung?

Benedikt Sprenger

leitet den Hof Sprenger im nordrhein-westfälischen Beckum-Roland. Auf rund 200 Hektar baut er Getreide, Raps, Kürbisse und verschiedene Bohnensorten an. Produkte wie Aufstriche und Nudeln aus Leguminosen vermarktet er direkt ab Hof und online. Zudem hält er Schweine. www.hofsprenger-roland.de



Herr Sprenger, wie verbunden fühlen Sie sich mit dem Ort, in dem Ihr Hof seinen Sitz hat?

Wir fühlen uns sehr verbunden mit dem Ort und den Menschen, weil unsere Familie seit mehreren Generationen hier siedelt. Wir haben regelmäßig Gäste auf dem Hof und zeigen unsere Produktionsverfahren. Der Sojaanbau ist in Deutschland noch nicht weit verbreitet, deshalb besuchen uns Landwirte und Interessierte, um sich das anzuschauen. Wir haben auch schon den Kegelclub aus dem Ort, die Landfrauen und die Landjugend, politische Gremien und den Ernährungsrat Münster eingeladen, um die Landwirtschaft näherzubrin-

„Es ist es wichtig, Interessen zu bündeln und auszugleichen.“

gen. Die Menschen erfahren dadurch, wie wir wirtschaften, was wir auf dem Acker, im Stall oder bei der Direktvermarktung tun. Das ist nötig, um für Akzeptanz zu sorgen. Nur wenn wir offen kommunizieren und erklären, wie wir arbeiten, können wir sicher sein, dass man unsere Pro-

duktionsweisen und uns weiterhin akzeptiert – als Betrieb und als Familie. Deswegen öffnen wir unsere Tore gern.

Spielen Dorf- und Regionalentwicklung eine Rolle für Sie?

In Beckum-Roland wurde ein Konzept für die Dorffinnenentwicklung erarbeitet. Als ortsansässiger Landwirt habe ich an den Sitzungen teilgenommen und versucht, mich für die Themen einzubringen, die das Dorf bewegen. Ein Beispiel: Zu unserem Parkfriedhof führen Zuwege. Dort sind Menschen zu Fuß und mit dem Rad unterwegs, und Landwirte fahren zu ihren Feldern. Ich achte darauf, dass bei den Planungen der Wege die Interessen aller gewahrt bleiben, denn bei solchen Diskussionen treffen verschiedene Ansprüche aufeinander. Als Betrieb im Ort möchten wir, dass das Zusammenleben gut funktioniert. Für mich als Privatperson und meine Familie ist es außerdem wichtig, dass es in unserem Dorf noch einen Kindergarten, den Sport- und den Schützenverein gibt, denn das spielt eine Rolle, um ein Dorf lebenswert zu halten. Da ich im landwirtschaftlichen Ortsverein Beckum aktiv bin, sitze ich zudem im Klimabeirat der Stadt Beckum.

In unserem Ort habe ich den Bürgerwindpark mitorganisiert und bin in der Geschäftsführung tätig. Ich bin daran interessiert,

dass solche Projekte gemeinschaftlich umgesetzt werden. Deshalb habe ich mich dafür eingesetzt, dass sich die Landwirte zusammenschließen, gemeinsam planen und die Anwohner und Bürger mitnehmen: Sie konnten sich über eine Bürgerenergiegenossenschaft beteiligen, die bereits Photovoltaik-Anlagen betreibt. Auch beim Thema erneuerbare Energien geht es darum, Akzeptanz zu schaffen. Dazu ist es wichtig, Interessen zu bündeln und auszugleichen. Diese Aufgabe ist sehr spannend und macht Spaß, denn man kann vor Ort mit so einem Projekt etwas bewegen.

Wo sehen Sie die Grenze des Engagements, das man von landwirtschaftlichen Betrieben für den Ort erwarten darf?

Zeit ist immer eine Grenze, auch die Familie gibt Grenzen vor. Und wenn der Betrieb darunter leidet, muss ich abwägen, mit wie viel ehrenamtlichem Engagement ich etwas betreiben kann. Die Dokumentations- und Nachweispflichten für Höfe sind in den vergangenen Jahren deutlich größer geworden, was Zeit raubt, die ich sonst für mehr Engagement hätte.

Herr Sprenger, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Andrea Birrenbach. ■

Gemeinsam ausbilden

Was können Mittelständler tun, wenn ein Großkonzern die Nachwuchskräfte einer ganzen Region anwirbt? Einen Ausbildungsverbund gründen. Das ist die Antwort im Leininger Land in der LEADER-Region Rhein-Haardt.

Von Andrea Birrenbach

Etwa 15 Jahre ist es her, dass sich zahlreiche Unternehmen im südlichen Rheinland-Pfalz zum „Ausbildungsverbund Leiningerland“ zusammengetan haben. Sie alle haben etwas gemeinsam: Die Suche nach Auszubildenden gestaltet sich schwer, weil der Weltkonzern BASF im nicht weit entfernten Ludwigshafen seinen Hauptsitz hat und dort rund 39 000 Menschen beschäftigt.

2009 veranstaltete der Ausbildungsverbund eine erste gemeinsame Ausbildungsmesse, um sich potenziellen Nachwuchskräften vorzustellen. Seitdem ziehen viele der kleinen und mittelständischen Unternehmen der Region zwischen Ludwigshafen und Kaiserslautern an einem Strang. „Die Ausbildungsmesse ist ein sinnvolles Instrument“, sagt Dr. Peter Dell vom Kobra Beratungszentrum,

Regionalmanager der LEADER-Region Rhein-Haardt, in der die Verbandsgemeinde Leiningerland liegt. Die Unternehmen nutzen die Messe, um zu zeigen, was sie jungen Menschen bieten. „Die meisten bringen ihre Azubis mit, damit sie den jungen Besuchern aus erster Hand von ihrer Ausbildung erzählen können“, sagt Dell. Axel Deubert von der EKW GmbH in Eisenberg, einem Unternehmen in Familienhand, das feuerfestes Material und Produkte wie Metalle und Werkstoffe herstellt, nutzte die letzte Messe im vergangenen November erfolgreich zur Nachwuchswerbung: „Wir konnten drei Praktika vergeben und haben zwei Bewerbungen für Lehrstellen bekommen.“

Momentan arbeiten acht Unternehmen im Ausbildungsverbund zusammen. Kern des gemeinsamen Angebots ist ein Aus-

tauschprogramm: Die Azubis werden während ihrer Ausbildung zum Teil in Lehrwerkstätten eines anderen Unternehmens überbetrieblich ausgebildet. Damit soll sichergestellt werden, dass die jungen Menschen auch Lernziele erreichen, die in dem Unternehmen, in dem sie angestellt sind, nicht vermittelt werden können. Diese überbetriebliche Ausbildung kann mehrere Wochen oder im ersten Ausbildungsjahr bis zu maximal zwölf Monate dauern – also mehr als andernorts üblich. Der Austausch und die Investition in den Nachwuchs lohnt sich aus Deuberts Sicht. „Die Ausgebildeten der letzten vier Jahren sind alle von der EKW übernommen worden.“

LEADER unterstützt

Gegründet hat sich der Ausbildungsverbund mit Unterstützung des Regionalmanagements, als die Gemeinden der Region im Rahmen der „Integrierten Ländlichen Entwicklung“ (ILE) zusammenarbeiteten. Mittlerweile hat sich daraus eine LEADER-Region entwickelt. Deubert vertritt in der der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Rhein-Haardt den Ausbildungsverbund. Er engagiert sich dort, damit die Belange der Unternehmen in der Region präsent bleiben. Zudem vergab die LAG bereits für mehrere Projekte des Ausbildungsverbunds Fördergelder, etwa für eine Ausbildungsbörse im Internet, für Beratungen in Schulen und Flyer zur Nachwuchsfindung. „Wir haben die Flyer in die Amtsblätter gelegt. Die Grundidee war: über Eltern oder Großeltern an Azubis kommen, weil es über die Schulen nicht mehr funktioniert“, sagt Deubert. Insbesondere die Integrierten Gesamtschulen der Region schickten kaum noch Praktikanten in die Betriebe, bemängelt er, „weil sie so viele Schüler wie möglich durch das Abitur bringen möchten“. Um mit jungen Menschen in Kontakt zu kommen, arbeitet der Ausbildungsverbund derzeit an einer neuen Idee: mit Sportvereinen der Region kooperieren und etwa durch das Sponsoring von Trikots sichtbar werden. Auch sollen Ausbildungsmessen in Kooperation mit den Jugendabteilungen der Vereine stattfinden.

Bei der Ausbildungsmesse im vergangenen November: Das Team der EKW GmbH in Eisenberg stellt sich dem potenziellen Nachwuchs vor.



Foto: EKW

KONTAKT

Dr. Peter Dell
Kobra Beratungszentrum Landau
Telefon: 06341 62150
peter.dell@kobra-online.info
www.kobra-online.info
www.leader-rhein-haardt.de



Was brauchen Großunternehmen?

Viele ländliche Kommunen wünschen sich große Unternehmen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Wie realistisch sind Neuansiedlungen auf dem Land?

Prof. Reint Groppe ist Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Er hat einen Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Universität Magdeburg inne. www.iwh-halle.de



Herr Professor Groppe, was braucht es, damit die Ansiedlung eines Großkonzerns im ländlichen Raum gelingt?

Wenn man 10 000 Mitarbeitende braucht, ist eine Ansiedlung im ländlichen Raum sehr schwierig, um nicht zu sagen unmöglich. Das Wachstum in Deutschland wird nicht durch neue Industrieansiedlungen gelingen. Wir befinden uns in einem langfristigen Trend weg von der Industriepro-

duktions- und Kalifornien, die sich neue Produkte überlegen, aber nichts produzieren. Das ist auch die Zukunft der Wirtschaftslandschaft in Deutschland und hat insofern Auswirkungen auf den ländlichen Raum, dass Unternehmen wie Google urbane Räume und gut ausgebildete Mitarbeitende verlangen.

Wie groß ist die Gefahr für ein Unternehmen mit ländlichem Standort, keine Mitarbeitenden zu finden?

Groß. Solche Unternehmen brauchen eine kritische Masse an jungen, extrem gut ausgebildeten Menschen. Diese Leute ziehen nicht aufs Land: Sie wollen abends in ein schickes Restaurant gehen können. Wir müssen zudem den demografischen Wandel bedenken. In den kommenden Jahren gehen die geburtenstarken Jahrgänge vom Ende der 1950er- und Anfang der 1960er-Jahre in den Ruhestand. Dann verlassen jedes Jahr rund 400 000 Menschen den Arbeitsmarkt. Das können wir nur zum Teil durch Migration auffangen oder dadurch, dass Frauen mehr und die Menschen insgesamt länger arbeiten. Wenn sich in einer Region keine Arbeitskräfte finden, wird sich also kein Unternehmen ansiedeln – egal, wie gut die Infrastruktur ausgebaut ist. Dieses Problem wird größer. Zu sagen: Wir siedeln zuerst ein Großunternehmen an und dann kommen die Leute schon – das funktioniert nicht. Während der

Corona-Pandemie sind die Menschen aus den Städten aufs Land gezogen und haben den Trend der Landflucht umgekehrt. Nun verzeichnen weltweit die Städte wieder Zuzug. Was die Gründung und Ansiedlung neuer Unternehmen im gesamten Bundesgebiet in der Stadt und auf dem Land zudem hemmt, ist die Bürokratie: Wir haben in Deutschland den Hang zur Überregulierung.

Würde es helfen, wenn etwa Baugenehmigungen schneller erteilt würden?

Bürokratische Prozesse spielen für Unternehmen eine größere Rolle, als die Menschen vielleicht denken. In Deutschland sind besonders Genehmigungsverfahren problematisch. Sie dauern sehr lange, sind sehr komplex, gerade für ausländische Investoren – das ist ein großes Hindernis, nicht nur im ländlichen Raum. Die Weltbank hat 2019 ein Ranking dazu veröffentlicht, wie leicht es ist, ein Start-up zu gründen: Deutschland ist auf Platz 113 von 190 Ländern gelandet. Dabei ist Bürokratieabbau seit Jahrzehnten ein Ziel der Bundespolitik. Wenn sich da etwas täte, würde es der Wirtschaft insgesamt guttun. Das würde vielleicht auch zu der einen oder anderen zusätzlichen Ansiedlung eines Unternehmens im ländlichen Raum führen.

Herr Professor Groppe, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Andrea Birrenbach. ■

„Wenn sich in einer Region keine Arbeitskräfte finden, wird sich kein Unternehmen ansiedeln – egal, wie gut die Infrastrukturen sind.“

duktion, auch, weil Energie- und Lohnkosten in Deutschland sehr hoch sind. Das wird sich auf absehbare Zeit nicht ändern, denn wir möchten kein Billiglohnland sein. Immer mehr wird sich in den Bereichen Dienstleistung, Forschung und Produktentwicklung tun. Das bedeutet, wir entwickeln etwas, das woanders hergestellt wird. Google ist ein gutes Beispiel: Das Unternehmen hat rund 25 000 Mitarbeitende in

Neue Jobs durch Behörden

In der Lausitz entstehen mehr als 2 000 neue Arbeitsplätze durch die Ansiedlung von Behörden. Wer profitiert davon?

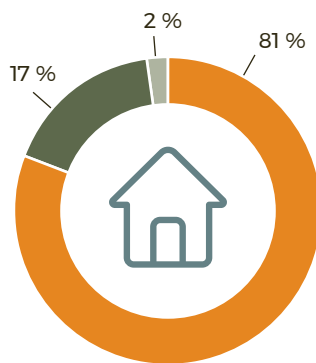
Von Annika Runge und Anika Noack

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Behörden und Einrichtungen des Bundes in den drei deutschen Braunkohleausstiegsregionen ist ein zentraler Baustein des „Investitionsgesetzes Kohleregionen“ (InvKG). Bis zu 5 000 neue Arbeitsplätze sollen attraktive Beschäftigung in die Reviere bringen, die durch das Ende der Kohleverstromung einen Transformationsprozess durchlaufen.

Die Lausitz profitiert mit mehr als 2 000 geplanten Stellen davon. Im Hinblick auf ihre Bevölkerungsentwicklung und den Ansiedlungserfolg im öffentlichen und privaten Sektor braucht diese strukturschwache ländliche Region sowohl Zuzug als auch Bleibeperspektiven. Gleichzeitig ist es für die Akzeptanz des Transformationsprozesses zentral, dass die bereits ansässige Bevölkerung von den Maßnahmen profitiert. Speziell kleine und mittelständische Unternehmen hegen allerdings Bedenken, dass der öffentliche Sektor die begrenzt vorhandenen Arbeitskräfte abwirbt. Bislang bleibt die Beurteilung der direkten Effekte herausfordernd, da die benötigten Zahlen zu Zuzug und Herkunft von Mitarbeitenden noch nicht vorliegen. Eine Pilotstudie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) liefert durch eine im Oktober 2023 durchgeführte Organisationsbefragung erste Erkenntnisse. Befragt wurden acht Einrichtungen und Behörden in der Lausitz, die neu angesiedelt oder erweitert wurden und für die Schaffung von circa 950 Planstellen stehen. Der Rücklauf der Befragung lag bei 100 Prozent.

Bleibeperspektive für Frauen?

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass zum 30. Juni 2023 etwa 75 Prozent der Planstellen besetzt waren. Etwas mehr als die Hälfte dieser Stellen setzt einen akademischen Abschluss voraus (51,6



Lage des Wohnortes der Mitarbeitenden der neu in der Lausitz angesiedelten Bundeseinrichtungen

- Wohnort in der Lausitz
- Wohnort außerhalb der Lausitz
- keine Angabe

Datenbasis:
Eigene Auswertung

Prozent), 35,4 Prozent eine abgeschlossene Berufsausbildung, zu 12,7 Prozent der Stellen liegen keine Angaben vor. Dabei variieren die Anforderungsprofile der Einrichtungen stark. Während in Weißwasser für 85,6 Prozent der Stellen eine abgeschlossene Berufsausbildung ausreichend ist, trifft dies lediglich auf 9,6 Prozent der Stellen in Cottbus und 10,6 Prozent in Wildau zu. Damit fügen sich die Einrichtungen in die regionale Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen ein. Das Geschlechterverhältnis unter den Mitarbeitenden weist bisher einen höheren Anteil von Frauen auf (59 Prozent). Dies könnte darauf hinweisen, dass die Behörden insbesondere für Akademikerinnen und gut ausgebildete Frauen attraktiv sind: eine Personengruppe, der in vergangenen Studien bislang wenige Bleibeperspektiven in der Lausitz attestiert wurden.

Insgesamt profitiert die in der Lausitz lebende Bevölkerung überproportional von diesen Neuansiedlungen – etwa 81 Prozent der Mitarbeitenden wohnten bereits zuvor in der Region (siehe Abbildung). Einen Wohnortwechsel in die Lausitz haben nur etwa drei Prozent der Mitarbeitenden vollzogen; hierzu liegen nicht von allen befragten Einrichtungen Zahlen vor. Dies deutet darauf hin, dass die Bundeseinrichtungen regional bis dato nur eine geringe Zuzugswirkung entfalten. Das Zuzugspotenzial unter den Berufspendelnden ist allerdings nicht zu vernachlässigen. Häufigster Wohnort außerhalb der Lausitz ist Berlin. Detaillierte Analysen des BBSR sind geplant.

SERVICE

Zum Weiterlesen

Luisa Dörr, Xenia Frei, Anina Harter, Martin Mosler, Remo Nitschke, Marcel Schlepper: Ansiedlungen von Behörden in strukturschwachen Regionen, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), 2022.

www.bbsr.bund.de -> Suche: Ansiedlung Behörden strukturschwach Regionen

KONTAKT

Dr. Anika Noack und Annika Runge
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
Telefon: 0355 121004-60; -6702
anika.noack@bbr.bund.de
annika.runge@bbr.bund.de
www.bbsr.bund.de

Gut versorgt in Oberberg

Im Oberbergischen Kreis in Nordrhein-Westfalen leben etwa 270 000 Menschen auf einer Fläche, die so groß ist wie Berlin. Wege zu fachärztlichen Einrichtungen sind mitunter weit und hausärztliche Praxen zunehmend überlastet. Wie es dennoch gelingt, insbesondere ältere Menschen zu betreuen, erprobt das Projekt „OBERBERG_FAIRsorgt“.

Von Jessica Möltgen und Ralf Schmallenbach

Der Oberbergische Kreis ist vom demografischen Wandel betroffen. Durch die stabilen familiären Strukturen in der Region wird die Versorgung der zunehmend älter werdenden Bevölkerung mitgetragen. Doch es kommt in einigen Kommunen zu einer Unterversorgung. Immer häufiger schließen ärztliche Praxen, ohne eine Nachfolgeregelung gefunden zu haben, Not- und Pflegedienste sind überlastet. Dazu kommt, dass die Region mit 13 Talsperren zwar topografisch reizvoll, die Mobilität aber häufig eingeschränkt ist. Die Situation wird sich aufgrund des Fachkräftemangels in Medizin und Pflege weiter verschärfen.

Sicherer Verbleib im eigenen Zuhause

Um die Versorgung der Menschen vor Ort dennoch möglichst optimal zu gestalten, ist es notwendig, die Lücken zwischen ambulantem und stationärem Sektor sowie zur Pflege zu schließen. Gleichzeitig gilt es, Über-, Unter- und Fehlversorgung zu vermeiden. Hier setzt das Projekt „OBERBERG_FAIRsorgt“ an. Es hat sich zum Ziel gesetzt, die Versorgung von chronisch kranken und pflegebedürftigen Menschen ab 65 Jahren im Landkreis in interdisziplinärer Zusammenarbeit zu verbessern. So sollen nicht nur ein längerer und sicherer Verbleib im eigenen Zuhause ermöglicht, sondern auch unnötige Krankentransporte reduziert werden. Finanziert wird das Projekt über den sogenannten Innovationsfonds. Er fördert Vorhaben, die neue Ansätze für die Versorgung gesetzlich Krankenversicherter entwickeln. Für OBERBERG_FAIRsorgt stehen rund elf Millionen Euro zur Verfügung. Das Angebot richtet sich an Versicherte der AOK Rheinland/Hamburg. Die Universität zu Köln evaluiert die Ergebnisse.

Care- und Casemanagerinnen

Gestartet ist das Projekt im Juli 2019; ab Januar 2022 konnten zu behandelnde Personen für jeweils zwölf Monate versorgt werden. Insgesamt nahmen 320 ältere Menschen teil, die eigene Care- und Casemanagerinnen erhielten. Ein Caremanagement ist ein gesundheits- und sozialpflegerisches Hilfesystem einer Region. Beim Casemanagement geht es um die bedarfsorientierte Betreuung eines Einzelfalls: Dafür wird die Unterstützung der unterschiedlichen Professionen, die Menschen bei der Bewältigung der sozialen und gesundheitlichen Alltagssituation begleiten, aufeinander abgestimmt.

Im Projektverlauf zeigte sich, dass der regelmäßige Kontakt zu den Care- und Casemanagerinnen vielen Teilnehmenden die Sicherheit gibt, auch in einer eingeschränkten gesundheitlichen Lage oder in einer Gesundheitskrise weiter alleine zu Hause leben zu können. Da die Care- und Casemanagerinnen mit allen Beteiligten in Kontakt stehen, kann die Versorgung optimal gestaltet werden. Zudem federn sie viele Sorgen der Betroffenen ab – ein Umstand, der wertvolle Ressourcen

des Medizinbetriebes schont und Stabilität in der häuslichen Umgebung gewährleistet. Dazu eine 97-jährige Patientin, die am Projekt teilnimmt: „In meinem Alter ist es gut, in schwierigen Situationen jemanden zu haben, der für mich denkt.“

Digitale Kommunikationsplattform als Unterstützung

Außerdem erhielten die Teilnehmenden den Zugang zu einer digitalen Kommunikationsplattform, auf der alle relevanten Patientendaten einschließlich der geprüften Medikation abgelegt werden. Die Teilnehmenden legen fest, wer auf der Plattform welche Daten sehen darf. Sie können die Berechtigung jederzeit anpassen. Das Kernelement der Kommunikationsplattform ist die patientenzentrierte Versorgung durch eine elektronische Fallakte. Darin sind Bedarfe auf Basis standardisierter Versorgungspfade erfasst. Sie macht den Leistungserbringern Vorschläge zu ergänzenden Leistungen, enthält einen Servicekatalog mit Angeboten geeigneter Leistungsanbieter und ermöglicht digitale Fallkonsile, bei denen sich Behandelnde untereinander austauschen können. Zu Versorgende und Angehörige werden in die Abstimmung einbezogen.

Nach Rücksprache mit der hausärztlichen Praxis wurde für alle Teilnehmenden ein erster Versorgungsplan erstellt. Neben den Diagnosen und Medikamenten flossen sowohl das Ergebnis einer geriatrischen Eingangsbeurteilung als auch



Über eine digitale Kommunikationsplattform sind die Patientendaten einsehbar. Wer diese Daten sehen darf, legen die Projektteilnehmenden selbst fest.



Care- und Casemanagerin
Ulrike Henkel-Zwinge (rechts)
im Gespräch mit einer Patientin

Informationen aus den ersten Hausbesuchen und der Erhebung der Aktivitäten des täglichen Lebens vor Ort ein. Darüber hinaus erhielten alle zu Versorgenden eine Telefonnummer – für die sogenannte erweiterte Erreichbarkeit. So können sie außerhalb der Sprechzeiten ärztliches Fachpersonal erreichen, das auf die Daten der Plattform zugreifen und so passgenau helfen kann. Dieses Modul wird zusammen mit der Rettungsleitstelle des Kreises realisiert.

Telemedizin

Ein Drittel der Teilnehmenden hat sich für Telemonitoring entschieden, also die digitale Kontrolle und Auswertung wichtiger Gesundheitswerte. Insgesamt sind 150 Geräte im Einsatz – verteilt auf die vier Messbereiche Blutdruck, Blutzucker, Gewicht und EKG. Die meisten der teilnehmenden hausärztlichen Praxen berichten, dass das Telemonitoring die Therapietreue, die Gesundheitskompetenz und den Therapieerfolg fördert und sie es deshalb als Bereicherung im Praxisalltag sehen. Dr. Sebastian Schneider, Hausarzt im Oberbergischen Kreis: „Die Teilnahme an diesem Programm hat eine Hospitalisierung unserer Patienten aufgrund kardialer Ereignisse verhindert und wir konnten eine kontinuierliche Kontrolle der Vitalparameter sicherstellen. Die Projekt-

Zusammenarbeit verlief zügig und auf hohem Niveau.“ Auch Dr. Claus-Peter Bockhacker, ebenfalls Hausarzt, sieht in einer digital gestützten und sektorenübergreifenden Zusammenarbeit Vorteile. Wenn man sehe, wie gut Ergebnisse sein könnten, wenn alle zusammen an einem Strang für ein qualitativ besseres Leben der Patienten zögen, und wenn man gleichzeitig den eigenen Anteil und den der anderen sehe, dann sei der Oberbergische Kreis mehr als nur fair versorgt – OBERBERG_FAIRsorgt eben, so der Mediziner.

Zukunftsweisendes Modell

Ein Projekt wie „OBERBERG_FAIRsorgt“ zu realisieren, funktioniert nicht ohne Hürden. Neben der Tatsache, dass das derzeitige Gesundheitssystem nicht vernetzt funktioniert, kamen durch die Corona-Pandemie erschwerende Umstände hinzu: Interessierte konnten nur am Projekt teilnehmen, wenn die hausärztliche Praxis ebenfalls bereit war, sich in den Selektivvertrag einzuschreiben und im Sinne des Projektes innerhalb der neuen Strukturen zu handeln. Da im Oberbergischen Kreis mehr als 30 häusliche Praxisplätze unbesetzt sind, hatte das verbleibende niedergelassene Fachpersonal nur wenig Zeit, um sich in das Projekt einzuarbeiten. Die Herausforderung konnte

mit einer Verlängerung der Laufzeit und vereinten Kräften gemeistert werden.

Das Projekt wurde mehrfach ausgezeichnet, etwa mit dem Deutschen Telemedizinpreis 2022. Dass die modellhaft umgesetzte, innovative Versorgung zukunftsweisend ist, bestätigten Fachleute auf zahlreichen Veranstaltungen. Ende Juni 2023 ist die geförderte Versorgungsphase ausgelaufen, Ende März 2024 endet das Gesamtprojekt. Der Oberbergische Kreis hat die bestehende Struktur bis Ende 2024 personell gesichert und bemüht sich darum, eine Anschlussfinanzierung zu finden, um das Projekt zu einer Gesundheitsregion Oberberg weiterzuentwickeln. ■

SERVICE

Mehr zum Projekt:
<https://oberbergfairsorgt.de>

KONTAKT

Dr. Jessica Möltgen
Oberbergischer Kreis
Telefon: 02261 88-5381
jessica.moeltgen@obk.de
www.obk.de

Drei Fonds für vier regionale Handlungsfelder

In der Region Mittlere Elbe-Fläming ist von der Trainerlizenz für Ehrenamtliche bis zur Sanierung denkmalgeschützter Gebäude vieles potenziell förderfähig. Von denen, die darüber entscheiden, wird viel erwartet.

Von Anja Rath

Sachsen-Anhalt nutzt den sogenannten Multifonds-Ansatz: Die Regionen können über die Bottom-up-Methode „Community-Led Local Development“ (CLLD) auf drei Europäische Fonds zugreifen: den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) sowie den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Im ELER ist CLLD unter dem Begriff LEADER etabliert. Der Multifonds-Ansatz wird in ganz Sachsen-Anhalt angeboten, städtische Bereiche sind von einer ELER-Förderung ausgenommen.

Viele Ideen

Die „LEADER/CLLD-Region Mittlere Elbe-Fläming“ – so der von den verschiedenen Bewilligungsstellen geforderte offizielle Name – hat von 2023 bis 2027 einen Fördermittelbedarf von über 16 Millionen Euro angemeldet: Auf dem vorläufigen Finanzierungsplan sind über 150 Projekte aufgelistet. Ein Verein hat mehrere hunderttausend Euro für Sanierung und Res-

taurierung eines denkmalgeschützten Schlosses kalkuliert, ein Unternehmen möchte für 25 000 Euro Automaten mit Regionalprodukten aufstellen, ein Projekt will Jugendliche und Künstler zusammenbringen – geschätzte Kosten rund 5 000 Euro. Die Ideen wurden im Zuge der Beteiligung während der Bewerbung als LEADER/CLLD-Region zusammengetragen.

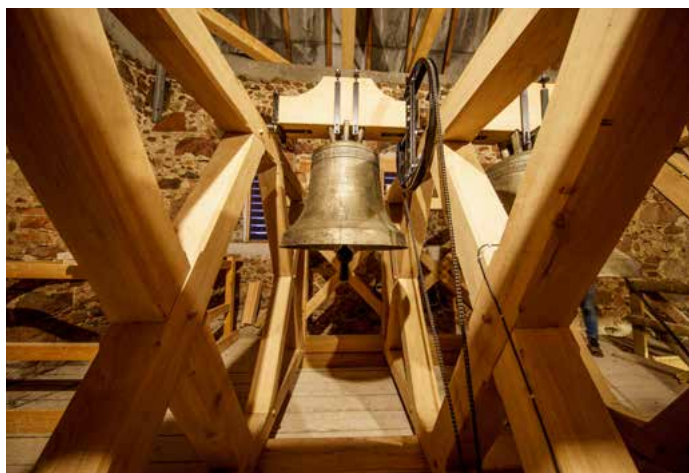
Ob siebenstellige Investition oder vierstellige Sachausgaben – jedes Förderprojekt muss ein formales Antragsprozedere durchlaufen, beim Ausgeben der Gelder das Vergaberecht einhalten oder eine Marktrecherche zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit durchführen. Das ist komplex. Elke Kurzke ist die Managerin der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Mittlere Elbe-Fläming e. V. Sie berät Akteure von der Projektidee über die Verfahrensfragen der Antragstellung bis zum Verwendungsnachweis. „Ich bin Dolmetscherin von Verwaltungsdeutsch zu allgemeinverständlichem Deutsch und zurück“, sagt sie. „Viele der kleinteiligen Vorgaben können die Projektträger nicht zur Gänze

verstehen.“ Auch müsse ein Laie nicht alle Fachbegriffe des Zuwendungsrechtes kennen, um gute Ideen zu entwickeln. Und um diese Ideen geht es bei LEADER wie CLLD.

Regionale Wirtschaft, Natur, Kultur

Jedwedes Projekt, das der Region dabei hilft, sich zukunftsfähig weiterzuentwickeln, soll über die Förderung eine Chance erhalten. Einzige Voraussetzung ist, dass es zu den Zielen passt, die die Region in ihrer Lokalen Entwicklungsstrategie (LES) definiert hat. „Für die Menschen, die sich vor Ort an der Erstellung der LES beteiligt haben, standen neben der Sicherung und Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen Kriterien ganz oben auf der Prioritätenliste, die dazu beitragen, die Region attraktiv für Gäste und lebenswert für ihre Bevölkerung zu machen“, so Dr. Ralf-Peter Weber, der LAG-Vorsitzende.

In der Region wechseln sich Kultur- und Naturlandschaft ab – mit UNESCO-Weltkulturerbestätten wie dem Bauhaus und dem Dessau-Wörlitzer Gartenreich, dem



Neue Glocke in der Kultur-Kirche in Bäden: Mithilfe von EU-Fördermitteln hat die Dorfgemeinschaft das 1985 abgebrannte Gebäude wiederaufgebaut und zu einem kulturellen Treffpunkt gemacht.



Der ESF fördert soziale Projekte, etwa das waldpädagogische Angebot der gemeinnützigen Zeltplatz Friedensau GmbH.

UNESCO-Naturerbe Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe sowie dem Naturpark Fläming. Ein Netz an Rad- und Wanderwegen, Themenrouten sowie zahlreiche Kulturangebote seien die Grundlage für touristische Angebote. „Uns liegen viele Projekte vor, die den Tourismus stärken“, sagt Regionalmangerin Kurzke. Abgesehen von der Kernstadt Dessau-Roßlau prägen Kleinstädte, Dörfer und die weitläufige Natur- und Kulturlandschaft das Bild der Region. Das klingt idyllisch. Aber an einigen sogenannten weißen Flecken sind die Menschen vor Ort bis heute offline. „Wenn kein taugliches Internet verfügbar ist, sind Immobilien nicht mehr verkäuflich“, so Kurzke. Es gebe nur wenige digitale Angebote von Wirtschaft und Verwaltung, auch Homeoffice oder Homeschooling seien kaum möglich.

Daseinsvorsorge und Lebensqualität

Unter dem Handlungsfeld „Daseinsvorsorge und Lebensqualität“ sind für die Sanierung, Umgestaltung und Neuanlage von Sportstätten über sechs Millionen Euro Förderbedarf angemeldet. Sind das die mithilfe von Bottom-up gesuchten innovativen Ideen? „Wir nutzen LEADER – oder CLLD – nicht mehr um Kleines, Neuartiges auszuprobieren, sondern als Methode, um zu fördern. Bevor wir Modellversuche unterstützen, müssen wir dafür sorgen, die Daseinsvorsorge aufrecht und dadurch Menschen vor Ort zu halten“, sagt Weber. Die LAG müsse gewichten, was der Region hilft. „Vielleicht ist es das sanierte Schwimmbad, damit Kinder weiter schwimmen lernen können.“

Als größte Herausforderungen benennt die LES zum einen den demografischen Wandel inklusive des damit verbundenen Arbeitskräftemangels: Dessau-Roßlau gehört mit einem Durchschnittsalter von über 50 Jahren zu den „ältesten Städten Europas“. Zum anderen führten die steigenden Energie- und Rohstoffpreise dazu, dass das Leben in alten Gemäuern oder für Pendelnde teurer werde, sagt Kurzke. Eine weitere Aufgabe ist, sich an den Klimawandel anzupassen. „Es geht vorrangig um Energieeffizienz der kommunalen und soziokulturellen Einrichtungen, aber auch um intelligentes Wassermanagement.“ Als Anpassung an den Klimawandel seien Löschwasserentnahmestellen nötig geworden, dafür hat die LAG 625 000 Euro reserviert.

Motivieren oder frustrieren?

Über den Multifonds-Ansatz sind vielfältige Projekte denkbar. Allerdings wird nur ein kleiner Teil der Ideen eine Zusage bekommen, denn das Budget ist begrenzt. Die LAG muss zudem abwägen, mit wel-



EFRE-Mittel für den Erhalt von Schloss Zerst: Fürstin Johanna Elisabeth, die Mutter von Zarin Katharina II., residierte in einem Appartement mit diesem „Grünen Kabinett“.

cher Zusage sie Erwartungen ähnlicher Projekte weckt, vor allem kostenintensiver Bauvorhaben. Alternative Fördermöglichkeiten fehlten meist: „Projekte, die wir nicht fördern, werden gar nicht mehr gefördert.“ Dies betraf insbesondere kommunale Verkehrsinfrastrukturen, so Kurzke. Oder Denkmäler, wie die schönen kleinen Dorfkirchen, von denen viele sanierungsbedürftig seien. „Für die Instandhaltung zu rein kirchlichen Zwecken sehen wir den Eigentümer in der Pflicht. Aber wenn die Kirche über den lokalen Punkt hinauswirkt, etwa die Region touristisch aufwertet oder aktiv als außerkirchlicher soziokultureller Ort genutzt wird, entsteht ein Mehrwert.“ Die LAG hat also schwierige Entscheidungen zu treffen. Gleichzeitig bekam sie weniger Geld als erhofft: aus dem EFRE 60 Prozent der beantragten Mittel, aus dem ELER zwei Millionen weniger. „Wir müssen einen Spagat machen: Wir starten Projektaufträge, also Werbung für die Förderung, und riskieren ein Zuviel an Anträgen und damit Frust durch viele Absagen“, sagt Kurzke.

Durch den Multifonds-Ansatz hat sich die Region Kompetenz in Sachen Fördermittelvergabe erworben.

Dieses Wissen erhöht die Effizienz des Systems, verlagert aber auch Verwaltungsaufgaben auf die Schultern der LAG – einem Verein, in dem sich regionale Akteure freiwillig in Gremien engagieren. Auf den ersten Projektauftrag für ESF-Plus-Vorhaben seien im Februar zahlreiche gute Projektideen eingereicht worden, so Kurzke. „Bei EFRE und ELER müssen wir unsere seit über einem Jahr in den Startlöchern befindlichen Akteure ausbremsen, da die Richtlinien bisher noch nicht veröffentlicht wurden.“ Die Regionalmangerin wünscht sich weniger Bürokratie. „Wir verschwenden Personalressourcen zur Dokumentation von Entscheidungsprozessen. Nicht der formal kontrollierbare Prüfpfad sollte das Ziel sein, sondern die durch regionale Kompetenz und im Ermessen getroffene, richtige Entscheidung.“

SERVICE

Mehr zur Region unter:
www.youtube.com/@lagmittlereelbe-flaeming2022

KONTAKT

Dr. Ralf-Peter Weber (Vorsitzender)
Elke Kurzke (LAG-Management)
Lokale Aktionsgruppe Mittlere Elbe-Fläming e. V.
Telefon: 0340 66157440
kontakt@mittlere-elbe-flaeming.de
www.mittlere-elbe-flaeming.de

Schaf schafft Landschaft

2019 ist das Projekt „Schaf schafft Landschaft“ mit dem Ziel gestartet, die Schäfereien der nordhessischen Werra-Meißner-Region als zentrale Partner des Natur- und Umweltschutzes zu unterstützen. Da die Herausforderungen für die Schäfereibetriebe vielschichtig sind, verfolgt das Projekt zahlreiche Ansätze.

Von Anya Wichelhaus

Der Schäfereiberuf ist gelebter Natur- und Umweltschutz, denn er erhält große zusammenhängende Grünlandkorridore in unserer Kulturlandschaft. Diese Korridore nutzen Pflanzen und Tiere als Lebensraum und zur Ausbreitung. Zudem finden viele Menschen in den von Schafen gepflegten Landschaften Erholung. Doch es fehlt an gesellschaftlicher Wertschätzung für die Schäferei. Geregelt Arbeitszeiten und ein Verdienst auf Mindestlohniveau sind die Ausnahme. Hinzu kommen immer neue Herausforderungen, etwa zunehmende Dokumentationspflichten, länger andauernde Extremwetterlagen und der Wolf. Zudem ist der Flächenmarkt umkämpft, denn das von Schafen beweidete Grünland ist auch für andere Flächennut-

zungen von Interesse, beispielsweise für den Ausbau erneuerbarer Energien. Viele Schäfereibetriebe haben mittlerweile aufgegeben. Doch mit ihnen geht auch ihre Leistung verloren, die Kulturlandschaft und Naturschutzgebiete zu pflegen. Und für den Erhalt vieler geschützter Lebensräume, wie Wacholderheiden und Magerrasen, gibt es kaum geeignete Alternativen zur Schafbeweidung.

Das alles waren Gründe, ein Großprojekt im Bundesprogramm Biologische Vielfalt zu initiieren. Für ein solches Modellprojekt bot sich der nordosthessische Werra-Meißner-Kreis an: Dort gehen noch zahlreiche Schäfereibetriebe ihrem Handwerk nach, gleichzeitig ist er ein Hotspot der biologischen Vielfalt. Die heutigen Projektpartner Universität Kassel, Geo-

Naturpark Frau-Holle-Land und der Werra-Meißner-Kreis riefen das transdisziplinäre Projekt „Schaf schafft Landschaft“ ins Leben.

Um nachhaltig zu agieren, setzt das Projektteam auf Maßnahmen, die dem Naturschutz und den Schäfereibetrieben gleichermaßen zugutekommen. Ein großes Problem in der Region ist der Weidflächenverlust. Daher sichert das Projekt Grünlandflächen entlang der existierenden Beweidungskorridore durch Kauf oder langfristige Pacht und entfernt gezielt Gehölze auf verbuschenden Flächen, um sie anschließend dauerhaft für die Schafbeweidung zur Verfügung zu stellen. Die Schäfereien wiederum gewährleisten deren langfristige Pflege und Offenhaltung. Das Besondere im Bundes-

Diese Schafe sorgen dafür, dass die Landschaft nicht überwuchert.



Foto: Sabine Budde

programm Biologische Vielfalt ist, dass auch Bereiche außerhalb der Schutzgebiete für den Naturschutz gesichert und entwickelt werden können. Dadurch entstehen zusammenhängende Biotopverbände in der Landschaft, die die Isolation von Schutzgebieten aufheben.



Die positive Dynamik und die bisherigen Erfolge von „Schaf schafft Landschaft“ basieren auf der guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Beteiligten.

In Ergänzung zu den flächenbezogenen Maßnahmen werden für das Herdenmanagement und die Weidepflege alltäglich benötigte Gerätschaften angeschafft und den Schäfereien per Vereinbarung überlassen – beispielsweise Wasserfässer, Transportanhänger, Baumschutz und Weidezubehör. Das Team organisiert Exkursionen und Fortbildungen für die Schäfereien und die Projektmitarbeitenden gleichermaßen. Zum Projekt gehören Öffentlichkeitsarbeit, Umweltbildung und die eigens ins Leben gerufene Regionalmarke „Holles Schaf“ samt gleichnamigem Onlineshop, der Schafprodukte anbietet, um die Menschen und Gäste der Region für die Bedeutung der Schäfereiarbeit zu sensibilisieren. Eine wissenschaftliche Begleitung macht die Ergebnisse für andere Projekte und für die Naturschutzarbeit im Allgemeinen nutzbar.

Stetige Weiterentwicklung der Projektansätze

„Schaf schafft Landschaft“ ist so konzipiert, dass möglichst viele Interessen berücksichtigt werden. Der Naturschutz geht einher mit Maßnahmen der Regionalentwicklung und der betriebswirtschaftlichen Optimierung der Schäfereien. Zudem wurden die Herangehensweisen schon während der Antragsphase mit den Akteuren vor Ort und vor allem den Schäfereien abgestimmt. Doch Rahmenbedingungen verändern sich und mit ihnen die Anforderungen an das Projekt. Das Team reflektiert daher die eigene Arbeit regelmäßig selbstkritisch und reagiert auf sich ändernde Umstände und Bedarfe.

So hat sich beispielsweise im Projektverlauf immer klarer abgezeichnet, dass es zur Optimierung der Beweidungskorridore mehr braucht als nur die Möglichkeit, Flächen mit Projektmitteln zu kaufen oder zu pachten – sofern man nicht von Naturschutzseite aus offensiv in den landwirtschaftlichen Flächenmarkt eingreifen und damit die eigene Akzeptanz aufs Spiel setzen möchte. Mittlerweile nutzt das Team einen breiten Instrumentenkasten, um Weideflächen bereitzustellen und besser zu arrondieren, so etwa die direkte Vermittlung zwischen Eigentümern und Schäferei, den internen Flächennutzungstausch und den behördlich geleiteten freiwilligen Landtausch. Außerdem werden über die Initi-

ierung landwirtschaftlicher Kooperationen zur Acker- und Zwischenfruchtbeeweidung und über die Beweidung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen neue Flächenpotenziale erschlossen. Dazu berät das Projektteam die Akteure, vermittelt Kontakte und begleitet erste Testläufe mittels Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation.

Drei neue Aufgabenfelder

Die Weiterentwicklung der Projektarbeit geht damit einher, dass „Schaf schafft Landschaft“ neue Aufgabenfelder für sich erschließt. Damit unterstützt es auch Schäfereien und andere grünlandbewirtschaftende Betriebe außerhalb der eigentlichen Projektregion. Das beginnt beim Begriff Grünland: Wenn man in großem Stil (förderfähiges) Grünland bereitstellen möchte, muss zunächst klar sein, was darunter verstanden wird. Daher beschäftigt sich das Projekt in einer bundesländerübergreifenden Arbeitsgemeinschaft zusammen mit der DVS und dem Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL) damit, wie die Definition von Grünland innerhalb der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU ausgelegt werden kann.

Durch das Projekt wurde zudem deutlich, dass ein Großteil der Arbeitszeit einer Schäferei für die Erfüllung der Dokumentations- und Nachweispflichten für die Tierhaltung und die landwirtschaftliche Förderung aufgebracht wird. Um das aufwendige Prozedere zu vereinfachen, entwickeln die Projektbeteiligten erste Lösungsansätze in Form digitaler Tools, darunter ein digitales Weidetagebuch und eine webbasierte Bestandsregister-App, die eingepflegte Tierbestandsdaten automatisiert auswertet und Eintragungen in vorgefertigte Meldebögen übernimmt. Zeitgleich mit dem Projekt hat der Wolf Einzug in den

Werra-Meißner-Kreis gehalten – und damit auch der naturschutzinterne Zielkonflikt mit der Weidewirtschaft. „Schaf schafft Landschaft“ kann diesen Konflikt zwar nicht lösen, aber fundierte Beiträge liefern, um den Diskurs zu versachlichen. Im Rahmen einer regionalen Fallstudie haben die Projektbeteiligten leitfadengestützte Interviews zu unterschiedlichen Betroffenen und Perspektiven regionaler Akteure durchgeführt.

Zusammenarbeit als Schlüssel zum Erfolg

Die positive Dynamik und die bisherigen Erfolge von „Schaf schafft Landschaft“ basieren auf der guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Beteiligten. Neue Ideen und Ansätze werden gemeinsam entwickelt; die mittlerweile 23 kooperierenden Schäfereien beraten das Projektteam und bekommen dafür eine Vergütung. Sie bringen ihre Belange über einen Schäfersprecher ein, der selbst eine halbe Projektstelle bekleidet und mit Praxiswissen unterstützt. Denn auch wenn ein Projekt zu Ende geht, können die Akteure vor Ort als langfristige Träger der initiierten Maßnahmen bestehen bleiben! ■■■

SERVICE

„Beteiligung ist unser Schlüssel zum Erfolg“: In der Zeitschrift „Naturschutz und Landschaftsplanung“ geben die Projektbeteiligten ein Interview dazu, wie die Zusammenarbeit mit den Schäfereien startete.

www.nul-online.de → Suche: Schäfereien Beteiligung

Mehr zum Projekt:
www.schafland17.de
www.holles-schaf.de

KONTAKT

Dr. Anya Wichelhaus
Universität Kassel
anya.wichelhaus@uni-kassel.de
www.uni-kassel.de

Humusaufbau vor Ertrag

Der Biohof Rapp kommt einem gesellschaftlichen Ideal vermutlich nah: Er ist bio, biodivers, der Landwirt hält Zweinutzungshühner und betreibt Klimaschutz. Zum Konzept gehört auch, dass der Hof klein bleiben soll.

Von Anja Rath



Zufrieden mit dem Nebenerwerb: Dietmar Rapp und sein Sohn Timo



Seit etwa 30 Jahren verzichtet Dietmar Rapp bei der Bewirtschaftung seiner rund 42 Hektar Ackerland am Südrand der Schwäbischen Alb auf den Pflug. Als Ökobetrieb ist ihm der Einsatz synthetischer Dünger untersagt; gedüngt wird mit dem Mist von Bio-Milchkühen, den Rapp über eine Futter-Mist-Kooperation bezieht. Zudem bringt er Erntereste und Kompost aus, also viel organisches Material. Denn: Rapp will den Humusgehalt auf zehn Prozent steigern.

Ackerböden verbessern

„Bei uns steht der Humusaufbau an erster Stelle, nicht der Ertrag“, sagt Rapp. Er hat beim Bodenfruchtbarkeitsfonds in der Schweiz eine Ausbildung zum Bodenbotschafter gemacht, hält Vorträge auf seinem Hof und in Berufsschulen. Die oberen fünf Zentimeter des Bodens seien der Raum, in dem das organische Bodenleben besonders aktiv ist – also Organis-

men, die pflanzliche wie tierische Stoffe zu Humus umbauen. Dieser Teil des Oberbodens enthält viel Kohlenstoff und speichert damit CO₂. „Man muss immer dafür sorgen, dass das Bodenleben etwas zum Knabbern hat. Holz lieben die Organismen ganz besonders.“ Neben Reisig und geschreddertem Grünschnitt arbeitet Rapp mit Pflanzenkohle, die er selbst herstellt. „Wir bringen ein Kilo aktivierte Kohle pro Quadratmeter aus. Sie kann fünf Liter Wasser speichern.“ Für einen stabilen Wasserhaushalt brauche es zusätzlich eine Mulchschicht. „Wenn ich den Boden bedecke, verdunstet fast nichts, und das Wasser steht den Pflanzen zur Verfügung.“ Der Humusgehalt in Rapps Böden betrage mittlerweile etwa sieben Prozent, sagt er. Jedes Prozent könne 40 Liter Wasser pro Quadratmeter halten. Vergangenes Jahr hat er einen Versickerungstest gemacht: „Unser Boden konnte pro Stunde knapp 170 Liter Wasser aufnehmen.“ Das kann bei Stark-

regen ebenso helfen wie bei Dürre. „Unseren Beständen hat die Bodenfeuchte gereicht, als es im vergangenen Jahr so lange trocken war.“

Ein reges Bodenleben Sorge eigentlich selbstständig für Humus, sagt Rapp. „Bei einer Bodenschätzung in den 1930er-Jahren hatten die Böden im deutschlandweiten Durchschnitt einen Anteil von etwa sechs Prozent Humus, aktuell sind es unter zwei.“ Böden von Grünland, die dauerhaft bewachsen und durchwurzelt sind, enthalten deutlich mehr Humus als Ackerböden, denen bei jeder Ernte organisches Material entzogen wird. Um dort den Humus zu erhalten oder aufzubauen, bedarf es sozusagen als Futter für das Bodenleben Mist, Gülle oder Zwischenfrüchte. Auch die Bodenbearbeitung nimmt Einfluss: „Wir lockern unsere Böden maximal fünf Zentimeter tief auf.“



Zum Konzept des Biohofs gehören artenreiche Wiesen, schonende Bodenbearbeitung und Zweinutzungsühner.

Kleiner Fuhrpark, betriebsinterne Kreisläufe

Rapps Fuhrpark besteht aus drei Maschinen: einem Flachgrubber zur Auflockerung des Bodens, einem leichten Mähdrescher, einer Grubber-Sämaschine. „Bearbeite ich den Boden einen Zentimeter tief, muss ich rund 160 Tonnen pro Hektar bewegen“, sagt er. Laut Agrardieselverbrauchsrechner des Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft verbraucht die deutsche Landwirtschaft im Durchschnitt 100 Liter Diesel pro Hektar – er verfähre 56, sagt Rapp. „Wir kommen dank der leichten Technik und weniger Herumfahren so aus, dass uns eine Tonne Ertrag pro Hektar reichen würde, um Gewinn zu erzielen.“ Denn außer Ersatzteilen und Diesel kaufe er kaum etwas ein.

Auch nicht das Saatgut für Zwischenfrüchte und Untersaaten. Rapp baut Hafer, Nackthafer, Buchweizen und Emmer an – sowie Urinkel. Die „Interessengemeinschaft Dinkel“ in der Schweiz rechnet mit bis zu fünf Tonnen Ernteerträgen je Hektar im extensiven und bis zu sieben Tonnen im intensiven Öko-Anbau für dieses Getreide. „Wir bauen die alte Sorte Oberkulmer Rotkorn an. Da ist bei drei Tonnen Schluss.“ Seine Fruchtfolgen kombiniert er stets mit einer Untersaat wie Leindotter, Erbse oder Klee. Wenn Pflanzen wie Distel oder Ampfer anzeigen, dass es Verdichtungen gibt, sät Rapp Luzerne und Lieschgras, die mit ihren langen Wurzeln den Boden auflockern. „Die Pflanzen grubbere ich um, wenn ich den Dinkel säe. Der ist bei der Ernte etwa 1,80 Meter hoch, darum viel Lieschgras. Das dresche ich mit, siebe die Samen heraus und nutze sie als Saatgut für Zwischenfrüchte.“ So verfährt er auch mit den Samen von Beikräutern. Seine Bio-Körner, -Mehle und -Flocken vermarktet Rapp direkt: ab Hof, über einen Online-Shop und die „Dorfladenbox“, den Verkaufsautomaten eines jungen Unter-

nehmens im nächsten Ort. Er verkauft auch an die Gastronomie und verschiedene Läden.

Hühner und Wiesen

Einen Teil des Getreides, der Untersaat und der Zwischenfrüchte fressen die „Les Bleues“, Rapps aus Frankreich stammende alte Hühnerrasse. Durch die marktorientierte Spezialisierung in der Landwirtschaft wurden Legehennen in den vergangenen Jahrzehnten mit dem Augenmerk auf die optimierte Eierproduktion gezüchtet. Haben sie ihre Legeperiode beendet, werden sie zu Suppenhühnern oder Tierfutter; zur Fleischvermarktung eignen sie sich nicht. Nach Möglichkeiten, wie sich das Ausbrüten oder Töten der nicht verwertbaren männlichen Küken verhindern lässt, suchen Wissenschaft, Praxis und Politik seit Jahren. Die „Les Bleues“ halten, was die Leistung angeht, mit den hochgezüchteten Rassen nicht mit, aber sie können als sogenannte Zweinutzungsühner sowohl Eier legen als auch Brathähnchen werden.

Die in der Mast üblichen Hybridhähnchen seien in der Regel nach fünf Wochen schlachtreif, die Les-Bleues-Hähne brauchten 15 bis 20 Wochen, so Rapp. Die männlichen Küken habe er nach dem Ausbrüten bislang zur Mast an einen anderen Ökobetrieb abgegeben. „Doch die Leute, die ihre Eier bei mir kaufen, wollen auch das Fleisch von mir beziehen. Ich überlege deshalb, in einem Hühner-Mast-Mobil 60 bis 80 Gockel pro Jahr selbst großzuziehen.“ Ein Hähnchen kostet bei ihm im Schnitt 45 Euro. In Frankreich läge der Preis bei etwa 70 Euro, so Rapp. „Das ist ein ganz besonderes Fleisch; wer es einmal gegessen hat, will kein anderes mehr.“

Seit 1711 ist der Hof im Familienbesitz, seit Jahren nach Demeter-Richtlinien zertifiziert. Zu dem Betrieb gehören vier Hektar Wald und 24 Hektar Grünland. Die Flä-

chen liegen zwischen 660 und 770 Meter über dem Meer – für blumenreiche Bergwiesen ist das eine geeignete Lage. Rapp mäht sie zweimal im Jahr, für ihre Artenvielfalt wurde er 2015 im Rahmen der Wiesenmeisterschaften Baden-Württembergs gekürt. Das Schnittgut dient den Hühnern als Futter und zur Produktion von Bio-Heu. Rapp ist überzeugt davon, dass sein Heu und Getreide besonders gesund sind, weil er natürlichen Prozessen viel Spielraum lässt. Der Verzehr zeige bei Tieren und Menschen eine gesundheitsfördernde Wirkung.

Klein und zufrieden

Der Landwirt betreibt die Landwirtschaft mit seinem Sohn im Nebenerwerb. Beide arbeiten im öffentlichen Dienst und können bei Bedarf, etwa, wenn das Heumachen ansteht, flexibel Urlaub nehmen. Die Eier seiner rund 350 Legehennen verkauft Rapp für 36 Cent das Stück ab Hof. Sie seien täglich ausverkauft, sagt er. Aber vergrößern will er nicht. „Wir fühlen uns ausgeglichen, zufrieden und arbeiten im Kreislauf.“ Berufskollegen, die vergrößern, müssten bei den heutigen Pachtpreisen alles aus dem Acker herausholen. Rapp nutzt die Möglichkeiten der Agrarförderung; einige der Agrarumweltmaßnahmen scheinen wie für den Hof gemacht. Aber: „Wir haben unseren Betrieb so aufgestellt, dass wir auch ohne Subventionen gut auskommen würden.“ Für ihn ist die Politik auf dem richtigen Weg, weil sie Landwirte mehr für ihre Umweltleistungen honoriert.

KONTAKT

Dietmar Rapp
Biohof Rapp
info@biohof-rapp.de
www.biohof-rapp.de

Crowdfunding für Kommunen

In Rheinland-Pfalz haben zwei Gemeinden und ihre Mitarbeitenden Projekte initiiert, erfolgreich dafür Gelder über Crowdfunding eingeworben und die Ideen umgesetzt. Dafür war viel Engagement nötig.

Von Volker Klemm und Simon Sterbenk

Sich mit Crowdfunding auskennen, gehört eigentlich nicht zu den Aufgaben von Verwaltungsmitarbeitenden: In zwei rheinland-pfälzischen Kommunen haben sie sich weitergebildet, um Ideen umzusetzen, die ihren Gemeinden zugutekommen sollen. Dafür eigneten sie sich Kenntnisse über dieses Instrument an, lernten die rechtlichen Grundlagen kennen und bewarben die Projekte schließlich über zahlreiche Kanäle. Mit Erfolg: Mehrere Projektideen wurden verwirklicht.

Schwarmfinanzierung

Crowdfunding ist eine gemeinschaftliche Finanzierung von Projektideen durch viele verschiedene Menschen, Unternehmen oder Institutionen. Die Methode wird mit „Schwarmfinanzierung“ übersetzt: Bei genügend Teilnehmenden lassen sich mit eher kleinen finanziellen Einzelbeiträgen ausreichende Summen generieren. Die Projektideen werden auf einer Crowdfunding-Plattform online für einige Wochen, seltener Monate, veröffentlicht. Ein Projekt wird umgesetzt, wenn das vorab definierte finanzielle Ziel erreicht ist. Andernfalls gehen die jeweiligen Beiträge wieder automatisch, vollständig und kostenlos an die Geldgebenden zurück. Es gibt zwei Varianten: Beim gegenleistungsbasierten Crowdfunding erhalten Geldgebende zum Beispiel Gutscheine, eine erste Version des Produkts oder Ähnliches. Beim spendenbasierten Crowdfunding entfällt diese Gegenleistung. Kommunales Crowdfunding ist eine Sonderform des spendenbasierten Crowfundings: Lokale Vereine, die Bürgerschaft, Engagierte aus Politik oder Verwaltung stoßen Projekte an, die das Leben in der Kommune verbessern sollen.

Testlauf mit zwei Verwaltungen

Die Handlungsfähigkeit zahlreicher Kommunen ist durch finanzielle Engpässe eingeschränkt. Gleichzeitig sind viele Menschen grundsätzlich bereit, einen Beitrag für das Zusammenleben zu leisten, insbesondere in ihrem lokalen Umfeld – diese Erfahrung haben die Mitarbeitenden der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz in zahlreichen Projekten gemacht. 2020 startete die Entwicklungsagentur die Suche nach Kommunen, die beim Projekt „Kommunales Crowdfunding“ mitmachen. Die Bürgermeister der Verbandsgemeinden Otterbach-Otterberg und Lauterecken-Wolfstein hatten Interesse. Sie bildeten in ihren Verwaltungen Projektteams mit Mitarbeitenden, die auch die Projekte bestimmten, für die Geld gesammelt werden sollte.

Beide Teams fokussierten sich auf Themen rund um den Tourismus und die Naherholung. Dabei spielten neben der Lage beider Kommunen im und angrenzend an den Naturpark Pfälzerwald sowohl die Corona-Pandemie als auch der heiße Sommer 2020 eine Rolle: Fernreisen waren in dieser Zeit nur schwer möglich. Das erkannten die mit Tourismus Beschäftigten in beiden Kommunen vor allem als Chance.

In Lauterecken-Wolfstein war das Ziel, auf dem Gipfel ihres „Hausbergs“, dem Königsberg, einen riesigen Thron, eine königliche Tafel für Wandergruppen und später eine Waldmurmelbahn – alles aus Holz – zu bauen. In Otterbach-Otterberg sollten Wandernde an einem bestehenden Aussichtspunkt mit kalten Getränken aus mit Solarpaneelen betriebenen Kühlschränken versorgt werden.

Die Werbung für die Projekte erfolgte über Ankündigungen im Amtsblatt, die Lokalpresse und das Lokalradio, etwa den Südwestrundfunk. Auch die Social-Media-Kanäle der Kommunen wurden bespielt. Besonders die Facebook-Posts brachten messbare Ergebnisse. Am Ende der Spendensammelzeit hatten beide Kommunen ihre Funding-Ziele übertroffen. 4 000 Euro waren das Ziel beim Projekt Solarkühlschränke; eingenommen wurden 6 200 Euro. Das Projekt Königsberg benötigte 4 500 Euro, es kamen 9 200 Euro zusammen. Hinzu kamen Sachspenden wie Materialien und „gespendete Arbeit“. So wurden die Solarkühlschränke für die Wandernden und der Königsthron mit Tafel und Murmelbahn mit Hilfe von Freiwilligen gebaut. Es konnten weitere Projekte wie die Einrichtung und Beschilderung von Wanderwegen umgesetzt werden.

CROWDFUNDING

Ein Projekt wird umgesetzt, wenn das vorab definierte finanzielle Ziel erreicht ist. Andernfalls gehen die jeweiligen Beiträge wieder automatisch, vollständig und kostenlos an die Geldgebenden zurück.





Riesig: ein Königsthron mit Ritterschiff auf dem Königsberg

Darum beteiligen sich Menschen

Um tiefere Erkenntnisse über die Funktionsweise des Crowdfundings zu gewinnen, begleitete ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des Innovationslabors der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer das Projekt. Seine Umfrage in beiden Verbandsgemeinden im Jahr 2022 ergab, dass die überwiegende Zahl der Bürger die realisierten Crowdfunding-Projekte positiv bewertet und etwa zwei Drittel die Umsetzung eines weiteren Projekts befürwortet. Bei Leitfadeninterviews mit Beteiligten vor allem aus den Verwaltungen ging es um die Auswirkungen innerhalb der Behörden. Die Bürgermeister und Mitarbeitende sprachen von einem großen Lerneffekt: Sie hätten nicht nur viel über das Finanzierungsinstrument und neue Wege der Kommunikation gelernt, sondern durch die Änderung ihres Blickwinkels interne Abläufe und Prozesse überprüft. Unerlässlich sei zudem die Unterstützung der Verwaltungsleitung.

Eine gute Idee, aber ...

Trotz Startschwierigkeiten während der Corona-Pandemie und hohem zeitlichen Aufwand wurden beide Vorhaben erfolgreich umgesetzt. Es gibt ein großes Interesse an den Projekten in den Verbandsgemeinden und über die Region hinaus. Würde man den Personalaufwand berechnen und das freiwillige Engagement der Mitarbeitenden einbeziehen, ergäbe sich vermutlich ein finanzielles Defizit.

Nimmt man aber weitere Faktoren in den Blick, ergibt sich ein differenzierteres Bild: Die Mitarbeitenden berichten mit Stolz und Zufriedenheit von den Projekten. Sie sehen einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen ihrer Arbeit und den erzielten Erfolgen. Die Projekte gaben und geben ihnen zum Teil immer noch die Möglichkeit, kreativ, agil und ohne die sonst üblichen Hierarchien und Abteilungsgrenzen zu arbeiten. Das stärkt die Motivation und wirkt sich positiv auf die Verbundenheit mit der Dienststelle und die Arbeitsplatzzufriedenheit aus – sowohl bei den unmittelbar an den Projekten Beteiligten als auch bei den Unterstützenden ohne direkten Einfluss.

Menschen aus der Region, die sich zuvor noch nie engagiert hatten, konnten nicht für ein Engagement gewonnen werden. Aber bereits ehrenamtlich aktive Menschen waren bereit, sich zusätzlich oder erneut zu engagieren. Weitere Akteure wie das Christliche Jugenddorf (CJD), der Verein „Brennholzveredler“ oder die Jugendherberge in Wolfstein binden die Projekte in ihre Arbeit ein und nutzen sie zur Werbung.

Die Gemeinden selbst sehen in den Projekten eine Aufwertung der Region, eine Attraktivitätssteigerung der Kommunen für die Bevölkerung

und als Tourismusdestination sowie positive Auswirkungen auf das Image der Verwaltung und ihrer Beschäftigten. Zudem konnten die Vernetzung und die Zusammenarbeit mit lokal oder regional für den Tourismus Aktiven gefördert werden. Die meisten dieser Effekte hätten sich über eine konventionelle Projektfinanzierung und -umsetzung nicht oder nicht in diesem Umfang erzielen lassen.

Damit lohnt es sich für eine Kommunalverwaltung, ein Projekt über Crowdfunding zu initiieren, wenn sich ein motiviertes Team findet. Für Gemeinden, denen es ausschließlich um die Finanzierung von Projekten geht, ist kommunales Crowdfunding interessant, wenn lokal Engagierte wie örtliche Vereine die Federführung übernehmen und die Verwaltung lediglich unterstützend wirkt.

SERVICE

Zum ausführlichen Projektbericht: https://ea-rlp.de/wp-content/uploads/2023/07/Kommunales_Crowdfunding.pdf

KONTAKT

Volker Klemm
Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e. V.
Telefon: 06131 49082-41
klemm@ea-rlp.de
www.ea-rlp.de

Maisanbau mit einer Untersaat aus Weißklee kombinieren – ein Forschungsprojekt probiert neue Ansätze.

Anbau ohne synthetischen Pflanzenschutz

Die Landwirtschaft soll weniger Pflanzenschutzmittel einsetzen, gleichzeitig die Ernährung sichern. Dafür braucht es neue Ansätze. Ein Forschungskonsortium will konventionelle und ökologische Methoden miteinander verbinden.

Von Ingrid Claß-Mahler

Mit der Farm-to-Fork-Strategie als Teil des Green Deals will die EU die Weichen dafür stellen, dass die Lebensmittelproduktion der Landwirtschaft nachhaltiger wird, die Ernährungssicherheit gewährleistet ist und zudem die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie berücksichtigt werden. Damit geht die Forderung einher, bis 2030 die Menge der eingesetzten chemischen Pflanzenschutzmittel um 50 Prozent zu reduzieren.

Auch die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt in Deutschland sieht vor, den Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche, auf der keine chemisch-syntheti-

schene Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden dürfen, zu erhöhen. Im Jahr 2022 wurden laut Umweltbundesamt etwa 89 Prozent der Flächen konventionell und knapp elf Prozent ökologisch bewirtschaftet. Ist eine Neuorientierung bei den landwirtschaftlichen Anbausystemen notwendig?

Forschung will Brücken bauen

Ein Konsortium von Forschenden der Agrarwissenschaften der Universität Hohenheim (UHOH), der Georg-August-Universität Göttingen (UGOE) und des Julius Kühn-Instituts (JKI) hat sich 2019 im Rahmen der vom Bundesforschungsministerium initiierten Fördermaßnahme „Agrarsysteme der Zukunft“ zusammenge-

schlossen, um Ansätze für die „Landwirtschaft 4.0 Ohne chemisch-synthetischen Pflanzenschutz“ (NOcsPS) zu entwickeln. NOcsPS steht für ein Anbausystem, das auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel (csPSM) verzichtet – wie es beim ökologischen Anbau vorgeschrieben ist – und gleichzeitig im Ökolandbau nicht zugelassene chemisch-synthetische Mineraldünger einsetzt.

Mit NOcsPS-Anbausystemen soll also der Bogen zwischen konventionellen und ökologischen Anbausystemen gespannt werden, um Betrieben eine Vision für die Zukunft des Ackerbaus aufzuzeigen. Gleichzeitig sollen die Systeme den Handlungsspielraum lassen, den unterschiedliche Standortbedingungen erfordern. Welche Methoden eignen sich, um sowohl die Bodenfruchtbarkeit und die Biodiversität zu fördern als auch die Produktion qualitativ hochwertiger Nahrungsmittel zu sichern? Dabei soll die Versorgung der Verbraucher zu angemessenen Preisen gewährleistet sein.

Praxistests in zwei Bundesländern

Seit 2019 führt das NOcsPS-Team Versuche an jeweils einem Standort in Baden-Württemberg und Brandenburg durch. Die Standorte unterscheiden sich in Klima und Bodenbeschaffenheit; in den Systemversuchen werden ökologische, konventionelle und unterschiedlich gestaltete NOcsPS-Anbausysteme miteinander verglichen.

NOcsPS-Anbausysteme haben das Potenzial, den Ackerbau nachhaltiger zu machen. Aber der Verzicht auf csPSM bringt Herausforderungen mit sich, wenn Erträge und Wirtschaftlichkeit auf einem stabilen Niveau gesichert werden sollen. Deshalb wenden UHOH und JKI in den Systemversuchen vielfältige Maßnahmen an, die zur Bodengesundheit, optimalen Nährstoffversorgung sowie Schädlings-, Krankheits- und Unkrautregulierung beitragen sollen. Auch Praxisbetriebe sind eingebunden, die die Systeme auf größeren Flächen getestet haben. Es lassen sich erste Handlungsempfehlungen für die Praxis ableiten.

So wurde etwa eine vielfältige Fruchtfolge mit sechs dem jeweiligen Standort angepassten Kulturen gewählt. Sowohl die Fruchtfolge als auch die Saatstärke und der Aussaatzeitpunkt zeigten Effekte auf die Erträge. Mit dem Einsatz neuer Technologien für eine Präzisionslandwirtschaft können Erträge erhöht und Ressourcen effizienter genutzt werden, beispielsweise durch Einzelkornablage oder neue Saatmuster, die zur optimierten Verteilung der Pflanzen beitragen.

Weniger Stickstoff, mehr Mechanik

Da beim Verzicht auf csPSM Ertragsminderungen zu erwarten sind, muss in NOcsPS-Anbausystemen die Nährstoffversorgung verringert werden, um einen Nährstoffüberschuss, etwa von Stickstoff, zu vermeiden. Das dient Zielen von Klima-, Emissions- und Immissionsschutz. Aber es kann auch die Krankheitsanfälligkeit einzelner Kulturen sowie den Unkrautdruck im Bestand mildern, die durch den Wegfall der Fungizide und Herbizide verstärkt zu erwarten sind.

Marcus Saile aus dem baden-württembergischen Hirrlingen, der Teilflächen mit dem NOcsPS-System bewirtschaftet, stellte fest, dass Unkräuter gleich viel oder sogar mehr als die Kulturpflanze von der mineralischen Düngung profitierten. Der mechanischen Unkrautkontrolle und dem optimalen Bekämpfungszeitpunkt kommt deshalb in NOcsPS-Anbausystemen eine besondere Bedeutung zu. Darin sieht auch Landwirt Holger Söhner aus dem Kraichgau einen wichtigen Hebel. Sich mit der Biologie der Unkräuter auseinanderzusetzen, sei eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg. Zum Beispiel bei der Distel: Sie könne mit tiefer Bodenbearbeitung bekämpft werden, also nur nach der Ernte.

Ein anderes hartnäckiges Unkraut ist der Ackerfuchsschwanz: Er keimt bei milden Temperaturen aus. In einem NOcsPS-System wurde Wintergetreide deshalb spät ausgesät – mit der mechanischen Unkrautbekämpfung davor konnte der ausgekeimte Ackerfuchsschwanz bekämpft werden. Generell ist die an die Boden- und Witterungsbedingungen angepasste Bodenbearbeitung und damit der Umgang mit effektiver Hack- und Striegeltechnik als Ersatz der nicht einsetzbaren Herbizide eine Voraussetzung für die Unkrautregulierung.

Es braucht Anreize

Trotz phytosanitärer Maßnahmen wie einer weiten Fruchtfolge, dem Anbau von Zwischenfrüchten nach Winterkulturen und einer optimalen Bodenbearbeitung ist es wahrscheinlich, dass sich die Anfälligkeit der Pflanzen für Krankheiten erhöht, wenn mineralische Stickstoffdünger eingesetzt werden. Es bedarf präven-

tiver Maßnahmen zur Sicherung der Pflanzengesundheit; sie sind Gegenstand weiterer Forschung. Es gilt, etwa den Einsatz von Bioeffektoren zu untersuchen, die die Kulturpflanzen stärken oder biologische Gegenspieler, die mit Unterstützung künstlicher Intelligenz Pflanzenkrankheiten oder Schaderreger bekämpfen können. Der beteiligte Landwirt Rüdiger Beck aus Vaihingen/Enz sieht den Wegfall der csPSM kritisch. Für den Anbauer sei das mit einem erhöhten Risiko verbunden, da bei Pilzbefall die Produkte nicht vermarktet werden können. Grenzen in der Umsetzung eines NOcsPS-Anbausystems sehen die Praktiker insbesondere bei schwierigen Kulturen wie Raps, Zuckerrüben oder Kartoffeln, weil größere Ertragsausfälle wirtschaftlich schwer zu kompensieren sind.

Ein positiver Effekt des Verzichts auf csPSM ist die Erhöhung der Biodiversität, was Jürgen Schell aus Reiningen durch Untersuchungen auf seinen Flächen bestätigt. Von NOcsPS-Anbausystemen sind deshalb nachhaltige, ökologisch und sozial wertvolle Ökosystemleistungen zu erwarten. Das ist ein Wunsch von Verbrauchern. Die durchgeführten Studien zeigen, dass durchaus ein Interesse an NOcsPS-Produkten besteht. Für die Praktiker bleibt die Frage, wie der Absatzmarkt aussehen könnte: Er müsste den Mehraufwand bei der Produktion und eine geringere Ertragserwartung honorieren, um NOcsPS-Anbausysteme betriebswirtschaftlich reizvoll zu machen. Auch staatliche Fördermaßnahmen könnten einen Anreiz bieten, ein NOcsPS-System zu etablieren.



Parzellen des NOcsPS-Systemversuchs auf dem Heidfeldhof

SERVICE

Publikationen zum NOcsPS-Projekt:
<https://nocsp.uni-hohenheim.de/printmedien>

KONTAKT

Dr. Ingrid Claß-Mahler
 Universität Hohenheim
 Telefon: 0711 45922934
ingrid.classmahler@uni-hohenheim.de
www.nocsp.de

Wenn schon, denn schon!

Landwirtschaftliche Betriebe, die Gelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU erhalten, müssen bestimmte Standards, die sogenannte Konditionalität, einhalten. Einer davon sieht vor, vier Prozent der Flächen nicht zu nutzen. Gut geplant, können solche Konditionalitätenbrachen Chancen für die Natur bieten.

Von Caroline Kowol

Die Verpflichtung, Flächen stillzulegen, sollte 2024 beginnen. Sowohl Betriebe als auch die landwirtschaftliche Beratung hatten sich darauf eingestellt: Das Team „Biodiversität“ der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen hat 2023 Betriebe dabei unterstützt, die Konditionalitätenbrachen optimal zu gestalten. Diese Stilllegung wird auch GLÖZ 8 genannt, als Abkürzung für einen von neun Standards zum „guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand“ der Flächen. Aufgrund schwieriger wirtschaftlicher Bedingungen in der Landwirtschaft hat die EU-Kommission den Mitgliedstaaten Ende Januar 2024 den Vorschlag unterbreitet, dass die Betriebe alternativ auf vier Prozent ihrer Flächen stickstoffbindende Pflanzen oder Zwischenfrüchte anbauen können. Für

die Betriebe bieten sich in diesem Jahr also voraussichtlich mehrere Varianten, den GLÖZ-8-Standard zu erfüllen. Fest steht: Brachen tragen dazu bei, Flächen ökologisch aufzuwerten und sind besonders wirkungsvoll für den Naturschutz.

Das Potenzial ausschöpfen

Zur Erfüllung der Konditionalitätenbrachen können alle Ackerflächen ab einer Größe von 0,1 Hektar sowie bereits als geschützte Landschaftselemente eingetragene Flächen herangezogen werden. Die Stilllegung gilt für das gesamte Kalenderjahr, es sei denn, die Brache soll über verschiedene Flächen im Betrieb rotieren. Setzt man bei der Erfüllung des GLÖZ-8-Standards auf die Konditionalitätenbrache, können bei der Umsetzung betriebliche Gegebenheiten individuell und flexibel berücksichtigt werden.

Allgemein kann die Art, wie Brachen gestaltet werden, vielen verschiedenen Zielen, etwa dem Gewässerschutz, dienen und insbesondere eine große Rolle für den Schutz der Artenvielfalt spielen. Deshalb unterstützt die Biodiversitätsberatung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen die Betriebe bei den Planungen und wirbt dafür, die vier Prozent Konditionalitätenbrachen unter Naturschutzaspekten anzulegen.

Gut platziert und ...

Bei der Planung von naturschutzwirksamen Flächen wird der Blick darauf gerichtet, langjährige, bereits etablierte Brachen als wertvolle Strukturen zu erhalten: Sie sind wichtige Wanderkorridore für eine Vielzahl heimischer Tierarten. Nimmt man jede Ackerfläche genau unter die Lupe, so können Brachen ge-



Lebensräume für Rebhuhn & Co: Brachen können mit Saatgut gezielt angelegt werden.



zielt auf unwirtschaftlichen, spitz zulau- fenden Flächen oder in Kurven zur Be- gradigung angelegt werden und somit zu einer Optimierung der restlichen Ackerfläche beitragen. Werden Land- schaftselemente in oder angrenzend an Ackerflächen um Brachen erweitert, so können wertvolle Saumbereiche entste- hen. Grundsätzlich gilt, dass sonnige La- gen bevorzugt werden sollten. Die Pflan- zenbestände entwickeln sich dort deut- lich besser als in Schattenlagen. Weiter- hin trocknet der Aufwuchs in sonniger Lage im Tagesverlauf schnell ab, sodass Jungtiere dort eine ideale Kinderstube vorfinden. Einen besonders großen Effekt erzielen Stilllegungsflächen in eher struk- turarmen, intensiv landwirtschaftlich ge- nutzten Gebieten, in denen typische Ag- rarvogelarten vorkommen: Bei Boden- brütern, etwa dem Rebhuhn, kann eine gut platzierte Stilllegungsfläche aktiv zur Populationssteigerung beitragen. Da Bo- denbrüter ein erhöhtes Risiko haben, Op- fer von Jägern wie etwa Füchsen zu wer- den, sollten Streifen von mehr als zwölf Metern Breite statt vieler schmaler Strei- fen angelegt werden.

... sinnvoll angelegt!

Die einfachste Möglichkeit, eine Brache zu schaffen, ist, die Fläche nach der Ernte sich selbst zu überlassen. Dabei werden die Auflagen ohne zusätzlichen Arbeits- und Kostenaufwand erfüllt. Von der Selbstbegrünung profitieren regionale

Ackerwildkräuter, deren Samen im na- türlichen Bodenvorrat vorhanden sind. Dafür besonders geeignet sind magere oder trockene Böden ohne bekannte Vorkommen von Problemunkräutern. Die Alternative und am häufigsten umge- setzte Variante ist die Begrünung durch eine gezielte Einsaat. Sie ist auf Standor- ten mit Problemunkräutern oder -grä- sern empfehlenswert. Vor der Anlage ist zu klären, welche Standzeit der Brache beabsichtigt wird, und zu definieren, welche Erwartungen an den Aufwuchs und die optische Entwicklung des Be- stands gestellt werden.

Für den Naturschutz besonders wertvoll sind mehrjährige Flächen, die mit arten- reichen Mischungen verschiedener Blüh- pflanzen eingesät werden. So nutzt das Rebhuhn die überjährigen Pflanzenbe- stände zur Brut. Insekten, die die Blüten besuchen oder die Bestände für die Eiab- lage oder als Kinderstube der Larven nut- zen, dienen den Jungtieren als Nahrung. Auch Junghasen sind hier zu finden: Der Aufwuchs ist strukturreich und bietet einer großen Zahl an Pflanzen- und Tier- arten einen ansprechenden Lebensraum. Zudem kommen zeitversetzt blühende Pflanzenarten verschiedenen Insektenar- ten zugute.

Mehrere Bundesländer geben für andere Fördermaßnahmen bereits häufig Saat- gutmischungen vor, die an die natur- räumlichen Voraussetzungen angepasst, in der Praxis erprobt und teilweise sowie- so im Betrieb vorhanden sind. Sie eignen sich ebenfalls für die Anlage der Kondi- tionalitätenbrachen. Neben der Wahl der Mischung ist die Vorbereitung der Fläche ein wichtiger Erfolgsfaktor. Eine den Bo- den- und Sortenansprüchen entspre- chende Saatbettbereitung ist unerlässlich für eine gute Bestandsentwicklung.

Gut informiert

Im Rahmen einer Vortragsreihe führte die Biodiversitätsbera- tung nordrhein-westfalenweit 14 Veranstaltungen durch und

stellte Tipps zur naturschutzfachlichen Umsetzung der Konditionalitätenbrache vor. Mit durchschnittlich 150 Teilnehmen- den war die Resonanz sehr zufriedenstel- lend. Regional unterstützten die Biologi- schen Stationen oder die Stiftung Westfä- lische Kulturlandschaft mit ihrer Experti- se und ergänzten die Veranstaltungen mit Monitoringergebnissen von Tierarten und praktischen Erfahrungen. Indem die Beratung Kontakt zu regionalen Projek- ten herstellte, konnten den Betrieben teil- weise teure (Regio-)Saatgutmischungen kostenfrei oder vergünstigt zur Verfügung gestellt werden; diese Mischungen bieten im Vergleich zu den handelsüblichen Mi- schungen ein wesentlich höheres Arten- spektrum. Der Beratungsbedarf und die Nachfrage waren zeitweise sehr groß. Die meisten Betriebe waren aufgeschlossen, zumindest einen Teil der Brachflächen naturschutzfachlich aufzuwerten – getreu dem Motto: Wenn schon, denn schon!

Erfahrungswerte

Vor 2024 legten in Nordrhein-Westfalen Landwirte etwa 2,5 Prozent der Ackerflä- chen still. Käme eine Pflicht zur Stillele- gung von vier Prozent der Flächen, wäre das ein deutlicher Zuwachs an Brachflä- chen. In den produktiven Ackerbauregio- nen würden sie voraussichtlich zum Teil zu Lasten der Umsetzung anderer, frei- williger Fördermaßnahmen gehen. Da- mit Betriebe bei der Wahl der am besten geeigneten Maßnahme nicht auf sich al- leine gestellt sind, hilft das Beratungste- am „Biodiversität“ der Landwirtschafts- kammer Nordrhein-Westfalen weiter. On- line steht zusätzlich der „Maßnahmenfin- der Biodiversität“ zur Verfügung, der einen ersten Überblick bietet.

SERVICE

Maßnahmenfinder, Tipps und Infos der Biodiversitätsberatung Nordrhein-Westfalen: www.biodiversitaet-nrw.de

Auch andere Länder beraten zu Agrarumweltmaßnahmen: www.dvs-gap-netzwerk.de/biodiversitaetsberatung

KONTAKT

Caroline Kowol
Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen
Team Biodiversitätsberatung
Telefon: 02421 5923-65
caroline.kowol@lwk.nrw.de
www.landwirtschaftskammer.de



Von der Selbstbegrünung profitieren Ackerkräuter, deren Samen natürlich im Boden vorhanden sind.



Fotos: Ulrich Clasen; Peter Crafzler; Yuliya Marholina / stockadobe.com

Wie Hauptamt Ehrenamt stärken kann

Sie sind ein Fundament für ländliche Orte: Viele Menschen engagieren sich in ihrer Freizeit, etwa in sozialen Projekten, Sportvereinen oder bei der Feuerwehr. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und der Deutsche Landkreistag haben mit 18 Landkreisen nach Wegen gesucht, wie die Kreise die Freiwilligen unterstützen können.

Von Anja Rath

Im Landkreis Regensburg war in den vergangenen drei Jahren das „fliegende Lehrerzimmer“ unterwegs: Die landkreiseigene Freiwilligenagentur bot 30 Vereinen ein Coaching mit Workshops vor Ort an, in denen individuelle Probleme und passgenaue Lösungen im Fokus standen. Bereits seit 2015 gibt es die Fortbildungsreihe „Vereinsschule“. Den Impuls, sie ins Leben zu rufen, gab Landrätin Tanja Schweiger. „Anlaufstellen auf Landkreisebene, die Hilfestellung bei rechtlichen Fragen oder Fortbildungs- und Vernetzungsangebote bieten, werden für Vereine immer wichtiger“, sagt sie. Deshalb sei die Freiwilligenagentur zum „Koordinierungszentrum bürgerschaftliches Engagement“ ausgebaut worden und entwickle sich kontinuierlich weiter.

Schwarmwissen der Landkreise nutzen

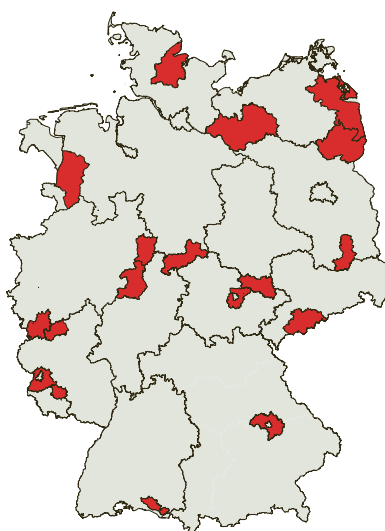
Der bayerische Landkreis ist einer von 18 Kreisen, die sich von 2020 bis Mitte 2023 beim Verbundprojekt „Hauptamt stärkt Ehrenamt“ eingebracht haben. Das Vorhaben wurde im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULEplus) gefördert. Insgesamt standen 6,5 Millionen Euro zur Verfügung: insbesondere für den Aufbau einer hauptamtlichen Stelle und von Angeboten vor Ort sowie für die Projektorganisation. Zur Vorbereitung des Projekts hatte der Deutsche Landkreistag (DLT) 112 Landkreise zur Bedeutung des Ehrenamts und der derzeitigen Organisation der Unterstützung befragt. Der Anteil derjenigen, die sich freiwillig engagieren, wurde auf 40 Prozent beziffert, und für die Organisation waren Vereine besonders wichtig. Zwei Drittel der Landkreise hatten bereits Gremien zum Thema Ehrenamt eingerichtet, bei etwa 70 Prozent befassten sich mehrere Stellen innerhalb der Kreisverwaltung damit, Freiwillige zu unterstützen.

Bei „Hauptamt stärkt Ehrenamt“ standen Austausch und voneinander Lernen im Vordergrund – und übertragbare Ergebnisse. „Wir haben von Anfang an das Ziel der Verstärkung und des Ausrollens in die Fläche im Blick gehabt. Deshalb haben wir darauf geachtet, die teilnehmenden Landkreise so auszuwählen, dass sie ein möglichst breites Spektrum abbilden – an Inhalten, bei der räumlichen Verteilung sowie, was ihre Erfahrungen mit der Unterstützung von Ehrenamt betrifft“, sagt der Beigeordnete Matthias Wohltmann vom DLT. Er hat das Projekt zusammen mit dem für das BULEplus zuständigen Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) konzipiert und koordiniert. Das Projekt setzte – unterstützt durch Expertise von außen – auf die Vernetzung untereinander: mit Möglichkeiten für den

bilateralen Austausch und insbesondere Verbund- und Clustertreffen. „Es wurden thematisch abgegrenzt sieben Cluster gebildet, denen die Landkreise entsprechend ihrer Einzelprojekte und Interessen zugeordnet waren“, so Wohltmann. Der Landkreis Regensburg war im Cluster „Vorbereitungsmaßnahmen (Bestandsaufnahme, Grundsatzfragen) und erste Schritte“ aktiv. Einige Erkenntnisse: Voraussetzung dafür, Ehrenamt nachhaltig zu unterstützen, ist eine dauerhafte hauptamtliche Stelle – als Grundlage dient ein Kreistagsbeschluss. Und: Eine hauptamtliche Ehrenamtsförderung aufzubauen, braucht Zeit.

Ehrenamt vor Ort ansprechen

Die Möglichkeiten, Ehrenamtliche aktiv anzusprechen, vertieften in einem Cluster sieben Landkreise. Darunter das Weimarer Land aus Thüringen: Mit dem Ehrenamtszentrum in Apolda wurde dort eine Anlaufstelle neu aufgebaut, die berät, qualifiziert und vernetzt. „Das Hauptamt muss das Ehrenamt ansprechen. Dabei ist es entscheidend, die richtige Methode für die jeweilige Zielgruppe zu finden“, sagt Landrätin Christiane Schmidt-Rose. Nicht selten hofften Hauptamtliche, dass Ehrenamtliche „schon irgendwie“ von den Angeboten der Projektstellen erfahren, so die Beteiligten im Cluster. Sie haben Vorschläge erarbeitet, wie es besser geht, die auch auf den Erkenntnissen des Clusters aufbauen, das sich mit Zielgruppen auseinandergesetzt hat: Erst nachdem geklärt ist, wer angesprochen werden soll, sei eine Ansprachestrategie sinnvoll. Heutzutage steht eine große Auswahl an potenziellen Medien zur Verfügung. Bei der Auswahl könne helfen, zu hinterfragen, was bewirkt werden soll: eine Information übermitteln oder ins Gespräch kommen? Zu einer aktiven Ansprache gehöre, dass Hauptamtliche Eh-



Diese 18 Landkreise setzen sich damit auseinander, wie Strukturen für das Ehrenamt in ländlichen Regionen gestärkt werden können.



Im Mai 2023 diskutierten die Aktiven aus den Landkreisen beim Abschlusstreffen auch mit Ariane Fäscher vom Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestags (Bildmitte).

renamtliche aktiv aufsuchen. Weitere Überlegungen gab es zur Kommunikationsweise: Sollen Medien entwickelt werden, und wenn ja, welche? Was ist bei digitalen Medien zu beachten? Das Cluster hat das Für und Wider klassischer Printmedien wie Banner, Flyer oder Plakate, Pressearbeit, die Ansprache per Brief, digitaler Medien, Werbearbeiten oder auch Veranstaltungen unter die Lupe genommen. Es empfiehlt, sich bei der Ansprachestrategie Gedanken über Menschen zu machen, die vor Ort Einfluss und viele Kontakte haben. So könnten Vereinslotsen, die in einigen Landkreisen bereits aktiv sind, als Bindeglied zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen dienen. Die persönliche Ansprache sei die beste Ansprache, so ein Fazit.

Weitermachen und weitergeben

Im Landkreis Göttingen wurde im Rahmen des Verbundprojekts die „Service-stelle für bürgerschaftliches Engagement“ aufgebaut. Unter dem Motto „Gut informiert – vernetzt engagiert!“ bringt das Team Haupt- und Ehrenamtliche zusammen und macht Engagement sichtbar. Dazu dient auch eine Website, die Angebote bündelt und etwa auf einen gemeinsam mit der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst entwickelten Podcast oder einen Online-Stammtisch für Freiwillige verlinkt. In Osterode im Harz gibt es nun zudem eine regionale Koordinierungsstelle. Die Ange-

bote sollen von Dauer sein: Ziel des Verbundprojekts war, die in den Landkreisen begonnenen Aktivitäten zu verstetigen.

In Cluster 6 vertieften das Weimarer Land und vier weitere Landkreise die Einbindung von externen Akteuren: Wie gelingen Kooperationen und Vernetzungen mit Behörden oder Kommunen, mit Unternehmen oder Verbänden? Andere Cluster bearbeiteten die Fragen, wie und wo eine Unterstützungsstruktur angesiedelt werden kann, was das für die Verwaltung bedeutet, wie sich die digitale Welt nutzen lässt und wie die Ansprache besonderer Zielgruppen gelingt. Alle Antworten und Ergebnisse sind in der Broschüre „Hauptamt stärkt Ehrenamt – Ansatzpunkte, Ideen und gute Beispiele“ zusammengefasst. Sie soll mit Checklisten, Steckbriefen von Projektbeispielen sowie Links als Instrumentenbaukasten dienen und fasst Gelingensfaktoren und Stolpersteine einzelner Aspekte zusammen. Auf den Seiten der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) ist eine Online-Fassung verfügbar.

Die DSEE hat das Vorhaben begleitet:

Gemeinsam mit ihr entwickelt der DLT die Angebote weiter. „Im Laufe des Projekts ist die Idee entstanden, die Ergebnisse gemeinsam digital bereitzustellen und darüber hinaus regelmäßig weitere vertiefende oder fortführende Informationen durch die DSEE anzubieten“, sagt Projektkoordinator Wohltmann vom DLT. Im Dezember 2023 gingen die Angebote auf der Website der DSEE unter dem Hashtag #kommunalEngagiert online. „Auch die gleichnamige Webinar-Reihe, die DSEE, DLT und der Deutsche Städte- und Gemeindebund gemeinsam anbieten, wäre ohne das Projekt wohl nicht entstanden. Es gab eine so große Resonanz, dass wir sie verstetigen wollen, und die DSEE ist der beste Ort dafür.“

SERVICE

Broschüre und Online-Formate unter www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/kommunal-engagiert

KONTAKT

Tobias Quednau
Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt
Telefon: 03981 4569-681
tobias.quednau@d-s-e-e.de
www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de
Deutscher Landkreistag
ehrenamt@landkreistag.de

Kommunen sollten jetzt aktiv werden

Mit Windkraft lässt sich Wertschöpfung vor Ort generieren. Kommunen haben verschiedene Möglichkeiten, finanziell zu profitieren: indem sie selbst Windparks betreiben, ihre eigenen Flächen verpachten oder zusammen mit anderen Flächeneigentümern Windkraftprojekte realisieren. Was gilt es, zu beachten?



Julia Woth ist Abteilungsleiterin im Bereich erneuerbare Energien, klimaneutrales Wirtschaften und Mobilität bei der LEA LandesEnergieAgentur Hessen.

Anna Forke ist Projektmanagerin für das Bürgerforum Energiewende Hessen der LEA. www.lea-hessen.de

zwei Prozent der Landesfläche als Vorrangflächen für Windkraft ausgewiesen. Für andere Länder ist die Suche nach geeigneten Flächen momentan eine Herausforderung. Sobald Vorrangflächen ausgewiesen sind, gilt das Gebiet zunächst als geeignet. Dann bewerten die übergeordneten Genehmigungsbehörden nach Bundesemissionsschutzgesetz die Projektanträge und ob dort eine Anlage möglich ist. Derzeit gibt es eine gewisse Konkurrenz um geeignete Flächen. Wenn die Kommune bei der Flächensicherung mitmischt, sind ihre Chancen besser, von einem Windpark zu profitieren.

” Frau Woth, Frau Forke, mit dem Ausbau der Windkraft gehen Investitionen und Einnahmen einher. Wie können Kommunen mitgestalten und profitieren?

WOTH: Kommunen können das am ehesten, wenn sie so früh wie möglich aktiv werden. Sie sollten noch vor Projektierern die möglichen Flächen kennen. Dann können sie sich entscheiden, ob sie sich einmischen wollen – zum Beispiel, indem sie Eigentümer von geeigneten Flächen an einen Tisch bringen. Den größten Einfluss kann eine Kommune geltend machen, wenn sie die ausgewiesenen Flächen besitzt. Ist das nicht der Fall, kann sie dennoch von der Gewerbesteuer eines Windparks und Wegeentgelten profitieren. Demnächst

können Kommunen im sogenannten Regionalplan auch über die schon ausgewiesenen Flächen hinaus weitere Windkraftflächen in ihren Flächennutzungsplänen ausweisen; in Hessen ist das bereits so. Je früher eine Kommune also ins Thema einsteigt, desto mehr Zeit kann sie sich nehmen, um die Möglichkeiten auszuloten und sich mit möglichen Flächenkonflikten zu beschäftigen.

FORKE: Der Bund hat definiert, dass jedes Bundesland bis zum Jahr 2027 einen bestimmten Prozentsatz seiner Flächen für Windenergie ausweisen muss. Je nach Bundesland sind das bis zu 1,8 Prozent. Die Länder befinden sich in diesem Prozess an unterschiedlichen Stellen. In Hessen wurden bereits vor Jahren knapp

„Je früher eine Kommune ins Thema einsteigt, desto mehr Zeit kann sie sich nehmen, um ihre Möglichkeiten auszuloten.“

Der Paragraph 6 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes regelt freiwillige Zahlungen von Windparkbetreibern an Flächeneigentümer. Ist das sinnvoll?

FORKE: Alle Kommunen im Umkreis von 2,5 Kilometern einer Windenergieanlage können dadurch 0,2 Cent pro eingespeiste Kilowattstunde bekommen, egal auf welcher Gemarkung die Windanlage steht. Die Gesamtsumme wird nach Flächenanteil innerhalb dieses Radius aufge-

teilt. Dabei können große Beträge zusammenkommen. Sie sind allerdings deutlich kleiner als Pachteinahmen, wenn etwa eine Kommune ihre eigenen Flächen an einen Projektierer verpachtet. In Hessen und auch bundesweit zahlen die meisten Projektierer diese freiwillige Abgabe bereits – das ist gängige Praxis, um die Akzeptanz vor Ort zu erhöhen. Interessant dabei ist der Fairness-Faktor: Alle Flächeneigentümer im definierten Radius bekommen etwas. Dahinter steht der Gedanke, dass diejenigen profitieren sollen, die am nächsten an den Anlagen wohnen und auf sie schauen; nicht nur diejenigen, auf deren Gemarkung die Anlagen stehen. Es gibt Fälle, in denen die Windanlagen an den Rand einer Gemeinde gestellt wurden. Womöglich ist diese Gemeinde kaum durch eine Beeinträchtigung der Landschaft belastet, aber die Nachbargemeinde.

Einige Bundesländer haben Gesetze geschaffen, sodass Windparkbetreiber verbindlich Abgaben zahlen müssen. Warum?

FORKE: Vor Paragraph 6 bewegten sich Projektierer in einer „Grauzone“, wenn sie den Kommunen Zahlungen angeboten haben, auch wenn die Windanlagen nicht auf kommunalen Flächen standen. Paragraph 6 regelt das: Projektierer dürfen Kommunen jetzt ganz legal Abgaben anbieten. Wenn es weitergehende Gesetze in den Ländern gibt, verfolgen die das Ziel, diese und weitere Zahlungen zu einer Pflicht für jedes Projekt im Land zu machen.

Wie gelingt es, dass die Menschen vor Ort profitieren?

FORKE: Alles, was in den kommunalen Haushalt fließt, kommt den Bürgerinnen und Bürgern zugute. Das „Profitieren“ ist in diesem Fall mittelbar, etwa durch mehr Kitaplätze. Auch dafür, dass die Menschen unmittelbar profitieren, gibt es Möglichkeiten: Von Bürgerwindparks oder Bürgerenergiegenossenschaften können sich Privatpersonen Anteile kaufen und haben am Ertrag teil. Sie tragen aber auch ein Risiko. Wenn der kommunale Windpark am Anfang noch nicht gut läuft, bekommen



„Wir nennen freie Flächen ‚das Öl der Energiewende‘.“

sie keine Ausschüttung. Windsparrbriefe werden vielerorts angeboten, also Nachrangdarlehen, mit denen man sich an der Finanzierung beteiligt. Die Beteiligten können sich sicher sein, dass sie ihr Geld nach einigen Jahren verzinst zurückbekommen. Zudem gibt es vergünstigte Bürgerstromtarife. Bürgerstrom ist manchmal schwierig umzusetzen, weil man einen lokalen Stromversorger braucht. Aber die Menschen finden es gut, an ihrer Stromrechnung zu merken, dass vor der Haustür Energie erzeugt wird. Auch Einmalzahlungen als Zuschuss zur Stromrechnung für die Menschen vor Ort sind denkbar.

Ein Instrument, von dem viele Menschen vor Ort profitieren können, ist das sogenannte Flächenpooling. Wann bietet es sich an?

WOTH: Durch Bündelung, also Pooling, kann einem Projektierer eine große zusammenhängende Fläche angeboten werden. Flächenpooling ist dann sinnvoll, wenn für den potenziellen Windpark Flächen von vielen verschiedenen Eigentümern in Frage kommen. Egal auf welcher Einzelfläche die Anlagen letztlich stehen, profitieren alle anderen Flächeneigentümer ebenfalls von der Windanlage. Gleichzeitig ist es für die Flächeneigentümer eine Risikominimierung und weniger Aufwand, als selbst mit

dem Projektierer zu verhandeln. Aus kommunaler Sicht ist Flächenpooling interessant, weil die Kommune dadurch zum Akteur wird: Wenn Privatpersonen mit den Projektierern verhandeln, hat eine Kommune keinen Einblick. Übernimmt sie aber das Flächenpooling, so erhält sie Mitsprache bei der vertraglichen Ausgestaltung und kann einfordern, finanziell beteiligt zu werden. Eine Kommune bekommt dadurch eine größere Rolle und Handlungsoptionen. Projektierer sind meist dankbar, wenn sie es nur mit einer Ansprechperson zu tun haben und eine zusammenhängende Fläche angeboten bekommen. Es gibt auch Projektierer, die von sich aus Flächenpoolings anbieten.

Welche Unterstützung gibt es für Kommunen?

FORKE: Es gibt in vielen Bundesländern Landesenergieagenturen, die ähnlich wie wir in Hessen aufgebaut sind. Das Bürgerforum Energiewende Hessen beschäftigt sich noch tiefergehend mit der Windenergie und berät hessische Kommunen kostenlos. Wir unterstützen Flächenpooling-Prozesse und begleiten Kommunen bis hin zur Kommunikation mit der Bürgerschaft, um Akzeptanz herzustellen.

WOTH: Wir haben Erklärfilme produziert und gute Beispiele zusammengetragen. Im vergangenen Jahr haben wir eine Toolbox zu Finanzierung und Beteiligungsmöglichkeiten als Erstinformation für Kommunen zusammengestellt.

FORKE: Es gibt nicht den einen Königsweg, den wir empfehlen können. Es bedarf einer individuellen Beratung, je nach Projekt und Kommune. Wir nehmen bundesweit wahr, dass Kommunen den Wert der Flächen unterschätzen. Es herrscht ein sehr großer Flächendruck, denn wir haben nicht viele Flächen in Deutschland. Der Markt ist heiß umkämpft. Wir nennen freie Flächen deshalb „das Öl der Energiewende“.

Frau Forke, Frau Woth, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Andrea Birrenbach.



Gemeinsam forschen

Reallabore, auf Englisch „Living Labs“, sind seit Jahren in der Sozialforschung etabliert: Forschende und Laien arbeiten gemeinsam unter realen Bedingungen an praxisorientierten Themen. Die Agrarforschung will diesen Ansatz für landwirtschaftliche Themen und mit landschaftlichem Bezug aufgreifen: Was versprechen sich die Forschenden davon?

Dr. Annette

Freibauer ist Vizepräsidentin der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) und im Vorstand der Deutschen Agrarforschungsallianz (DAFA). Die DAFA hat im November 2023 das strategische Forum „Agrarforschung im Zusammenspiel von Versuchs- und Praxisbetrieben, Landschaft und Regionen“ veranstaltet. www.dafa.de



Frau Dr. Freibauer, warum benötigt die Agrarforschung Living Labs?

Früher haben Forschende an selbst entwickelten Fragen gearbeitet und gehofft, dass die Antworten auf direktem Weg zu den Betrieben gelangten. Diese Zeiten sind vorbei. Die Agrarforschung ist kleiner aufgestellt als früher, die Anforderungen auf dem Feld sind diverser und Landwirte experimentieren selbst. Es bilden sich Communities, die sich etwa zum Thema Direktsaat vernetzen. Lösungen werden von der Praxis entwickelt. Damit ändern sich die Forschungsfragen. Zudem werden Forschende zunehmend hinterfragt oder auch diskreditiert – daran haben etwa soziale Medien einen Anteil. Deswegen ist es ein Gebot der Stunde, gemeinsam zu forschen, insbesondere bei kontroversen Themen, wie etwa dem Einsatz von Düngemitteln: Wenn alle Gruppierungen mitmachen, kann niemand behaupten, nicht beteiligt gewesen zu sein. Dabei lernt man auch, aufeinander zuzugehen.

„Es ist ein Gebot der Stunde, gemeinsam zu forschen.“

Wer soll stärker mitreden: Die Landwirtschaft? Oder Menschen, die damit nur indirekt zu tun haben?

Die Agrarforschung richtet sich an die landwirtschaftliche Praxis und Politik, Produktionsfragen stehen im Fokus. Inzwischen weiß man, dass die Landwirtschaft auch gesellschaftliche Akzeptanz braucht. Die Living Labs brauchen deshalb wie eine Region eine administrative Ebene, um sich zu entwickeln; es müssen Kommunen dabei sein, über die man an Strukturen anknüpfen kann, in denen sich bereits Akteure gefunden haben. Wir wollen so etwas am neuen Standort der LfL im Rottal aufbauen. Es gibt einen starken Zuspruch von der Politik sowie von Verbänden vor Ort und gemeinsame Interessen – der Austausch ist neu und kann sich frei entfalten. Dabei wird die Landschaft als Ganzes betrachtet, beispielsweise unter dem Aspekt Gewässerschutz und Erosion: Man muss mit allen reden, die es betrifft. Klassische Agrarfragen in den Landschaftskontext stellen zu müssen, ist spannend, weil man in den dafür nötigen Dialogformaten ganz neue Ideen entwickelt.

Dafür bedarf es Koordination. Wer kann das leisten?

Wir bauen ein Forschungs-Praxis-Netzwerk auf, in dem die Landwirte mit uns zusammen die Forschungsfragen und Systeme

entwickeln, wir gemeinsam Anträge schreiben und umsetzen. Die Person, die das koordiniert, hat einige Jahre eine Öko-Modellregion geleitet, also mit Akteuren auf der regionalen Ebene zu tun gehabt – sie kennt die verschiedenen Seiten. Solch eine Koordination muss von allen akzeptiert werden. Und es geht darum, langfristige Strukturen aufzubauen: Wir brauchen Akteure, die bereit sind, sich für zehn oder 20 Jahre darauf einzulassen und eine Koordination auch finanziell mitzutragen. Die EU will Forschung in Living Labs etwa zehn Jahre lang unterstützen. Es wird Regionen geben, in denen Living Labs gelingen können, weil es interessierte Akteure aus Forschung, Politik und Gesellschaft gibt – in anderen werden sie fehlen.

Was braucht es noch?

Eine Frage wird bei all der Aufbruchsstimmung vielleicht unterschätzt: Wie viel kann ich den Akteuren zumuten, fordere oder überfordere ich Einzelne? Formate wie die Living Labs benötigen Zeit, Landwirte und Forschende müssen ihre eigene Kultur hinterfragen oder ändern, es gibt auch Rückschläge. Dabei wünsche ich mir soziologische Moderation.

Frau Dr. Freibauer, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Anja Rath. ■■■



Mit mehr Strategie zum Wettbewerbsvorteil

Ein Gastkommentar von Sonja Ostermayer zum Fokusthema der kommenden Ausgabe „Obst und Gemüse, Bienen, Hopfen, Wein – gezielt fördern“



Sonja Ostermayer ist Nachhaltigkeitsexpertin in der Operationellen Gruppe „CCF-Rechner für den Weinbau“, einem Forschungsprojekt der Technischen Hochschule Bingen. Die Akteure aus Praxis und Forschung beschäftigen sich darin mit dem „Corporate Carbon Footprint“, also den Emissionen im Weinbau.
www.wein-biodiversitaet.de

„Es gilt, die vorhandenen Strukturen zu nutzen, um das Wissen in die Praxis zu bringen.“

Dass sich Förderprogramme hervorragend eignen, um Innovationen voranzutreiben und zukunftsweisende Impulse zu setzen, zeigte kürzlich ein Workshop der DVS. Es ging um die Vernetzung von Wein-Projekten im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaften „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri), die sich mit Nachhaltigkeit beschäftigen. Zu den zukunftsweisenden Projekten gehörte unter anderem der KI-unterstützte Rebschnitt.

Wesentlich neben der Innovation ist für das Förderprogramm EIP-Agri, dass es zu einem Wissensaustausch zwischen Forschung, Wirtschaftsunternehmen und der Praxis kommt. Dazu werden Operationelle Gruppen installiert, die Inhalte und Austausch organisieren, wenngleich der Wissenstransfer oft auf den Kreis der Teilnehmenden begrenzt bleibt.

Gemeinsame Strategie als Wettbewerbsvorteil


Damit die Weinbranche schneller zu innovativen nachhaltigen Lösungen kommt, stellen sich einige Fragen. Die sogenannten „Sektoralen Interventionen“ zum Wein, also gezielte Fördermaßnahmen, sind mittlerweile in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU angesiedelt und länderspezifisch ausgerichtet: Würde eine bundesweite Nachhaltigkeitsstrategie und Definition von Handlungsfeldern für nachhaltiges Wirtschaften die Branche nicht schneller und effizienter voranbringen? Gerade beim Thema Nachhaltigkeit liegt das auf der Hand, weil es komplex ist und nicht an Ländergrenzen Halt macht. Ließe sich damit nicht ein Wettbewerbsvorteil durch Kostenersparnisse und mehr Klarheit in der Kommunikation erzielen?

In mehreren Bundesländern und auch Nachbarstaaten wurde schon einiges entwickelt. Gilt es deshalb nicht gerade in diesem Förderprogramm, grenzüberschreitend voneinander zu lernen und die Ergebnisse schneller in die Praxis zu bringen? Die Förderprogramme EIP-Agri und das Sektorprogramm Wein bieten dazu die entsprechende finanzielle Ausstattung. So kann in EIP-Agri sehr gut voneinander gelernt und zusammen entwickelt werden. Die

Ergebnisse können wiederum für die Zielerreichung der nationalen Strategie genutzt werden, die auf die Besonderheiten und Bedarfe der einzelnen Weinbauländer und Weinbauregionen eingehen und zugeschnitten sind. Das spart Zeit und führt schneller zu einem Wettbewerbsvorteil.

Wissensaustausch und Think Tanks erforderlich

Think Tanks, die Forschung, Beratung, Wirtschaftsunternehmen und Politik miteinander vernetzen, wären ein probates Instrumentarium, das Thema Nachhaltigkeit im Weinbau, insbesondere mit Blick auf die immer heftiger werdenden Folgen des Klimawandels, treffsicher voranzubringen. Produkte und Entwicklungen der Zulieferer und Dienstleister, die mit dem Nachhaltigkeitspreis der Weinwirtschaft ausgezeichnet wurden, zeigen bereits, dass insbesondere die Partnerschaften zwischen Forschung, Zulieferern und der Weinbaupraxis passgenaue Lösungen hervorbringen.

Dazu gilt es, die vorhandenen Strukturen und Einrichtungen für Bildung und Weiterbildung, aber auch funktionierende Verbandsstrukturen zu nutzen, um das Wissen in die Praxis zu bringen und breit zu diskutieren. Denn, so der Impuls der Klimaschutzexpertin Dr. Helena Ponstein beim DVS-Workshop: „Solange es nur Einzelne wagen, neu zu denken, neue Technologien einzusetzen und Bewirtschaftungsformen auf nachhaltige Praktiken umzustellen, so lange wird der Ruck in der Branche für eine Veränderung zu mehr Nachhaltigkeit fehlen.“ 

Stimmen Sie dem zu? Oder sehen Sie es anders?

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de, per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion

angelesen

Für einen flexiblen Nahverkehr



Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Handbuch zur Planung flexibler Bedienungsformen im ÖPNV. Ein Beitrag zur Sicherung der Daseinsvorsorge in nachfrageschwachen Räumen, 2023, 179 Seiten, ISBN 978-3-87994-551-1, Download: www.bbsr.bund.de > Suche: Bedienungsform

Auf dem Land sind die täglichen Wege oft nicht nur weiter als in der Stadt – es fehlen auch Möglichkeiten, sie ohne Auto zu bewältigen. Aber nicht alle Menschen können oder möchten mit dem Auto fahren. Damit auch sie mobil sind, braucht es ein attraktives und wirtschaftlich tragfähiges Nahverkehrsangebot. Sogenannte flexible Bedienungsformen wie das Anrufsammeltaxi oder der Rufbus können Teil einer Lösung sein.

Mit zahlreichen Informationen und Beispielen möchte das Autorenteam Entscheidungsträgern auf Kommunal- und Kreisebene den Einstieg in das Thema erleichtern. Das Handbuch kann genauso für alle anderen engagierten Menschen in ländlichen Regionen hilfreich sein, die das Mobilitätsangebot vor Ort verbessern möchten. In acht Modulen behandelt es wichtige Fragestellungen rund um die Einführung von flexiblen Bedienungsformen und gibt Empfehlungen für die Umsetzung. Das erste Modul thematisiert die Analyse der Ausgangssituation. Mithilfe eines Auswahlrasters lässt sich Frage für Frage prüfen, ob eine Region für die Einführung der flexiblen Angebote geeignet ist: Wie ist etwa der Bedarf und wie hoch wäre das Fahrgastpotenzial? Weitere Module setzen sich mit der Planung, Finanzierung und Organisation auseinander. Das Autorenteam stellt zudem die Bedeutung der kundenorientierten Kommunikation dar, etwa mit einer Marketingstrategie bei der Einführung des flexiblen Angebots. Durch den direkten Kontakt mit den potenziellen Fahrgästen können die Bedürfnisse der Nutzenden besser abgeschätzt und bei der Gestaltung des Mobilitätsangebots berücksichtigt werden. Modul acht stellt mögliche Alternativen vor, falls die Einführung flexibler Bedienungsformen nicht sinnvoll ist.

Das Handbuch gibt einen gut strukturierten und übersichtlichen Einblick. Die einzelnen Planungsschritte bei der Einführung flexibler Bedienungsformen werden verständlich dargestellt und mit zahlreichen Tipps und Beispielen ergänzt. So ist es auch eine lohnenswerte Lektüre für diejenigen, die sich nicht täglich mit der Materie beschäftigen.

MOK

Inspirierendes zur Tierhaltung



Bernward Geier, Stefanie Pöpken, Renate Künast (Hrsg.): Nutztiere. Mehr als eine Frage der Haltung, 2024, 264 Seiten, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86489-437-4

Von den Schattenseiten der industriellen Tierhaltung bis zu leuchtenden Beispielen nachhaltiger Praktiken: „Nutztiere – Mehr als eine Frage der Haltung“ führt die Lesenden durch die Kontroversen der Nutztierhaltung. Dabei hebt es sich wohltuend von der herkömmlichen Literatur zu dieser Thematik ab, indem es nicht nur Probleme aufzeigt, sondern vorrangig Lösungen und Erfolgsgeschichten präsentiert.


Das Buch setzt bei der kritischen Auseinandersetzung mit der industriellen Tierhaltung an, die nicht nur aufgrund ihrer negativen Auswirkungen auf das Tierwohl, sondern auch wegen der Folgen für Umwelt und Klima in der Kritik steht. Es liefert durch persönliche Einsichten und fundierte Analysen ein klares Bild davon, wie profitgetriebene Produktionssysteme zu gravierenden Problemen führen können. Bemerkenswert ist der Beitrag zur Aquakultur, der die häufig vernachlässigte Frage nach Tierwohl in diesem System, das mehr als die Hälfte der weltweiten Fischproduktion ausmacht, beleuchtet.

Beiträge der ehemaligen Bundeslandwirtschaftsministerin Renate Künast von den Grünen und Martin Häusling, der sowohl einen Öko-Betrieb leitet als auch ein Mandat im Europaparlament bekleidet, bereichern die Diskussion über politische und gesetzliche Rahmenbedingungen. Sie offenbaren die Komplexität des Themas sowie die Rolle von Lobbyismus und unterstreichen die Dringlichkeit politischen Handelns.

Das Buch schließt mit einer Reihe von Pionierprojekten wie den Herrmannsdorfer Landwerkstätten; dort werden bereits seit 2009 Zweinutzungshühner in einer Form der symbiotischen Landwirtschaft gemeinsam mit Schweinen auf der gleichen Fläche gehalten. Die Publikation inspiriert mit der Hoffnung auf Verbesserung und richtet sich nicht nur an Fachpublikum, sondern spricht eine breitere Leserschaft an, die an Tierwohl, nachhaltiger Landwirtschaft und ethischem Konsum interessiert ist. **HIM**


angekündigt

Klimaaktive Kommune 2024

Bis zum 12. April 2024 sind Kommunen aufgerufen, sich mit Klimaschutzprojekten zu bewerben: Sie müssen bereits erfolgreich umgesetzt, wirkungsvoll und innovativ sein. Gesucht werden Maßnahmen, die den Ausstoß von Treibhausgasen reduzieren, etwa energieeffiziente Neubauten oder Lösungen für die Wärmewende. Für den ländlichen Raum sind die Kategorien „Mittel- und Kleinstädte“ sowie „Landkreise und kleine Gemeinden“ von Interesse. Zu gewinnen gibt es 40 000 Euro, die in neue Klimaprojekte investiert werden sollen. **ARH** 

www.klimaschutz.de/de/projekte/wettbewerbe/wettbewerb-klimaaktive-kommune-2024

Bundeskongress „Tag der Regionen“

Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (BMWSV) lädt vom 27. bis 29. Mai 2024 nach Pforzheim ein: Im Fokus steht das Thema „Fläche unter Druck – Interessenkonflikte planvoll lösen“. Wie kann es gelingen, die Ansprüche zu erfüllen, die verschiedene politische Bereiche wie Energie, Umwelt, Wohnen, Wirtschaft – insbesondere die Landwirtschaft –, Siedlung und Mobilität an eine begrenzte Fläche stellen? Darüber können Gäste aus Politik, Verwaltung, Forschung und Praxis diskutieren. **ARH** 

www.bmwsb.bund.de/tag-der-regionen

LEADER-Austausch in Transsylvanien

Unter dem Motto „Rural Urban Linkages“ findet vom 4. bis 6. Juni in Rumänien die LINC-Konferenz 2024 statt. LINC steht für LEADER inspired Network Community, dahinter verbirgt sich der gesellige Austausch von LEADER-Regionen und nationalen Vernetzungsstellen der ländlichen Entwicklung. Drei rumänische LEADER-Regionen laden ein, die historischen und kulturellen Traditionen von Cluj-Napoca und Beliş zu entdecken, die regionale Küche zu kosten und Menschen der Region zu begegnen: bei Vorträgen, Workshops, Sportevents und Exkursionen sowie im Austausch mit lokal Aktiven. **ARH** 

<https://linc2024.eu/>

LandInForm abonnieren!

Sie können LandInForm bequem online über www.land-inform.de oder den QR-Code bestellen – oder die Postkarte dafür nutzen.

Den DVS-Newsletter landaktuell können Sie über www.landaktuell.de abonnieren.



Ab sofort möchte ich kostenlos LandInForm – Magazin für Ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe _____ Exemplar/e.

Einverständniserklärung (Bitte ankreuzen!)

Ich bin damit einverstanden, dass die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung meine unten angegebenen personenbezogenen Daten für das kostenlose Abonnement der Zeitschrift LandInForm erfasst, speichert und von den externen Dienstleistern, die ich auf www.land-inform.de einsehen kann, eingeben, für den Versand bearbeiten und aktualisieren lässt. Ich kann mein Einverständnis jederzeit widerrufen und das Abonnement per E-Mail oder über www.land-inform.de kündigen.

Bitte freimachen

Name

Institution (ggf. plus LAG-Name)

Postanschrift

Telefon

E-Mail

Funktion des Abonnenten

Arbeitsfeld der Institution

Unterschrift

**Bundesanstalt für
Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn**

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:
**Obst und Gemüse, Bienen, Hopfen,
 Wein - gezielt fördern**



Termine

| | | |
|-------------------|--|---|
| 24. und 25. April | GAP, ELER und Umwelt ✨ Tagung in Bonn | www.dvs-gap-netzwerk.de/gap-umwelt DVS |
| 27. bis 29. Mai | Tag der Regionen Bundeskongress in Pforzheim siehe Seite 51 | www.bmwsb.bund.de/tag-der-regionen Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen |
| 11. bis 13. Juni | EIP-Projekte bei DLG-Felctagen besuchen Fachmesse zum Pflanzenbau siehe Seite 8 | www.dlg-feldtage.de Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft |
| 11. Juni | Gelder für gute Ideen ✨ Tipps zur Projektfinanzierung auf dem Land - Veranstaltung im Vorfeld des bundesweiten LEADER-Treffens (s.u.) siehe Seite 9 | www.dvs-gap-netzwerk.de/finanzierung DVS |
| 11. bis 13. Juni | Bundesweites LEADER-Treffen ✨ Tagung in Kaiserslautern siehe Seite 9 | www.dvs-gap-netzwerk.de/leadertreffen DVS |

Die DVS-Termine finden Sie unter www.dvs-gap-netzwerk.de/veranstaltungen



Weitere Termine in unserem Kalender unter www.dvs-gap-netzwerk.de/service/termine



Unser Fokus-Cartoon von Mele

